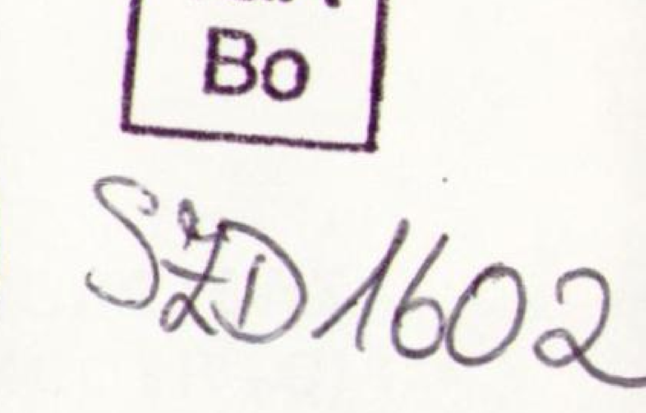
DUBLETTE

Informations-Dienst



zur Verbrei ung unterbliebener Nachrichten





IGA Bo

SZD 1602

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 218 25. FEBRUAR 1978
einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

D 1870 CX

**frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52**

**postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90**

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089/2809522

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

**druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772**

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwarter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse, noch besser: die abonummer

IGA Bo

HAUSMITTEILUNG

ZWEI PROZESSE GEGEN ID–REDAKTEURE – ZWEI FREISPRÜCHE

FRANKFURT 20.Februar Gegen zwei verantwortliche Redakteure des ID fanden in dieser Woche Prozesse statt. Im ersten Prozeß wurde verhandelt über:

1. den ID Nr. 174 vom 22.April 1977, die Meldung mit dem Titel: „Kleine Berichterstattung aus dem Tegeler Lager; Anklage: Billigung strafbarer Handlungen nach § 140, § 211 StGB
2. den ID Nr. 126 vom 5.Juni 1976 die Meldungen: „Erklärung zum Bombenanschlag in Frankfurt" sowie die „Erklärung zum Anschlag auf den Hamburger Richter". Auch hier Vorwurf der Billigung strafbarer Handlungen.

Im zweiten Prozeß ging es um den Vorwurf:

3. im ID Nr.178 vom 21.Mai 1977, die Veröffentlichung des „Buback Nachrufs" aus dem AStA-Info des Göttinger Allg.Studentenaussch.
   Anklage: Billigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener; nach §§ 140; 126,I Satz 2; 211; 189;194 StGB.
4. im ID Nr. 179 vom 28.Mai 1977 die Erklärung „Zur Situation Günter Sonnenbergs".
   Anklage: Verleumdung und Beleidigung der Beamten des Bundeskriminalamtes; §§ 185; 186; 194 StGB.

Urteile:

Beide Angeklagte wurden in allen Punkten freigesprochen. Dabei erfolgten die Freisprüche zu den Punkten 1,2 und 4 jeweils aufgrund des § 11 des Hessischen Pressegesetzes, wo dem verantwortlichen Redakteur Straffreiheit für den Fall zugesichert wird, wenn die beanstandeten Beiträge ohne sein „Wissen und Wollen" in die Zeitschrift gelangten. Das war hier jeweils der Fall und konnte auch durch die Schilderung der Arbeitsweise der ID-Redaktion verdeutlicht werden.

Der Freispruch den „Buback-Nachruf" betreffend begründete der Richter mit dem öffentlichen Interesse, das an diesem Beitrag bestanden habe, auch wenn der Inhalt in einigen Punkten strafbar sei. Eine Veröffentlichung sei aber in der Situation (als alle Medien über Fragmente dieses Artikels berichteten = nämlich nur über die ‚klammheimliche Freude') durch § 5 Grundgesetz (Meinungs- und Pressefreiheit) gedeckt.

Sobald das Urteil schriftlich vorliegt, werden wir ausführlich darauf eingehen. In dieser ID-Nummer finden sich weitere Beiträge zu den zahlreichen Ermittlungsverfahren wegen Veröffentlichungen des ‚Buback Nachrufs".

Verweis auf: Der Buback-Nachruf S.6



TUNIX UND SONST GAR NIX?

Der folgende Vorspann sollte sich ursprünglich auf die Ankündigung beziehen, daß wir aus guten Gründen den zweiten Teil der TUNIX-Tonbandprotokolle (siehe ID 215) in diesem Heft abdrucken. Beim Schreiben ist aber unter der Hand etwas anderes herausgekommen: Die Differenz der TUNIX-protokolle zu dem, was üblicherweise das Spektrum der ID-Berichte in Form und Inhalt ausfüllt, ist zu offensichtlich, als daß wir sie außer Acht lassen Könnten. So kam ich über daß neuartige Experiment mit dem Tonband dazu, mein Unbehagen gegenüber einer bestimmten Form von Nachrichten im ID zu überdenken und zu formulieren. In Diskussionen ergab sich, daß andere IDler über ganz andere Ansätze ebenfalls über die Grenzen der ID-Berichterstattung nachdenken. Einig waren wir uns darin, daß mit dem Nachfolgenden längst nicht alles gesagt ist. Wie und wohin diese Diskussion weitergeht und welche Konzequenzen sie haben wird, interessiert uns aus verständlichen Gründen sehr, eine leise Ratlosigkeit können wir dabei nicht verhehlen - auch, weil wir über Reaktion und Rezeption der ID-Leser meist auf Hypothesen angewiesen sind; (versteht ihr alle den Zaunpfahl?) jedenfalls geht es jetzt los:

FORTSETZUNG DER TONBANDPROTOKOLLE VORAB EIN VORWORT VON MIR -

Das Ereignis hat seine Schuldigkeit getan, es ist längst vergangen - nun kommt der Kater, die Langeweile, das Gewöhnliche. Auch im ID: hier ein Prozeßbericht, da noch einer, vom ersten nur ein bißchen unterschieden und auch jener mit einem ähnlichen von vor drei Wochen verwechselbar, dazu die obligatorischen Hinweise auf die zunehmenden Verhältnisse und die sich verschärfenden Zustände - alles Mosaiknachrichten einer Realität, die *so* nie unsere war und nie werden kann. Vieles davon in einer Form, die - obwohl beharrlich das Gegenteil resümiert wird - so aussieht, als ob wir diesem katastrophalen Zustand nahtlos einverleibt seien.

Vor nicht langer Zeit bewirkte das bei mir etwas ganz anderes: Ich erinnere mich noch sehr gut an die Betroffenheit, die die Lektüre von staatlicher Zerstörungspolitik einmal bei mir ausgelöst hat; ich erinnere mich an ein Aufbegehren von Haut und Haaren, wenn ich Nachrichten von der Skrupellosigkeit der herrschenden Barbaren gegen uns las. Heute *erinnere* ich mich nur noch daran. Ich lese diese Nachrichten zwar noch, zehre aber dabei von vergangenen Affekten. Wenn ich einmal diese Erinnerung vergessen habe, werde ich sie nicht mal mehr als Unbeteiligter lesen - ich werde sie überhaupt nicht mehr lesen. Da ich aber nach wie vor an meiner Lage ‚beteiligt' bin, macht mich die Lustlosigkeit und das schwindende Interesse an Mitarbeit wie Lektüre des ID betroffen. Irgendwas klemmt zwischen uns und unserem Umgang mit der Realität. Meine Erregung und meine Wünsche suchen sich andere Wege als die der ID-Formblattberichte über die hiesigen Verhältnisse. Keinem ist entgangen, wie bescheuert die geworden sind, aber was macht denn unseren Unterschied zu ihnen aus, wenn nicht unsere Erregung und unsere Wünsche?

Mir kommt es manchmal so vor, als bestünde viel an der normalen ID-Lektüre aus schlechtem Gewissen. Schlechtem Gewissen darüber, daß man mit seiner eigenen alltäglichen Flapsigkeit nicht immer die schreckliche Wirklichkeit in all ihrer Schrecklichkeit im Bewußtsein trägt, nicht immer kritisch erkennend über ihr steht. Vielleicht baut der ID dieses schlechte Gewissen durch eine bestimmte Realitätswiedergabe jede Woche erneut auf und befreit seine Leser gleichzeitig davon auf eine krumme Tour: Wer den ID ganz durchgebiestert hat, der hat wahrlich auf der Höhe der Zeit gelitten - und

kann ruhig und unbetroffen an seinem Krempel weiterwurschteln. Erreicht hat ihn das Gedruckte jedoch kaum, Kommunikation von Schreibern und Lesern - das Credo der Gegenmedien - findet immer seltener statt.

Die ID-Leute sind dafür Opfer und Produzenten zugleich. Sie machen ja die Berichte in der Regel nicht selber, aber sie verleihen ihnen durch Abdruck den Segen einer Faktizität, die auf Dauer Normen setzt. Das kann aber nicht gut gehen, wenn diese Normen uns selber verfälschen, eingrenzen und verarmen lassen. Eh wir also vor diesen Normen kapitulieren, werfen wir sie lieber über den Haufen. Ja, es ist nicht alles schlecht, was langweilt, ich mahne mich auch selbst zur Vorsicht; sagen wir lieber: wo ein Experiment ist, da soll man es auch riskieren. Die TUNIX-Protokolle (ID 215) waren ein solches Experiment. Als der Frieder mit dem Kassettenrecorder durch TUNIX gezogen ist und als wir dann über die abgedruckten Protokolle lachten, da kehrte viel von dem fröhlichen Engagement zurück, durch dessen spürbare Präsenz unsere Medien und ihre Inhalte einmal alternativ genannt wurden. Gut, ich war einfach verblüfft, daß der wortwörtlichste Mitschnitt von wahllos belauschten Gesprächen mit all ihren prägnanten Belanglosigkeiten viel mehr von einer Situation vermitteln konnte, als ein ‚Schreiben über‘, daß immer schon ordnet, hierarchisiert, einteilt und zerstückelt. Und als alter Anti-Realist war ich begeistert, daß in dem 100 % dokumentarischen Ton-Abbild die träumerischsten Grotesken zu tage traten. Welcher Realist hätte der Realität so einen Unsinn zugetraut? Und ebenfalls: Welcher geschriebene, konzipierte Bericht hätte an die Unmittelbarkeit und Direktheit des Geschehens so nahe heranreichen können? Das ist noch lange nicht ‚Radio Alice‘ und wir können auch nicht auf einmal so tun, als wäre der bedruckte ID ein Volksfunk. Wir können aber versuchen, die neueren Erfahrungen einer fließend-unmittelbaren Gegenöffentlichkeit auf unsere Medien anzuwenden. Zumindest können wir probieren, was geht, und was nicht. Jeder kann sich die Verfügungsgewalt über einen Kassettenrecorder aneignen und sich selbst und seinen Erfahrungen auf die Spur kommen. Ich kann mir solche Tonbandaufzeichnungen als Illustration zu fast allen im ID behandelten Bereichen vorstellen.

Also los, Leute, beschwert euch nicht, daß alles so ist, wie es schon immer war, erzählt nicht ‚der ID kann seine Ansprüche mal wieder nicht einlösen‘ sondern haut selber auf die Tasten eurer Freizeitelektronikgeräte und laßt euch von den Resultaten überraschen.

Im ID-Plenum wurde über die Fortsetzung der TUNIX-Protokolle geäußert: „Die sind ja ganz lustig, aber ob der ID dafür der richtige Ort ist?“ Ich frage mich: was ist der ID für ein Ort, wenn die Lust da nicht hinein gehört? Jedenfalls kamen wir am Ende überein, auch die übriggebliebenen Mitschnitte aus dem TUNIX-Getümmel zu veröffentlichen. Nicht weil sie des Pudels Kern sind, sondern weil wir einer offen ausgesprochenen Aufforderung, sich aus der schleichenden Gleichförmigkeit des ID freizuschwimmen, eine gedruckte Faktizität geben wollen. Merke: Die Medien sind von sich aus nie alternativ, sie werden es erst durch unseren Umgang.

NUR IM WORTLAUT WIRD DAS WORT LAUT

Was soll man da groß sagen. Was soll man da groß Worte verlieren. Ich bin kein Mann, der große Worte macht, da sind Sie hier aber richtig — läuft das Band schon, läuft das Band schon — ich weiß es nicht — Herr Kern, ich bin einer, der die großen Worte immer verliert, ich verliere immer große Worte — Sie sind also hier und suchen die großen Worte, die Sie gestern verloren haben. Die jetzigen Worte, die ich bisher gefunden hab, waren sämtliche nicht die, die ich verloren hatte, die gefundenen, es sind Worte gefunden worden — ein großen Wort der kleinen Kritik — ja wenn Worte reden könnten, kann ich da nur sagen — Herr Remann, können wir das im Wortlaut abdrucken? — Ich hoffe, denn nur im Wortlaut wird das Wort laut.

NETTE LEUTE, DIE MUSIKER

Also, ich versuch, dem Uli seit drei Stunden eine Geschichte zu erzählen, dann kommt er dazwischen und redet mit ihm jetzt und dann spricht er wieder da lang, darf ich dann mal nach dem Micky meine weitererzählen? Vielen Dank, das ist sehr nett. *Erzähl doch, erzähl doch eine Geschichte!*

Nein, nein, ich wollt nur erzählen, wie nett die ganzen Musiker zueinander waren, so: "Ich finde, ihr habt euch unheimlich tapfer gehalten" — Die anderen sagten dann, ihr auch, ihr auch, und ich finde das auch so nett von euch, daß ihr trotz der ganzen Desorganisation —

Wir waren tapfer aber ungehalten

Nee tapfer und dann sagten sie ganz bescheiden, du hör mal, kann ich dir mal meine Adresse aufschreiben, wenn mal noch was is, denn komm mer ...

INTERVIEW ACHTSTRICHZWEI KLAPPE

Interview achtstrichzwei Klappe — Halt mal die Klappe — Ätsch! — Haben Sie Feuer? Ja, ich wollt nur mal was über meinen Feuerbestand sagen, ja, sie wissen ... (Pause) Ei, hier rennen ja Typen rum, da steh ich ja so drauf — Können wir das auch abdrucken? Ja, ich bitte darum. All die schönen Menschen hier, die vielen jungen Leute, das find ich also, ich bin ganz fertig, also es ist wie, wie auf nem Trip, wirklich es ist so abgefahren und so drauf, die Leute alle und alles so ihsi und harmonisch, ohhh und alles so gut drauf, je es ist wie im nirwana, wirklich päredeis nau — nie warn mer doller drauf — meine Tochter heißt Tunichte, mein Sohn Tunichtgut.

Endlich mal ein inhaltlicher Beitrag, der erste hier.

Ja, ich weiß, aber ich kann gar nicht soviel sagen, am besten hat mir Helga Götze gefallen.

WAS IST DENN MIT DER HELGA GÖTZE

Was ist denn mit der Helga Götze? — Also paß mal auf: alle AAO-Leute treten so auf (kreisende Hüftbewegungen) und zwar stehn die immer so (Hand in der Hose) und reden so. Wir hatten mal eine beim Plenum — *So könnten wir doch mal ein Interview machen, wenn so drei Leute (kreisende Hüftbewegungen) hahaha mit dem Ernst Huberty, wir sind für freien Sex, ich hab meine Hand immer da* — Paß auf, aber viel stärker war ein Mädchen, die zu uns aufs Plenum gekommen ist, als wir Treffen hatte, wo wir besprochen hatten, wer alles auftritt und so und die war von der AAO und kam dann so: also ick wollt mal sajen, wir von der AAO, ick steh mal auf, so wies bei uns üblich is — wir saßen alle, ne, und jeder, wenn er wat zu sagen hatte, blib sitzen — es ist bei uns so üblich, na und ich meine ihr wißt ja auch alle selber, es gibt freien Sex und alle Probleme liegen sowieso nur in der Kleinfamilie, ne, und da wollt ich nur noch mal sagen, wir wollen da auf jeden Fall auch so einen Informationsstand und dann haben alle immer ...

Und dann kamen die Typen vom Drugstore: *die AAO hat alle Arbeitskollektive kaputtgemacht mit ihrem Scheiß und so, ihr seid Faschisten!*

Ach du, weißt du, das sind wo Worte, die wollen wir gar nicht mehr hören, wir wissen ja genau, wie's aussieh t, ihr seid ja alle von der Kleinfamilie, ne, beschädigt. Aber kommt doch mal alle, ihr müßt es mal sehn, wißt ihr, bei uns ist das halt ganz einfach und locker und wir pudern dann einfach so.

Ich fand die ja irre, weil die war unheimlich mutig, die stand zwischen 50 Leuten, die alle gegen sie waren und ich hatte da immer nur gesessen und war fasziniert, wie jemand so — Gehört der Mantel Ihnen? — Ja, dankeschön. — Bitte. — Also, ich finde es dufte, wie die Leute so hilfsbereit sind, sind alle unheimlich nett zueinander, es ist toll hier, die ganzen jungen Menschen, ich habe Durst.

ICH BIN DER REPORTER KANLLHART, BATSCH

Soll mir des mal anders machen, paß mal auf, jetzt machen wir das so: Grüß Gott, ich bin der Reporter Knallhart, batsch! und hab eine Frage an Sie: warum laufen Sie immer mit einem Tonbandgerät herum? *Weil ich heute morgen dem Karl gesagt habe, er soll mir ein Tonbandgerät mitbringen und ich konnte ihm bis vor einer einer Viertelstunde aus dem Weg gehen, aber jetzt hat er mich aufgespürt, jetzt trag ichs rum, lauf rum und sag: Guten Tag, ich bin vom ID.* Hahaha, sag: ich bin der Reporter Knallhart — *Soll ich das sagen?* —Ja, das bringts, das ist nämlich aus dem neuesten Film vom Achternbusch.
Der wird gekannt?
Ich kenn ihn halt.
Ich kenn ihn überhaupt nicht.
Er heißt Servus Bayern.
Servus Bayern?
Mmh!
Das ist ja wohl was lokal begrenztes.
Nein, gar nicht, der wandert nämlich nach Grönland aus.
Wer?
Der Achternbusch und sagt Servus Bayern.
Oh, er wandert nach Grönland aus?
Ja, zu die Gletscher.

ICH HAB DA EIN BAND LAUFEN

Was hast du denn da druff? — Ich hab da ein Band laufen. — Hast du das denn ehrlich die ganze Zeit laufen? — Jaja, ich hab das ehrlich die ganze Zeit laufen. — Neee...! mach mal zurück! — Ja, dann hab ichs doch nicht mehr laufen, also wichtig ist doch, daß es läuft .....—

Weil's uns betrifft: Wie ausländische Genossen Tunix sehen ...

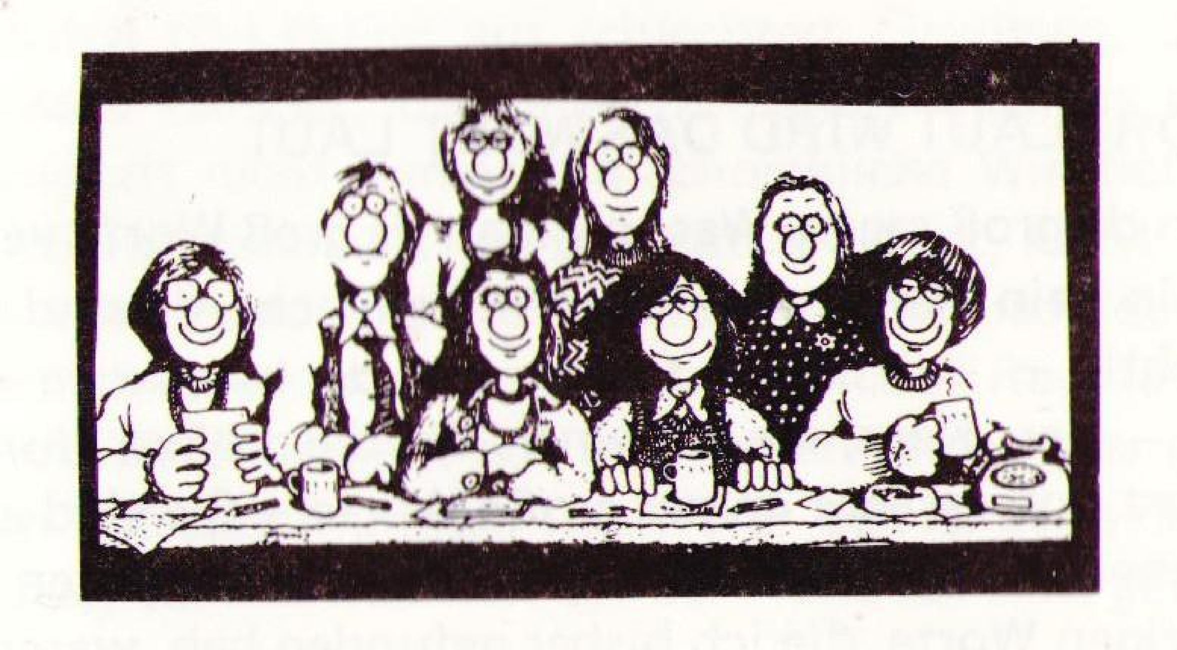
WIR SIND EINE KLEINE RADIKALE MINDERHEIT !?

Paolo Brogi in lotta continua vom 10.2.78

Vor zehn Jahren konnte man in Berlin diesen Sprechchor von den kämpferischen Demonstrationszügen der Genossen des SDS hören; damals, in jener großen Demonstration vom 18. Februar wurde dieser Sprechchor voller Ironie gerufen. Das politische Universum war dabei. sich auszudehnen, und die Bewegung, die sich wie eine Buschfeuer über das Deutschland der Mauer und der damals seit zwei Jahren bestehenden großen Koalition ausbreitete, war voller Hoffnung. Die technische Universität hat sich seitdem in nichts verändert, nebendran immer noch dieselbe Allee, mit dem Brandenburger Tor im Hintergrund und noch ein wenig weiter die Mauer — darüber als Dach derselbe frostige und gleichförmig graue Himmel.

Zehn Jahre später hat der Slogan seine Ironie verloren, ist kaum noch von einer bloßen Feststellung zu unterscheiden, aber dennoch: die Hoffnung ist nicht verloren gegangen! Jedenfalls nicht unter den Zwanzigtausend, die für drei Tage nach "Tunix", den Tagen des Nichtstuns, gekommen waren; die Hoffnung besteht fort unter den Spontis, die heute den bedeutendsten Teil der revolutionären Linken in Deutschland ausmachen; sie besteht fort in ihrem alternativen Leben, dem sie in der heutigen Situation den größten Teil ihrer Anstrengungen widmen und so eine kleine Gesellschaft im Herzen des Leviathans bilden, inmitten des eisigen Klimas, das durch den Konsens der Massen mit dem lange zuvor errichteten autoritären Staat geschaffen wird. Diese Welt betrifft uns ganz unmittelbar; sie bedeutet Hoffnung und Bedrohung zugleich, die Hoffnung, neue und weitergehende Aktionsfelder zu finden, Aktionsfelder, die über die engen Grenzen der Regionen und Länder hinausgehen; sie betrifft uns wegen des täglichen Widerstands, der Drohung des Ghettos, des endgültigen In-sich-Zurückziehens, wegen einer möglichen Integration dieser unbeständigen Unabhängigen in das Europa der Sozialstaaten. ... In Berlin, der Stadt, die den deutschen Rekord im Alkohol- und Drogenkonsum hält, in der — wie es im abschließenden Urteil einer offiziellen Broschüre heißt "die beiden hervorstechendsten Industrien die des Sexes und die der Friedhöfe sind", da besteht ein starkes Bedürfnis danach, sich einen eigenen Raum zu erhalten: so um die dreitausend Wohgemeinschaften, dutzende von Büchereien, Verlagen, Kneipen, Lebensmittel-, Kleiderläden usw. Ein sehr dichtes Netz, das noch durch besondere Bedingungen begünstigt wird: große, von der Bourgeoisie verlassene Wohnungen zu haben, leerstehende Werkstätten benutzen zu können und sogar von dem Vorteil, nicht zum Wehrdienst eingezogen zu werden. ... Zu dieser Scene — so wird sie normalerweise genannt, obwohl es auch einige gibt, die den etwas weniger positiven Begriff Ghetto benutzen — gehört die ganze revolutionäre Linke, jedenfalls die undogmatische, also die "Spontis"... Heute scheinen sich zwei Generationen gegenüberzustehen: es überwiegen die jüngeren; viele der 68er Generation haben sich zurückgezogen und stehen auf irgendwelchen Wartelisten, um eine Stelle als Intellektuelle oder in den alternativen Projekten zu kriegen; wieder andere, wie z.B. Rudi Dutschke, hängen ihren Träumen eines langen Marsches durch die Institutionen nach und fühlen sich von der Idee eines linken Eurokommunismus angezogen ...

Zwei getrennte Welten innerhalb der Bewegung, die Vergangenheit fast vergessen; dazu eine Anekdote: während einer Versammlung in Tunix verkündet ein junger "Sponti", daß ein Genosse, ein gewisser Karl Dietrich Wolff, seine Papiere verloren hat — ganz offensichtlich weiß er nicht, daß Kadewolff (so wurde er damals genannt) einer der kämpferischsten Führer des SDS war. ... Der politische Rückzug ist offensichtlich, gleichzeitig aber sind die sozialen Möglichkeiten der Bewegung grösser geworden und die Bewegung selbst hat sich verbreitert. Aber zwischen der Bewegung und dem Rest der Gesellschaft ist ein tiefer Graben gezogen worden, die Diskussionen sind fragmentarischer geworden und die Initiativen arbeiten oft isoliert voneinander. Es besteht die Gefahr, sich in ein bloßes Überlebensghetto zurückzuziehen, wenn auch in ein Ghetto, das im Vergleich zu Italien quasi vergoldet ist.



"Es gibt kein politisches oder theoretisches Zentrum mehr von dem aus das WIE des Ausbruchs geregelt würde."

Die Protestversammlung vom 27./28. Januar in Berlin - Tunix genannt - ist zuallererst eine Reise. Insbesondere für die französischen Forschungsreisenden war es ein Trip auf den Mond, wo wir das unbeschreibliche Ghetto von Berlin entdeckten oder wiederentdecken konnten.
Ein Berlin mit seinen zusammengepferchten Häusern und seiner Untergrundwelt, hinter vielen Grenzen und Stacheldraht, die das heutige Europa ausmachen.
Autobahnen und Maschinenpistolen, Chamkas und Käppis, Polizeikontrolle beim Verlassen von Paris und checkpoints der 'Alliierten'; alles ist bereits umstellt, während wir uns unvermittelt in die Lüfte erheben, um an einem Abszeß von Traum anzulegen, inmitten einer Stadt, am Ende der Welt, wo Nachtwandler die Utopie praktizieren.
Reise am Ort: in einer Stadt, die wie eine Fata Morgana über dem realen Berlin schwebt und heimlich durchzogen wird von einigen zehntausend jungen Berlinern und Deutschen, die sich für drei Tage in den Gängen und Räumen der 'TU' versammelt haben.
Der Mond der Schminke, der Verkleidungen, des Gespötts, das Gedränge vor den Kindergärten bis hin zu den kollektiven Cafes der 'Irren', er strahlt schon lange über Berlin und Tunix hat ihn nicht erfunden. Genaugenommen tat Tunix so, als ob diese Fiktion völlig verwirklicht wäre. Fast nur noch in Frankreich hat man eine gewisse Sturheit gegenüber der großen Bewegung entwickelt, die momentan die Beine in vielen europäischen Staaten so kribbelig macht (italienische Indianer, Katalanen, englische squats ezc.). Und diese Kirmes - auf der Frauengruppen Cohn-Bendit als Phallokraten bezeichnen, wo sich Antipsychiater und Rockgruppen begegnen - ist sicherlich hier, in Frankreich, unvorstellbar.
Sicherlich, Deutschland ist das Land, in dem in Stammheim getötet wird, aber es ist gleichzeitig auch das Land, wo man in der größten Uni auf dem Campus Senator Glotz - Autor einer Theorie zur Integration von Gegenkulturen - mit dem Protestvolk diskutieren sieht.

Etwas Luft geben

Es fand auch diese befremdliche, autorisierte Demonstration statt, die von Godard hätte stammen können und die so etwas wie eine Tour der Zentrumsvitrinen war, von denen viele mit Krach zerbarsten. Verweisen wir in diesem Zusammenhang auf den entgegengesetzten Sinn (um nicht von Verfälschung zu sprechen) des Le Monde-Artikels über Tunix. Nein, die Polizei war nicht abwesend - ganz im Gegenteil, eine Doppelreihe Polizisten, Knüppel in der Hand und Schild auf dem Arm - hatte den Marsch von Anfang bis Ende begleitet. Trotzdem ist es genauso falsch, von einem dominierenden Eindruck der Gewalt zu sprechen: die Demo begann in gutem Gewissen pazifistisch, weil es ihr gelungen war, die traditionellen politischen Zeichen auf Null herabzusetzen. Kein revolutionäres Lied, dafür aber deutscher Rock, der durch die mit Bändern geschmückten Lautsprecherwagen ausgestrahlt wurde. Kein Losungswort, höchstens eines der Abwehr: so könnte man den Antislogan verstehen, der nur ungefähr übersetzbar ist:

REISE ZUM MOND VON TUNIX

aus Politique Hebdo Nr. 6 vom 12.2.78 von
Guy Hocquenhem

"Hoch, Hoch, Nieder mit, Nieder mit, Bumm, Bumm."
Farbenkrimskrams, Decken, bunte Aufkleber anstelle von Fahnen. Und wenn zu bestimmten Momenten einige Scheiben der omnipräsenten Gebäude zersplitterten, entstand nie der Eindruck, als ob hier die neuen gestiefelten Barbaren Einzug hielten.
Entlang der Route des Zuges habe ich viele Cafes zu mir genommen - nach der Begrüßung der Gefangenen an ihren Fenstern und vor der finalen Polizeijagd - um bezeugen zu können: die Berichterstattung der Le Monde, ich weiß nicht, warum, aber das ist wichtig, geht genau ins Gegenteil dessen, was man suchte und mit einigen Abstrichen auch die Erwartung der Organisatoren: Tunix sollte all den verschiedenen Gruppen etwas Luft geben, die sich, in der BRD nicht zwischen Staat und Terrorismus zermahlen lassen wollen. Denn Tunix ist zuallererst die Möglichkeit einer entdramatisierten, natürlichen Solidarität mit den Gefangenen und ihren Anwälten ('Wir sind alle Sympathisanten' stand auf einer feministischen Banderole, in Anspielung auf die Hexenjagden).

Zerpsrengen und koordinieren

Die Gleichung, die jede Bourgeoise und marxistische Politik für unmöglich hält, ist genau die, die Tunix zu lösen vorgibt. Gemeinsam eine Koordination aller zu erreichen, die gegen den schon funktionierenden europäischen Polizeistaat arbeitet, verbunden mit einer maximalen Auflösung des Imperialismus des großen Signifikanten: Politik. Die, die sich darin versuchen, kommen aus einer Bewegung des Aufbrechens traditioneller Gleichschaltung in tausend Stücke und dem Erstarren einer unbeschreiblich verästelten Koralle, sowie der Ablagerung einer Konstellation in der man zirkuliert und austauscht. Ein Beispiel war das Eröffnungstreffen: es gelingt mittels eines Kraftaktes, Komikerfilmschriften, afrikanische Trommeln, märchenhafte Fabeln und Apologien, Zwischenrufe ohne Unterlaß aneinanderzukoppeln, ohne ein einziges Mal auf einen politischen Diskurs im traditionellen Sinne zurückzugreifen.
Die aktuelle oder zukünftige Spracharchitektur des Staates auseinanderzunehmen, jeden Mittelpinkt zu annulieren, dafür aber die Ebenen des Kontaktes zu vermehren, gegen die internationale Konvention der Repression des Terrorismus zu kämpfen und die Auseinandersetzungen über die Auseinandersetzung akzeptieren zu lernen, ist in jedem Fall das Minimum dessen, was aufgezählt werden kann und worin sich alle einig sind, ohne die Notwendigkeit zu verspüren, es theoretisch auszudrücken.

Aber es gibt leider nicht nur das in Tunix. Es gibt auch die Inhumanität des europäischen Elends, bspl. in dem Getrampel einer zu großen Masse, vom Austausch übersättigt, bis hin zum Punkt, nicht mehr zuhören zu können - der unausbleibliche Rückzug folgt, mein 'persönlicher Rückzug', sobald die Anforderung an ein anderes Leben sich übersetzt und zu Volkssuppen, Klunker, Generalaufrufen ohne Charme und Zärtlichkeit gerinnt.
Nein, Tunix ist nicht in Tunix - glücklicherweise, sage ich.
Tunix, das ist nur ein Name für den Augenblick eines Kreuzpunktes - nicht eine Welt, viel eher eine kreirte Illusion. Diese liebenswerte Illusion sieht sich woanders als in dem hysterischen Dunst der TU. Sie hat diese Versammlung nur berührt und zeigt sich viel begehrenswerter außerhalb, in einer Bar von Freunden, einer großen Berliner Wohnung, die es nicht mehr nötig hat, sich WG zu nennen.

Nix Tun

Vor diesem gebieterischen Titel kann ich mich nicht mehr davor zurückhalten, zu denken, daß die löbliche Arbeit der Organisatoren, den Ausdruck der Faulheit für diesen Kongreß zu favorisieren, der Analyse Glucksmanns gleichkommt, die er dem 'Mach was du willst' von Thleme gibt.
Mach nichts, aber mach es in Tunix. Genau diese Versteinerung ist es, diese Verhärtung eines Haltbarkeitsplanes - aus dem die Utopie genauso erwächst wie das Machtdenken - in das die Versammlung hineingeriet. Und wie konnte sie sich davon befreien? Nur durch den Exzeß der Versammlung, durch die Zurückweisung - erzeugt durch die Unmöglichkeit der Kommunikation, erzeugt durch eine Unmenge von Außenveranstaltungen, die die Energien auffraß, Filmfestivals, Rockabende, 'marginale' Strickereien in der Stadt, denen Tunix einen Andrang von Blut zuführte.
Genau in diesem Punkt mag es für die Franzosen eine große Entdeckung gegeben haben: die Möglichkeit dieser Entlastung, diese anderen Räume, die von der militanten Nervosität befreit waren.
Der Merve-Verlag, der mit Trikont aus München zusammen viele französische Philosophen übersetzt - Guattari, Deleuze, Foucault - organisierte eine Veranstaltung. Michel Foucault mußte hier nochmals unterstreichen, daß die 'französische Philosophie' nicht existiert, daß das Ganze nur ein unterdrückerischer Mythos ist, von dem sich die Auseinandersetzung freizumachen hat. Es gab sie nicht und wird sie nicht geben, weil keiner bereit war, eine zu führen, geschweige denn, ein politisches oder theoretisches Zentrum, von dem aus das WIE des Ausbruchs gesteuert würde. Es gab lediglich praktische Intellektuelle, die sich bei Themen trafen, die sie kannten und mit denen sie umgehen können. Nach Bologna und vor Frankfurt ist es sehr wichtig, diese Zentrierung aufzuheben. Die Diskussion ist nicht mehr allgemein und pyramidal, sie verläuft in fein eingestellter Geschwindigkeit.

TAUSENDE VON WESTEUROPÄISCHEN JUGENDLICHEN AUF DER SUCHE NACH EINEM NEUEN LINKSRADIKALISMUS

PARIS 31. Januar

EIN ARTIKEL AUS LE MONDE:

Drei Tage hat das Treffen Tunix (ne fais rien!) in Westberlin gedauert in einem dieser riesigen, modernen grauen Gebäude, zwischen Charlottenburg und dem Brandenburgertor, ganz nah an der berühmten „Mauer". In der riesigen Halle der TU in Berlin, deren geometrische Rigorosität mit einer Fülle von Büchern, Zeitschriften, Flugblättern, Plakaten, oft kaputten Flaschen, Schlafsäcken kontrastierte, haben Tausende von Jugendlichen in einer überhitzten Atmosphäre über alles und nichts debattiert, mehr über Regen als über das schöne Wetter, haben ihre Erfahrungen, Eindrücke und manchmal ihre Adressen getauscht.

Ein bißchen „Fete bei Liberation", ein bißchen „Mutualite" (Versammlungshalle in Paris) bei den linksradikalen Meetings, ein bißchen Punktreff in Amsterdam oder London, das Treffen ist einer der größten Treffpunkte der westeuropäischen Protestbewegung gewesen. Fortsetzung von Bologna? Revanche nach dem Scheitern von Straßbourg? „Ja und nein" kommentierte ein Italiener, der extra aus Neapel gekommen war. „Es ist spontaneistischer, basisnaher. Die Gruppen, die Organisationen, auch die autonomen haben weniger Bedeutung als die Individuen. Es ist eher die Entdeckung, daß unsere kleinen Revolten, unsere kurzen Entmutigungen, unsere kleinen Ängste, wenn man sie addiert, eine beträchtliche Kraft ausmachen."

„Spontaneität" und „Basisnähe" vertragen sich mit einem Minimum an praktischer Organisation aber sie schließen im Prinzip jeglIche Orientierung der Debatten aus. Diese haben vielleicht ein bißchen am gewollt anarchistischen und verstreuten Charakter der Versammlung gelitten. Aber immerhin: es ist viel gearbeitet worden, oder auf jeden Fall viel diskutiert worden am 27./29.1.78 in Westberlin.

DAS FEST

Man muß sagen, daß das Programm zahlreiche Diskussionen vorsah, die oft parallel in verschiedenen Hörsälen der TU organisiert waren. Unter der Themen standen, durcheinander: Stammheim, Feminismus und Ökologie (für Männer strikt verboten), Überleben in der Stadt, für eine linke Tageszeitung, Wissenschaft, Utopie und Widerstand, den Staat klauen oder in zerstören, Psychiatrie und Antipsychiatrie, Anti-AKW-Bewegung, Kampf um die Zerstörung der Stadt, Selbstmedizin und Kontrolle der eigenen Gesundheit, Agitation und Propaganda, für einen anderen Gebrauch der Medien, Berufsverbote gegen Rechtsanwätte, Politik der Minderheiten, Gibt es einen neuen Faschismus in der BRD? , der Stand der linken Publikationen.

Sehr viele Gruppierungen und Organisationen waren vertreten: italienische und franz. „Autonome", westdeutsche Wohngemeinschaften, Komitee für die Freilassung der gefangenen Agit-Drucker, homosexuelle Gruppen, Sozialarbeiter, antifaschistische Gruppen usw. Die, die am Treffen teilnahmen, wollten auch und vor allem feiern. Allgegenwärtiges Thema, nicht nur im Laufe der offiziell organisierten Feste, sondern auch während zahlreicher Diskussionen, deren Thema ursprünglich ein anderes zu sein schien. Diese Diskussionen wechselten übrigens ab mit Musik, Theater, Film, Marionetten und sogar Zauberei. Auf den Gängen der TU und selbst in der Stadt traf man ständig Kostümierte und Geschminkte.

War sie auch ein Teil vom Fest, diese Demonstration am Samstagnachmittag, wo am Schluß das Tunix-Treffen beinahe in die Konfrontation gerutscht wäre, was sehr viele Diskussionen bei den Teilnehmern hervorgerufen hat? Ohne Zweifel war es der Fall für die meisten, die demonstriert haben ohne präzise Schlagwörter, ohne Transparente und fast ohne Fahnen bis auf einige schwarzrote. Einige hatten sich extra geschminkt und dieser Kostümzug zwischen den hohen Luxusgebäuden am Kudamm, vor den verblüfften Augen der samstäglichen Passanten hatte etwas poetisch surrealistisches an sich, worauf Demonstranten und Zuschauer reagierten.

BRUCH ODER PROVOKATION ?

Die Demonstration bekam einen anderen Charakter, als der Zug sich auflöste, nicht weit von dem Ort, wo 1967 auf einer gewalttätigen Demonstration anläßlich des Besuchs vom Schah der heutige westdeutsch Extremismus wirklich entstanden ist, woraus die Rote Armee Fraktion entstand. Die Individuen, die die Demonstration danach führten, nachdem sie in eine große Querstraße vom Kudamm abgebogen waren, haben die Schaufenster von Banken, Elektroläden und Restaurants, Sexshops kaputtgemacht. Passanten, die ihre Empörung zeigten, wurden angegriffen.

Die Ruhe tritt am Samstag nach 14 Uhr auf dem Kudamm und den anliegenden Straßen wieder ein, mit der Ankunft polizeilicher Verstärkung, die allerdings so spät kam, daß es zahlreiche Kommentare hervorrief. Bis zum Abend war die Atmosphäre gespannt, dann hatte das friedliche nächtliche Leben Berlins seine Rechte wiedergefunden. Die Reaktion auf den Schluß dieser Demonstration haben unter denjenigen, die im Zuge waren, unter anderem eine reelle Diversität bei den Kongreßteilnehmern gezeigt. Wenn viele dachten, daß die gewalttätigen Elemente Recht gehabt hatten, als sie handelten, um den friedlichen Charakter von Tunix zu brechen, dann fragten sich viele dagegen über das Angebrachtsein solcher Gewaltausschreitungen. Andere meinten, daß die Abwesenheit der Polizei klar zeigte, daß es eine Falle für Extremisten sein sollte und da daß sie sich reingestürzt hätten. Andere redeten schlicht und einfach von Provokation.

WIR WOLLEN ALLES

Diese Verschiedenheit von Einschätzungen hat sich bei allen Diskussionen gezeigt, außer einige Momente der Einigkeit, die man über klare Themen leicht erlangen konnte: Verurteilung der „Repression" (besonders in der BRD), die Springer-Presse, die Anti-AKW-Bewegung. Jede Intervention verursachte unvermeidlich im Raum ein Drittel Applaus, ein Drittel Pfiffe und Buhausrufe und ein Drittel Fragen rundherum von Leuten, die eine anderen Sprache sprachen als der Redner:„Mais, qu'est-ce qu'il a dit? ". Trotz guter Übersetzungsversuche ist die Suche nach Einigkeit und Harmonie an Sprachbarrieren gestoßen. Aber das Wesentliche war sicher im Kopf der Organisatoren, daß das Treffen stattfinden konnte, mit so viel Andrang, besonders am Sonntag, wo auch sehr viele Berliner da waren. Diese Breite zeigt eine gewisse Internationalisierung der Protestbewegung in Westeuropa. Das Projekt einer viersprachigen Zeitschrift war auch ein Zeichen dafür.



ZWISCHENHAUSMELDUNG



Hiermit gebe ich bekannt, daß ich mich von meiner langjährigen Beziehung mit der Druckmaschine getrennt habe und nun nie wieder euren ID drucken werde.

In Trauer und Schmerz

Barbara und Rotaspeed

DER BUBACK-NACHRUF: VIER ERMITTLUNGSVERFAHREN

FRANKFURT 22. Februar *Ein Jahr nach dem vielfachen Nachdruck des Buback-Nachrufes der „Bewegung Undogmatischer Frühling" sind die Ermittlungsgeschäfte der Staatsanwaltschaften so weit gediehen, daß die Verfahren eröffnet werden können. In vielen Städten beginnen derzeit die Prozesse gegen verantwortliche Redakteure der Alternativzeitungen, die den Nachruf nachgedruckt haben. Wir veröffentlichen Auszüge aus Presseerklärungen und Mitteilungen der betroffenen Gruppen. Zunächst Auszüge aus einem Flugblatt des Göttinger Allgemeinen Studentenausschusses (AStA). In Göttingen wird für den* **9.3. und 10.3. ein Kongreß vorbereitet, auf dem der Buback-Prozeß öffentlich diskutiert werden soll:**

Vorgeschlagen wurden bisher Veranstaltungen zu folgenden Schwerpunkten:

1. Der Buback-Nachruf und die Pressefreiheit in der BRD
2. Wer verhetzt das Volk ?
3. Sollen Linke für „vogelfrei" erklärt werden ?
4. Politische Justiz und Staatsschutz in der BRD

Dies sind allerdings noch vorläufige Arbeitstitel. Darüber hinaus soll eine „Volksverhetzer-Revue" aufgeführt werden, wo Dichter (u.a. Erich Fried), Musiker (W. Moßmann) und viele andere volksgefährdende Produkte vorgetragen werden.

Die Professoren, die die Buback-Dokumentation herausgegeben haben, bereiten den Kongreß mit vor. Es wird eine gemeinsame überregional vertriebene Nummer der 'Göttinger Nachrichten' erstellt.

Inzwischen ist eine Unterschriftensammlung begonnen worden, mit der das Göttinger Gericht aufgefordert werden soll, dem „starken öffentlichen Interesse" durch Bereitstellung von geeigneten Räumen Rechnung zu tragen.

Im Laufe der nächsten Zeit werden Diskussionen mit verschiedenen politischen Gruppen zur Vorbereitung der Prozesse geführt, so daß wir zuversichtlich sagen können: Der Kampf ist hart, aber die Aussichten sind glänzend. Und damit jeder merkt, daß wir zum Schluß noch eine optimistische Note reinbringen wollten: Der Stein, den die Sympathisantenjäger aufgehoben haben, wird ihnen ein Bandscheibenleiden einbringen !

Kontakt: AStA der Universität Göttingen, 3400 Göttingen, Tel.: 0511 / 39 45 64

Von der Stadtzeigung „'s Schorndorfer Blättle" erreichte uns ein Flugblatt:

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinen und Genossen !

Wir wollen euch auf diesem Weg über unsere Situation aufklären und euch bitten, diesen Bericht in eurer Zeitung abzudrukken, irgendwo an die Wand zu hängen oder ihn überhaupt mal zu lesen. Es handelt sich um folgendes:

Wir, d.h. ca. 10 Leute, machen seit etwa zweieinhalb Jahren in Schorndorf eine Alternativzeitung. Wir haben in den Ausgaben 13 und 14 den „Buback-Nachruf" bzw. einen Artikel der Fantasia-Druckerei in Stuttgart abgedruckt und haben jetzt eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und Billigung von Straftaten am Hals.

Uns hat die ganze Sache am Anfang ziemlich geschockt, als da plötzlich ein Brief von der Kriminalpolizei in unsere häuslichen und elterlichen Briefkästen geflattert kam. Bis dahin hatten wir uns auch mit solchen Sachen mehr oder weniger „indirekt" oder „theoretisch" befaßt, z.B. über Artikel im ID (Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten) usw..

Es hat natürlich zuerst ziemlichen Aufruhr um uns und unter uns gegeben, der sich zum einen Teil in ganz persönlicher Angst vor Eltern o.ä. zeigte, zum anderen aber auch in den Verhaltensweisen von Leuten um uns, denen wir am Anfang (d.h. vor unserem ersten Gespräch mit unseren Rechtsanwälten) nicht alles erzählten, da wir die Gerüchteküche nicht unnötig in Gang setzen wollten und auch selber einfach nicht recht Bescheid wußten. Jetzt sieht es auf alle Fälle so aus:
Zur Zeit laufen noch die Ermittlungen gegen uns.Wir sind bei Stuttgarter Rechtsanwälten, die vorerst einmal drei von uns vertreten. Wenn es zu einem Verfahren kommt, brauchen wir sieben Rechtsanwälte, also für jeden von uns einen. Dies ist eine Folge von der Abschaffung der Möglichkeit,daß eine Gruppe von Leuten, die alle wegen der gleichen Sache angeklagt sind, durch einen Anwalt vertreten werden kann. So viele Anwälte machen die ganze Geschichte natürlich auch kostspieliger.

Wir sind der Auffassung, daß diese Sache alle angeht, da hier wieder einmal versucht wird, andere Meinungen zu unterdrükken und die Meinungsfreiheit zu zensieren. Uns haben aber die Reaktionen von manchen Leuten (z.B. „...endlich kann man den Buback-Artikel einmal ganz lesen" etc.) gerade darin bestärkt, solche Artikel weiterhin zur Diskussion zu stellen, auch wenn sie nicht in allen Punkten der Meinung der Redaktion entsprechen.

Auf alle Fälle wird 's Blättle weitergemacht, weil wir es wichtig finden, daß es in Schorndorf eine Zeitung gibt, in der jeder zu Wort kommen kann, in der Sachen stehen, die sonst in keiner bürgerlichen Zeitung stehen, in der aber vor allem auch solche Artikel zur Diskussion gestellt werden, die nicht jedem (auch nicht der Redaktion) unbedingt zusagen. Es ist einfach in unserer heutigen Zeit auch wichtig, sich gegen alle Tendenzen zu wehren, die eine freie Meinungsäußerung zu unterdrükken versuchen!

Das ist natürlich nicht nur unsere, sondern auch eure Sache!
Es wird nur einer weggekehrt,
Nämlich der, der sich nicht wehrt!

- die Blättleredaktion -

Für Geldspenden, die wir für Anwaltskosten, Öffentlichkeitsarbeit usw. brauchen, haben wir ein Konto eingerichtet:

's Schorndorfer Blättle, Solidaritätskonto, Volksbank Schorndorf, Nr. 12 660 019.
Wir sind für jeden Heller und Pfennig dankbar. Und hier noch unsere Kontaktadresse für die Leute, die sich mal mit uns in Verbindung setzen wollen:

's Schorndorfer Blättle, c/o Tilman Bornefeld, Streicherstr. 25, 706 Schorndorf.

Die Redaktion der Bremer Schülerzeitung ‚auf ein Wörtchen' hatte den Nachdruck des Nachrufs mit einer einleitenden Bemerkung versehen.Die Staatsanwaltschaft beantragte die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Herausgebergruppe vor dem Jugendschöffengericht. Nicht zuletzt wegen der einleitenden Bemerkung. Hier der Wortlaut:

TRAUERPFLICHT?
Als kurz vor Ostern der Generalbundesanwalt Buback an den Folgen eines Maschinengewehrbeschusses starb, war das das Signal für alle bürgerlichen Kräfte, zur ‚Rettung des Rechtsstaates' aufzurufen.Terror schien plötzlich überall zu herrschen. Und da man ja Gründe hatte, räumte man gleich gründlich auf. Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Zensur und Aufrüstung der Polizei - mit einem Wort ‚Terror' war die Folge (z.b. Verbot der Göttinger AStA-Zeitung.). Buback wurde beerdigt mit einem Zirkus wie nie zuvor. Dabei wurde die Parole ausgegeben: Wer nicht trauert, ist Sympathisant - wer sich freut, ist Terrorist. Trauer war Staatspflicht. Und da man schon immer mal an der Uni ‚Ordnung schaffen' wollte, hatte man auch gleich Gründe. Einer der nicht trauerte, sondern ‚seine klammheimliche Freude nicht verhehlen' konnte und dies auch noch öffentlich, war dann der Grund, ihn gleich zum Mittäter zu machen.

Wer Buback nun eigendlich war, war ja nicht so wichtig. Einer der Hauptverantwortlichen für ‚staatlichen Terror' und Abbau der demokratischen Rechte (schärfster Verfechter der Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs) war ja auch ein großer Verlust in den Reihen der ‚staatlichen Terroristen'. Genau wie andere um Ulrike Meinhof trauerten, weil sie eine der Ihren war, (diese Trauer wurde allerdings verboten) trauerten die ‚staatlichen Terroristen' jetzt um Buback.

Der Verfasser des Artikels war Anlaß, gleich alle Rechte der Studenten abzuschaffen - man plante es jedenfalls. Und dies wurde auch gleich gründlich gemacht: Am 27. 5. überfiel man gleich das AStA-Gebäude samt Druckerei, eine weitere Druckerei, das KBW-Büro und einen Buchladen sowie 17 weitere Wohnungen. Und da man gerade dabei war, nahm man gleich alles mit, was man schon immer mal haben wollte. Begründung? Billigung der Schüsse auf Buback. Doch wer billigte diese Tat nun eigentlich? Der Verfasser des inzwischen berühmten Artikels? Wir meinen, er tut es nicht! Wir halten es für notwendig, dies einmal klarzustellen. Auch wenn wir nicht mit der im ‚Buback - ein Nachruf' -Artikel vertretenen Meinung voll übereinstimmen - insbesondere in der Frage der Gewalt - drucken wir ihn ab.Denn wir sind der Meinung, daß Trauer nicht zur Staatspflicht werden darf.

Kontakt: ‚auf ein Wörtchen', c/o Thomas Werner, Freiligrathstraße 7, 2800 Bremen

In Düsseldorf ist der Staatsanwalt gegen die Redaktion der Alternativzeitung ‚Gegenwind' aktiv. Hier die Presseerklärung der ‚Gegenwind'er:

ALTERNATIVZEITUNG WEGEN ABDRUCK DES BUBACK–NACHRUFS ANGEKLAGT!!!
Die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf arbeitet zur Zeit auf Hochtouren, um allen Mescalero-Nachdruckern auf die Spur zu kommen. Nachdem im Dezember gegen den Freispruch der Studentenzeitung ‚Lupe' Berufung eingelegt worden ist, sind jetzt zwei angebliche Redakteure der Düsseldorfer Alternativzeitung ‚Gegenwind' angeklagt, gegen die Paragraphen 90 a StGB (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole), 140 StGB (Billigung von Straftaten) sowie § 21 Abs. 2 Landespressegesetz (Der verantwortliche Redakteur ist verpflichtet, das Druckwerk von strafbarem Inhalt freizuhalten) verstoßen zu haben. Dabei hat der ‚Gegenwind' nur eine seiner wichtigsten Aufgaben erfüllt: nämlich wichtiges, von der bürgerlichen Presse unterschlagenens Informationsmaterial, in diesem Falle den Buback-Nachruf, zu verbreiten.

Wir werden uns trotz massiver Einschüchterungsversuche nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen lassen. Den Prozeßtermin werden wir noch näher bekannt geben. Wenn ihr Informationsmaterial zur Sache habt, schickt es uns doch bitte zu.

Es grüßt euch ganz kräftig der ‚Gegenwind' aus Düsseldorf

‚Gegenwind', Fährstraße 264, 4000 Düsseldorf-Hamm

SOLIDARITÄTSKONGRESS ZUM MESCALERO-PROZESS

GÖTTINGEN 23.Februar — Anläßlich des Göttinger Buback-Nachruf-Prozesses (Beginn: 6.März 78, Fortsetzungstermine vor dem Landgericht 8., 10. und 17.März) findet an der Universität Göttingen am 9. und 10. März ein Solidaritätskongress statt. Der Kongreß wird bisher von den Herausgebern der Dokumentation „Buback — ein Nachruf" aus Bremen und Westberlin sowie dem Göttinger Asta vorbereitet.

Vorläufiger Veranstaltungsplan:

9. März
14 Uhr „Buback-Nachruf: Ein Ereignis, aber welches Ereignis?"
Danach: Arbeitstreffen der Buback-Nachruf-Nachdrucker und aller, die es noch werden wollen sowie Arbeitsgruppen
19 Uhr „Volksverhexerrevue oder: Von einem, der auszog und das Fürchten nicht lernen wollte" (Veranstaltung der Bremer Herausgeber, der Fachgruppe Germanistik und vieler anderer)
22 Uhr Demonstration mit vielen kleinen und großen Überraschungen, anschließend Fest

10. März
„Buback-Nachruf und Pressefreiheit" (Wer verhetzt da das Volk?)
„Der Mescalero bewegt sich außerhalb der mitteleuropäischen Zivilisation"
„Verrechtlichung der politischen Auseinandersetzung an der Universität: Prozesse gegen Studenten"

Eingeladen sind unter anderem Brückner, Fried, Cobler, Jürgen Roth. Der Göttinger Asta hat zu diesem Prozeß eine Dokumentation erstellt, die über die Kontaktadresse bezogen werden kann:

Asta Uni Göttingen, Nikolausbergerweg 50, 3400 Göttingen, Tel. 0551/ 39 45 65 - 69

DIE TÄTER HABEN WIR, DIE TAT BRAUCHEN WIR NOCH

BERLIN
20. Feb. 78

Nach diesem Motto verfahren Staatsanwaltschaft, Gerichte und Staatsschutz in frommer Eintracht gegen die drei AGIT-Drucker Jutta Werth, Gerdi Foß und Heinrich Weyer, die seit dem 18. Oktober 1977 in Westberlin in Untersuchungshaft sitzen. Ein vierter Drucker erhielt gegen DM 10.000 Kaution und Meldeauflagen Haftverschonung. Gegen 50 weitere Personen laufen Ermittlungsverfahren. Tatvorwurf: Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a). (Siehe auch ID 201, 203, 211/ 212, 213).

Die drei Gefangenen unterliegen im Gefängnis verschärften Haftbedingungen:
— verstärkte Durchsuchung der Gefangenen, ihrer Sachen und der Hafträume
— Durchsuchung vor und nach Anwaltsgesprächen und Besuchen
— Briefe und Besuchsanträge wurden nicht weitergeleitet an die Gefangenen
—Beschlagnahmung verschiedener Büchersendungen (Begründung: die Gefangenen könnten bei Besuchen und anderen Gelegenheiten unerlaubt Informationen austauschen, Zeitungen gefährden "Sicherheit und Ordnung der Anstalt").
— die Zellen sind zusätzlich mit Fliegendraht gesichert.
Das Solidaritätskomitee zur Befreiung der AGIT-Drucker schreibt weiter:

"Am 2. Februar 1978, einen Tag vor dem 2. Haftprüfungstermin, rückte die Staatsanwaltschaft mit einer 70seitigen Anklageschrift gegen die Agit-Drucker heraus. Danach baut sich die Anklage, die noch um die Paragraphen 88a, 25, 52, 74, 111 und 140 StGB erweitert wurde, wie folgt auf:
Die Agit-Druckerei hat seit mehreren Jahren das Info-Bug neben anderen Publikationen regelmäßig und unzensiert gedruckt. Jetzt zieht die STA eine zeitliche Parallelität zwischen dem Eintritt von Jutta, Gerdi und Henning Anfang 1977 in die Agit-Druckerei und der angeblichen Häufung von Kommandoerklärungen und Artikeln von RZ, 2. Juni und RAF in Info-Bug seit der Erschießung Bubacks.

Dies wiederum zeige, daß das Info-Bug zum Hauptpublikations- und Werbeorgan der Guerillagruppen auserkoren sei. AGIT, das Anfang letzten Jahres ziemlich beschissen dastand, wird gleichzeitig zur Zentrale für die Verbreitung von Unterstützungaufrufen u.ä. gemacht.

Die angebliche Unterstützung von Guerillagruppen lasse sich daraus ersehen, daß Jutta, Gerdi und Henning angeblich in der Roten Hilfe Westberlin und im Westberliner Prozeßbüro tätig gewesen seien (die ja bekanntlich in des Volkes "Spiegel"-Meinung eh zum guerillaunterstützenden Sympathisantensumpf zu zählen sind) und sich deshalb mit den Erklärungen und Artikeln identifiziert hätten. Diese Identifikation komme darin zum Ausdruck, daß sie die Artikel nicht auf ihre Straffälligkeit im Sinne des § 88a untersucht haben, d.h. daß sie diese nicht zensiert haben.

'...Weiterhin erklären wir, daß eine derartige Zensur eine politische Entmündigung der Linken bedeutet, Zensurparagraphen bekämpft man nicht durch Selbstzensur!' Aus dieser Erklärung des AGIT-Druckkollektivs im Info-Bug Nr. 166 konstruiert die STA eine Identifikation der Drucker mit sämtlichen Inhalten des Info-Bug. Ein weiteres Indiz dafür sei die angeblichen engen persönlichen Beziehungen der AGIT-Drucker zu nicht namentlich bekannten Personen aus dem Redaktionskollektiv des Info-BUG.

Dies ist im wesentlichen die Argumentationsweise der Staatsanwaltschaft . Der 4. Strafsenat des Berliner Kammergerichts hat am 4. Feb. 78 in der Haftprüfung weitere Haftfortdauer für die drei angeordnet. In ihrer schriftlichen Begründung übernehmen die Richter im wesentlichen die Argumentationen aus der Anklageschrift.
Außerdem führen sie im einzelnen aus:

1. Sie hätten vorsätzlich gehandelt, da sie im Unterschied zu lohnabhängigen Druckern als Druckkollektiv Druckereiunternehmen gleichkämen und deshalb den Inhalt der abgedruckten Texte kennen mußten.
2. Dieser Verdacht, daß sie vorsätzlich gehandelt hätten, wird auch nicht dadurch entkräftet, daß sie sich nicht mit dem Inhalt der Artikel identifiziert hätten; denn die §§ 88a und 129a würden nicht verlangen, daß sich der Täter mit der Tat, die er befürwortet, oder mit der Vereinigung, für die er wirbt, identifiziert.
3. Es bestünde wegen der zu erwartenden hohen Freiheitsstrafe (ab 18 Monaten aufwärts) Fluchtgefahr. Die persönlichen Lebensverhältnisse der drei würden eine Flucht nicht verhindern — Gerdi und Henning würden in Wohngemeinschaften wohnen, deren Zusammenhalt eh nicht stark sei, Jutta hätte keine Angaben zu eventuellen Bindungen gemacht, die eine Flucht ausschließen würden (also würde sie abhauen). Die wirtschaftlichen Bindungen würden durch eine Flucht auch nicht beeinträchtigt, da AGIT weiterdruckt und deshalb als Existenzgrundlage erhalten bliebe. Außerdem würden die drei über zahlreiche Gesinnungsgenossen verfügen — als Angehörige einer linksorientierten Basisgruppe —, die ihnen natürlich sofort helfen würden, unterzuauchen.

Die bisherige Vorgehensweise von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz (Hausdurchsuchungen, Überfall auf Info-Räume usw.) läßt erkennen, daß es sich bei der Verhaftung der AGIT-Drucker nicht mehr 'nur' um 'noch einen Unterstützungsprozeß' handelt, den wir aus Bequemlichkeit ('wir waren's ja nicht.) vergessen können, sondern die Verhaftung und die in diesem Zusammenhang stehenden weiteren 55 Ermittlungsverfahren gegen angebliche Mitarbeiter des Info-BUG, Geschäftsführer von linken Buchläden usw. sind der erste Testfall. Die Reaktion der Linken auf diesen größeren Versuch, 'den Sympathisantensumpf trockenzulegen' soll abgewartet werden, um die nächsten Prozesse zu starten und Verhaftungen vorzunehmen. Letztlich um jede Opposition mundtot zu machen, die nicht auf dem Boden staatlich genehmigter Kritik (FDGO) steht. Mit dem kommenden Prozeß gegen die AGIT-Drucker sollen, wenn wir uns der staatlichen Strategie fügen, nicht 'nur' eine Alternativdruckerei und eine linke Zeitung zerschlagen werden. Eine Verurteilung der AGIT-Drucker bedeutet gleichzeitig eine Vorverurteilung aller oppositionellen Kräfte und bildet einen entscheidendne Schritt in der Staatsschutzstrategie, das 'Umfeld des Terrorismus' bis zum letzten AKW-Gegner und Makro-Freak aufzurollen.

Daher sehen wir die Verhaftung der AGIT-Drucker nicht als eine unter anderen, sondern als Auftakt einer Hexenjagd, in deren Verlauf nicht einmal mehr nicht beweisbare Taten verurteilt werden, sondern wo nur noch unsere Gesinnung unter Anklage steht. So wurde der Geschäftsführer des Politladen Erlangen in Nürnberg zu 2 Jahren ohne 'Bewährung' verurteilt, weil er das amerikanische 'Anarchistische Kochbuch' verkauft und das Buch 'Kampf gegen Vernichtungshaft' herausgegeben haben soll. In NRW wird gegen Buchhändler wegen § 129a Anklage erhoben; und gegen Pfarrer Ensslin wird wegen 'Verleum-

dung' ermittelt, weil er nicht an einen Selbstmord seiner Tochter Gudrun glaubt.

Wir wollen aber weiterhin das drucken, verbreiten, lesen und diskutieren, was WIR wollen. Wir wollen uns nicht unsere Meinung per Gesetz vorschreiben lassen; der Fehler liegt nicht an uns, die wir gegen diese Gesetze nach Staatsauffassung verstossen, sondern an den Gesetzen. Wir wollen uns diesen nicht anpassen, sondern sie abschaffen!

Sofortige Freilassung der drei Drucker!
Einstellung aller Ermittlungsverfahren!"

Solidaritätskomitee zur Befreiung der AGIT-Drucker Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Tel. 030-693 21 99

Spendenkonto: Sonderkonto D. Krauß, Postscheckkonto 3723 87-105 Berlin-West, Stichwort Agit

DIE CDU EMPFIEHLT DER STAATSANWALTSCHAFT DIE LEKTÜRE EINER SCHÜLERZEITUNG

PINNEBERG 21. Februar *Die Pinneberger Schülerzeitung ,Dorn' veröffentlichte in ihrer 18. Ausgabe ein Gedicht von Peter Paul Zahl. Der Abdruck des Gedichts ist Teil einer Dokumentation über eine Wandzeitung, die vom Direktor beschlagnahmt worden war. Die Redaktion der Schülerzeitung sah es als ihre Aufgabe, den Inhalt der Wandzeitung vollständig zu dokumentieren, um so eine Diskussion über die Aktion des Direktors zu ermöglichen. Weiterer Inhalt der beschlagnahmten Wandzeitung war der Lebenslauf von Hanns-Martin Schleyer, zitiert nach dem Buch von Bernt Engelmann. Diese Zusammenstellung erregte die CDU so sehr, daß sie einen Artikel ins Pinneberger Tagblatt brachte, in dem der ,Dorn' zum ,linksextremistischen Machwerk' wurde, in dem das Gedicht von P.P.Zahl unvollständig wiedergegeben wurde und in dem die Staatsanwaltschaft aufgefordert wurde, sich dieses ,Machwerk' doch mal näher anzuschauen. In einer Presseerklärung schreibt die Redaktion:*

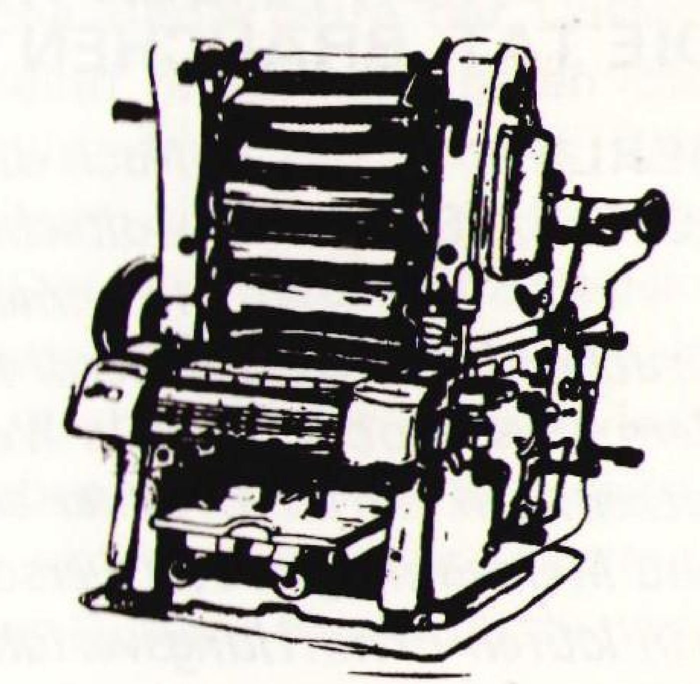
Wir haben das Gedicht „staatstrauer" von Peter Paul Zahl abgedruckt, weil eine Wandzeitung mit diesem Gedicht am Schenefelder Gymnasium von der Schulleitung beschlagnahmt worden war. Wir wollten dadurch, daß wir das Gedicht dokumentierten, den Schülern die Möglichkeit geben, sich objektiv über das Verbotene zu informieren. Wir gehen davon aus, daß man nur über etwas urteilen kann, was man auch kennt. Aus den gleichen Motiven wurde auch der „Buback-Nachruf" z.B. von der Zeitschrift „das-da" und Westberliner Jungdemokraten dokumentiert, während weite Teile der Presse sich darauf beschränkten, einen einzigen, aus dem Zusammenhang gerissenen Satz zu „zitieren".

Das Gedicht „staatstrauer" ist bisher schon in mehreren Zeitschriften und einem Buch veröffentlicht worden, ohne daß dies ein gerichtliches Nachspiel gehabt hätte. Bei dem ebenfalls der Wandzeitung entnommenen Bericht über Schleyers' NS-Vergangenheit handelt es sich übrigens um einen Auszug aus dem Buch „Strauß, Kohl & Co." des SPD-Mitglied Bernt Engelmann. Indem Herr Rittscher (CDU) der Staatsanwaltschaft vorschlägt, gleich den gesamten ,Dorn' auf „Straftatbestände" durchzusehen, holt er nun schon zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit zum Rundschlag gegen Leute aus, die ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen. So fordert Herr Rittscher bekanntlich Berufsverbot für alle Gegner des Radikalenerlasses. Wie schon in der Auseinandersetzung um das Jugendzentrum, so zeigt sich auch jetzt wieder, wie die CDU gegen alles vorgeht, was irgenwie in eine demokratische Richtung läuft.

(...) Davon, daß sich der überwiegende Teil der Schüler vom ,Dorn' distanziert, haben wir nichts merken können. Es ist vielmehr so, daß der ,Dorn' zahlreiche Schüler in seine Arbeit einbezieht.

Wir sind jederzeit bereit, uns mit Kritik sachlich auseinanderzusetzen. Eine Diffamierung des ,Dorn' als „extrem links angesiedelt" und „Machwerk" trägt dazu allerdings nicht bei. Redaktionskollektiv des DORN."

Kontakt: ,Dorn', c/o Uwe Klußmann, General Oberst Beck Str. 10, 2080 Pinneberg.



KLEINES TREFFEN VON ALTERNATIVZEITUNGEN

SCHORNDORF 21. Februar „Wir, das sind die Leute von der Schorndorfer Stadtzeitung „s'Schorndorfer Blättle", wollen an Ostern, also vom Freitag, den 24. März bis Samstag, den 26. März, ein Treffen von Alternativzeitungen (-initiativen) aus der Umgebung (natürlich auch anderen!) veranstalten. Wir wollen mit diesem Treffen den Informationsaustausch zwischen den Zeitungen wieder ein bißchen anheizen und vor allem auch zur Zeit akute Themen wie z.B. § 88a, Selbstzensur usw. diskutieren. Wir hoffen, daß in diesem etwas kleineren Rahmen fruchtvollere Diskussionen entstehen als auf den letzten überregionalen Mammuttreffen.

Am Freitag haben wir ein Fest geplant, das einerseits dazu dienen soll, daß Ihr nicht zu einer bestimmten Uhrzeit anreisen müßt und andererseits zur „Kenntlichmachung" untereinander beitragen soll. Ab 16 Uhr ist das Jugendzentrum geöffnet, so daß Ihr auch früher kommen könnt. Das Fest ist außerdem für Leute aus Schorndorf und Umgebung gedacht, die sich übers „Blättle" oder andere Zeitungen informieren wollen.

Am Samstag und Sonntag sind dann Seminare in kleineren Gruppen vorgesehen, die von 14–17 Uhr dauern sollen (können). Danach dann um 18 Uhr ein Plenum, auf dem die Gruppen erzählen, was sie gemacht haben. Als Themen haben wir bis jetzt vorgesehen:

- Zensurerfahrungen einzelner Zeitungen
- Pressefreiheit (& 88a, Prozesserfahrungen ...)
- Arbeitsweise in den Zeitungen a) technische Fragen
b) innerhalb der Gruppe
- Erfahrungen mit der Selbstzensur
- Alternativpresse – Ziele, Perspektive
- Informationsbeschaffung; derzeitiger Stand, Verbesserungen, außerdem: Wie kommt mensch an bestimmte Informationen
- Linke Tageszeitung – Arbeit im Kreis um Stuttgart u.a.
- Finanzierungsgeschichten ...

(Ich, die Liste, habe natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

Am Samstagabend spielen vielleicht die Kölner Straßenmusikanten, wenn's klappt und am Sonntag die Münchner „Schneeballgruppe" Munju. Veranstaltungsort: JZ Hammerschlag, Im Hammerschlag 6. Am besten wäre es, wenn Ihr bald schreibt, ob Ihr kommt und wieviele Ihr seid, damit wir besser planen können. Es wäre auch dufte, wenn Ihr uns noch Anregungen oder Informationsmaterial zukommen lassen könntet."

Meldet Euch bitte an: s'Schondorfer Blättle, c/o Tilman Bornefeld, Streicherstr. 25, 7060 Schorndorf.

STADTZEITUNGSINITIATIVE BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

FULDA
20. Feb. 78

Die Initiative für eine Stadtzeitung schreibt:

"Neben der Kirchtumsideologie in Fulda gibt es wiedermal was Neues. Nach den mehr oder weniger gescheiterten Versuchen verschiedener Initiativen wollen wir versuchen, für den Raum Fulda eine Stadtzeitung zu gründen. Wir haben uns bisher erst dreimal getroffen und sind gerade dabei, unsere Vorstellungen auseinander zu klamüsern, daher können wir noch nichts konkretes berichten. Aber bevor wir richtig angefangen hatten, fingen auch schon die ersten Schwierigkeiten an. Wir wollten in der hiesigen Ortspresse eine Kleinanzeige aufgeben, um auch noch Insider zu erreichen. Diese Anzeige wurde uns von der Geschäftsleitung dieser Zeitung ohne nähere Begründung verweigert. Was es bedeutet, ein solches Projekt in der schwarzen Provinz aufzubauen, brauchen wir wohl nicht zu schreiben. Aber wir leben und wohnen nun mal hier und müssen versuchen, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden; deshalb brauchen wir jede Unterstützung. Um nun dieses Projekt auf die Beine zu bringen, brauchen wir Erfahrungsberichte, Ideen, Vorstellungen etc. von anderen Initiativen. Besonders benötigen wir Informationen über den Aufbau, Herstellung, Finanzierung usw. einer Stadtzeitung, da wir selbst auf diesem Gebiet keine oder nur wenig Erfahrung haben."

Schickt bitte das Material an:

SOFA-Buchladen — Initiative für eine Stadtzeitung, Ohmstr. 14, 6400 Fulda

ALTERNATIVE BUCHBINDEREI

BREMEN
20. Feb. 78

"Anfang Februar eröffneten wir, vier Leute, in Bremen eine Buchbinderei. Damit wird — vor allem im norddeutschen Raum eine Produktionsmöglichkeit für die alternative Presse geboten. In einer Arbeitsgemeinschaft mit dem euch sicher bekannten Reprodruckladen (ehemals in der Bernhardstr. 7) können wir die Gesamtherstellung — falzen, schneiden, zusammentragen, heften und binden — von Druckerzeugnissen übernehmen. Genau wie unsere Arbeitsbedingungen unterscheidet sich auch unsere Preisgestaltung von denen der bürgerlichen Bindereien. Wir wollen euch konkrete Preise anbieten und uns zugleich einen humanen Arbeitsablauf genehmigen. Preislisten sind aufgrund der vielschichtigen Arbeitsprozesse momentan noch nicht möglich. Auf konkrete Anfragen werden wir euch einen Preis vorschlagen.

Contra-Buchbinderei
Tel.: 0421/73233
Fehrfeld 61-64, 2800 Bremen 1

Reprodruckladen
Tel.: 0421/72426

Internationale Frauenaktionswoche im März

"TÄGLICHE GEWALT GEGEN FRAUEN"

DÜSSELDORF/PARIS
21. Feb. 78

Das Frauenzentrum Düsseldorf schreibt:

Zur internationalen Frauenaktionswoche, die vom 4.3. bis 8.3.78 unter dem Thema: "Tägliche Gewalt gegen Frauen" stattfindet, wurde in Paris bei einem Koordinationstreffen der autonomen Frauenbewegung folgendes Pressekommunique verabschiedet:

GEMEINSAMES PRESSEKOMMUNIQUE

"Immer noch sind die Frauen auf der ganzen Welt sexuell und gesellschaftlich unterdrückt und der politischen Repression ausgesetzt.

Immer noch müssen Millionen Frauen heimliche und illegale Abtreibungen unter untragbaren sanitären und psychologischen Bedingungen auf sich nehmen. In Europa wird den Frauen das Recht auf Abtreibung auf freie Verfügung über ihren Körper und auf selbstgewählte Mutterschaft aberkannt. In Lateinamerika, Afrika und Asien werden Zwangssterilisationen an Frauen vorgenommen. Die patriarchalische Gewalt und die herrschenden Klassen wollen die Frauen der entrechteten Bevölkerungsschichten ihren politische, bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Zielen unterwerfen, oft mit ideologischer Unterstützung von Kirche und Medizin.

Was wir erreichen werden:
- Kenntnis und Selbstbestimmung unseres Körpers
- Recht auf Abtreibung und freie kostenlose Verhütung
- Selbstgewählte Mutterschaft und Einstellung der Zwangssterilisation

Immer noch sind die Frauen die ersten Opfer der internationalen Wirtschaftskrise: unqualifizierte Arbeitskräfte als mobile Reservearmee, unterbezahlt, abhängig von der Konjunkturlage: zuletzt geheuert — zuerst gefeuert!

Wenn nicht die Arbeitslosigkeit, so trifft sie die Doppelbelastung von Beruf und Hausarbeit. Zudem sind Frauen täglich im Büro, in der Fabrik, überall in der Arbeitswelt sexuellen Aggressionen ausgeliefert, von denen oft ihr Aufstieg abhängt.

Wir fordern:
- Arbeitsplätze für alle durch Verkürzung der Arbeitszeit
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze (Nicht-Einstellung, Versetzung, Entlassung wegen Schwangerschaft, Unterbezahlung in Leichtlohngruppen, ungleicher Lohn für gleiche Arbeit ...)

Immer noch wird auf der ganzen Welt eine Frau, die für ihre Befreiung kämpft, doppelt unterdrückt, weil sie aus der traditio nellen Rolle ausbricht und weil sie durch ihr politisches Engagement die gesellschaftliche Ordnung in Frage stellt. Die Regierungen, deren Presse und Rundfunk wollen durch Verleumdungskampagnen glauben machen, sich auflehnende Frauen seien Kranke oder Kriminelle.

In den Gefängnissen von Deutschland über Afrika bis nach Argentinien werden Frauen gefoltert, vergewaltigt und oft von ihren Peinigern geschwängert. Die Erstarkung des repressiven Systems und seine internationale Zusammenarbeit bedingt, daß jede von uns Frauen bedroht ist. Wir fordern für ausländische Frauen und Frauen im Exil das Recht auf Organisations- und Meinungsfreiheit. Wir Frauen kämpfen weiter bis zu unserer endgültigen Befreiung. Das Wirtschaftssystem profitiert von der Rolle der Frauen, die ihr von klein an aufgezwängt wird und von den Auswirkungen der Doppelbelastung, die eine Organisierung der Frauen untereinander erschwert und aus ihren stumme Opfer machen will.

Wir Frauen lehnen uns gegen diese Rolle auf, die ein System aufrecht erhält und trägt, das uns doppelt unterdrückt."

Das Frauenzentrum Düsseldorf ruft auf zur Teilnahme an der Demonstration, Samstag, den 4. März 1978, 12 Uhr, Treffpunkt Hauptbahnhof.

FRAUENBEWEGUNG UND POLITISCHE REPRESSION IN DER BRD

FRANKFURT 23.Februar *Ein Kongreß zum Thema 'Frauenbewegung und politische Repression' wird am 10./11./12. März 1978 in den Räumen des Frankfurter Studentenhauses stattfinden. Zu Beginn soll am 10.März um 18 Uhr ein Schlafplatzbasar veranstaltet werden. Die Vorbereitungsgruppe schlägt für den Kongreß folgende Arbeitsgruppen vor:*

- FRAUEN UND FASCHISMUS - gestern und heute (soll von Frauen aus Köln, Frankfurt und Nürnberg vorbereitet werden)
- STELLUNG DER FRAUENBEWEGUNG ZUR SOLIDARITÄT MIT 'POLITISCHEN' GEFANGENEN (soll von Frauen aus Bochum, Düsseldorf und Göttingen vorbereitet werden)
- FRAUENBILD IN DEN MEDIEN - Terroristinnenhetze - Heim- und Herdideologie (soll von Frauen aus Aachen und Marburg vorbereitet werden)
- FRAUEN UND MILITANZ (soll von Frauen aus Berlin im Zusammenhang mit dem Pflasterstrand-Artikel 'Viva Medusa' vorbereitet werden)
- FRAUENBEWEGUNG ZWISCHEN RÜCKZUG UND POLITISCHEM ENGAGEMENT (soll von Frauen aus dem Frauenzentrum Ffm-Bockenheim im Zusammenhang mit ihrem GSG 9-Artikel in EMMA Dezember 77 vorbereitet werden)
- GENOSSEN AUF DER STRASSE — FASCHISTEN IM BETT !? ! Neochauvinistische Tendenzen in der 'Sponti-Scene' am Beispiel des Pflasterstrand-Artikels -Nr. 22- Siegfried Knittel (soll von Frauen mit gegensätzlicher Meinung vorbereitet werden).

Anmeldung erbeten an:

Frauenzentrum Bockenheim, Landgrafenstraße 13
6000 Frankfurt am Main, Tel. 0611 / 77 82 88

BERUFUNGSVERHANDLUNG WEGEN GAIGANZER FRAUENHOF

GAIGANZ 23.Februar Am 7.März 78 um 9.30 Uhr im Landgericht Bamberg, Wilhemsplatz 1, Zimmer 235,I.Stock findet die zweite Verhandlung wegen des Frauenferienhofs in Gaiganz (Oberfranken) statt.

Wie ihr sicher wißt, versucht die Vermieterin mit allen Mitteln uns aus dem Hof rauszukriegen. Bei der 1.Verhandlung konnte sie insoweit einen Teilerfolg erzielen, als ihr die unteren Räume zuerkannt wurden, für die wir aber bisher brav unsere Miete zahlen durften. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir haben daher die Miete um 200,- DM gekürzt und Berufung eingelegt. Außerdem hat die Vermieterin, ohne uns zu informieren, etliche Baumaßnahmen angeordnet, die uns ziemlich beeinträchtigen. Wir verlangen, daß die Umbauten ohne unser Wissen nicht weitergeführt werden. Außerdem haben wir Strafanzeige erstattet, weil das Steckschloß an der Haustür durchbohrt wurde.

Trotz dieser Schikanen werden wir uns aus dem Hof nicht vertreiben lassen. Wir bitten alle Frauen, uns finanziell zu unterstützen Und natürlich, indem Ihr zur Verhandlung kommt.

Spendenkonto: Stadtsparkasse Erlangen, Monika Omniczynski
Konto-Nr. 229 379

Übrigens, wer's noch nicht weiß: die beiden Männer, die von der Vermieterin einquartiert wurden, sind wieder ausgezogen. Bitte laßt euch durch nichts und niemand davon abhalten, Eure Ferien auch weiterhin in Gaiganz zu verbringen. Dieses Projekt ist als Erfahrungsaustausch für uns alle sehr wichtig, vor allem für viele Frauen, die das erste mal allein hinkommen und hier Kontaktmöglichkeiten und neue Ideen finden können.

Kontaktadresse: Gegendruck, Wehmenkamp 27
4300 Essen, Tel. 0201 / 79 16 56

GEWALT UND POLITISCHE REPRESSION GEGEN FRAUEN

BOCHUM 23. Februar Zum Thema „Gewalt und politische Repression gegen Frauen" findet am 8. März in Bochum eine Veranstaltung statt. Ort der Handlung ist die alte Pädagogische Hochschule in der Henry-Dunant-Straße. Beginn: 19 Uhr.

Kontakt: Frauenzentrum Bochum, Schmidtstr. 12, 4630 Bochum.

PLAKATE-MONTAGEN-KUNSTWETTBEWERB ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

WESTBERLIN 20. Februar *„Der Plakatwettbewerb wird ein Bombenerfolg", schreibt Kurt Jotter, bei dem die Einsendungen der Montagen eingehen, die anläßlich des Russell-Tribunals gemacht wurden. Weiter heißt es:*

„Zusätzlich zu der Ausstellung zum Plakatwettbewerb soll in in Zusammenarbeit mit einer Gruppe an der Pädagogischen Hochschule Berlin und Westberliner Berufsverbotekomitees eine Serie von 7 Wanderausstellungen erstellt werden, die während des 3. Russell-Tribunals in verschiedenen deutschen und ausländischen Städten gezeigt werden können. Ein Großteil der Exponate dieser Ausstellungen wird im 2. Teil des Ausstellungskatalogs veröffentlicht. Der vorläufige Arbeitstitel der Ausstellungsserie wie des Gesamtkatalogs, der auch in englischer und möglicherweise in französischer und italienischer Sprache gedruckt werden soll: REPRESSION — made in germany. (Verbesserungsvorschläge können natürlich mitgeteilt werden.) Alle engagierten Künstler sowie politischen Laienkünstler werden herzlich gebeten, eine Auswahl ihrer Veranstaltungs- und Verkaufplakate, Grafiken, Postkarten, Illustrationen etc. aus ihrer bisherigen Arbeit in je 7 Exemplaren unabhängig von einem Wettbewerbsbeitrag einzuschicken.

Die Auswahlkriterien hierfür bilden in erster Linie die 3 Untersuchungsschwerpunkte des Russell-Tribunals, Berufsverbote, Zensurmaßnahmen, sowie Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Strafverfahren. Aber auch Darstellungen polizeistaatlicher Methoden, von Repression in Ausbildung, Betrieben und Medien, sowie gegen AKW-Gegner oder gegen Frauen werden noch berücksichtigt. Arbeiten, die nur in kleiner Stückzahl oder als Original vorhanden sind, werden ebenfalls berücksichtigt und ggf. von uns für die Ausstellungen reproduziert.

Um den Benutzern des Katalogs auch die Möglichkeit zu geben, die abgebildeten Produkte zu kaufen und in ihren jeweiligen Bereichen zu verwenden, werden Bestelladresse und Modalitäten mit abgedruckt. Die Angabe der Adresse soll auch dazu dienen, daß die unzähligen Initiativen gegen die psychische und physische Umweltverschmutzung in unserem Land in Kontakt kommen können mit engagiert fortschrittlichen Künstlern ihrer Region. Einsendungen bis zum 10. März an:

Kurt Jotter, Wielandstr. 8, 1000 Berlin 41, tel. 030/851 81 91

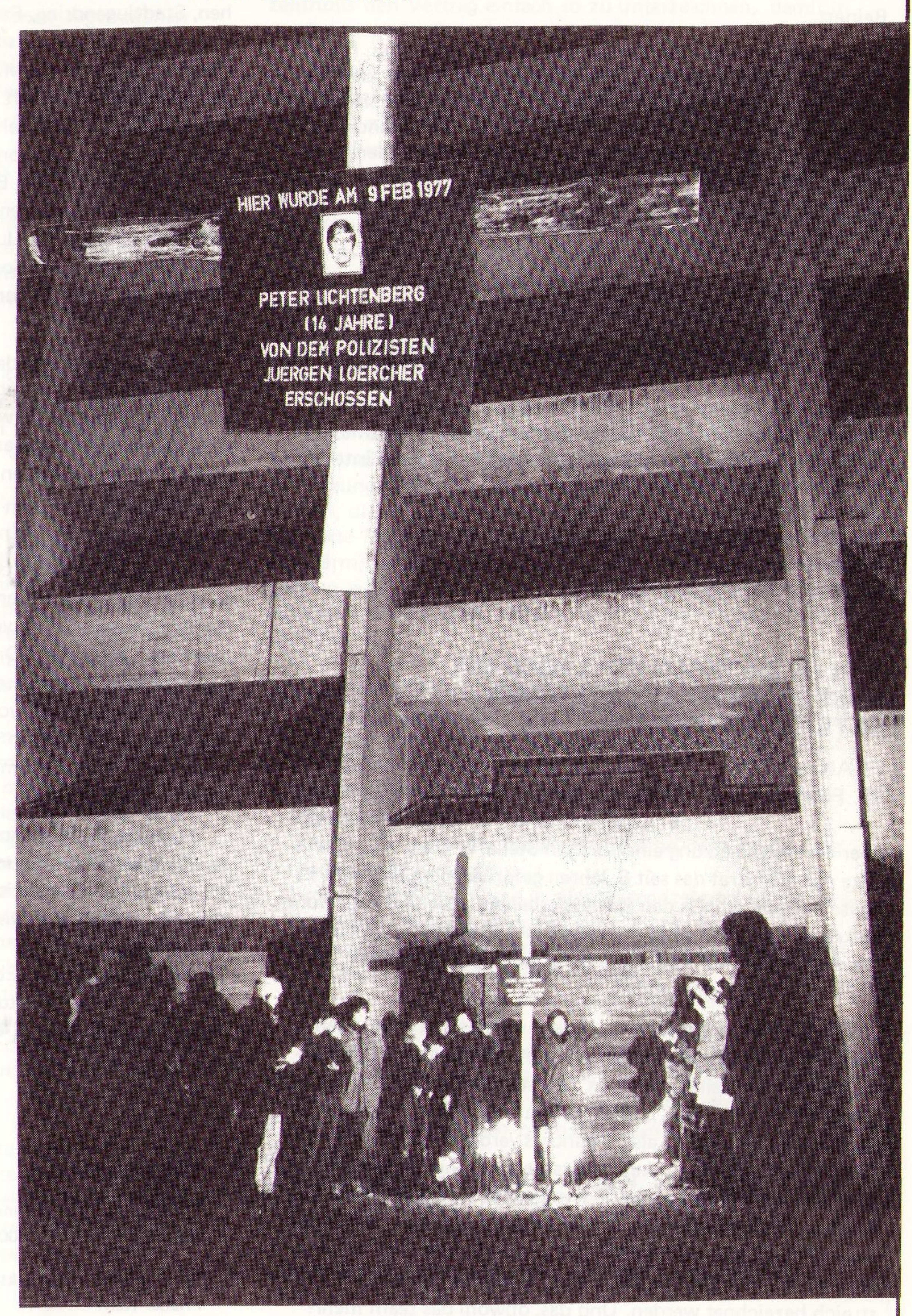
VOR EINEM JAHR WURDE PETER LICHTENBERG ERSCHOSSEN! EINE AKTION GEGEN DIE GEPLANTE VERGESSLICHKEIT

NIEDERRODENBACH
20. Februar

Am 9. Februar 1977 wurde der 14-jährige Peter Lichtenberg beim Spielen in einer Neubau-Ruine in Niederrodenbach (Hanau) erschossen (ID Nr. 172/173). Der Täter - Polizeimeister Jürgen Lörcher - ging ohne Strafe bald darauf weiter seinem Dienst nach.

Jetzt, nach einem Jahr, stehen die Bemühungen der Angehörigen Peter Lichterbergs, doch noch ein Verfahren gegen den Todesschützen in Gang zu setzen, kurz vor der letzten Möglichkeit. Ein Klageerzwingungsverfahren wird in ca. einer Woche entschieden werden, wie die Staatsanwaltschaft in Frankfurt mitteilt. Alle anderen Versuche, Anklage zu erheben, waren abgewiesen worden.

Um die Vorgänge nicht dem Vergessen zu überlassen, veranstalteten die Angehörigen, Freunde und Bekannte von Peter Lichtenberg eine kurze Gedächtnisfeier an der STelle, wo der tödliche Schuß abgegeben worden war. Vor der vernagelten Balkontür des noch immer leerstehenden Fertigbau-Hochhauses wurde einKreuz eingegraben und ein Text verlesen (s. Bild und Dokument).



„Liebe Familie Lichtenberg, wir sind hierher gekommen, weil heute vor einem Jahr, am 9. Februar 1977, an dieser Stelle der 14-jährige Peter Lichtenberg erschossen wurde. Ein Nachbar hatte die Polizei gerufen: Wir lasen dann in der Zeitung von Peters Tod - erschossen von Polizeimeister Jürgen Lörcher, im Dienst.

Wir wissen jetzt, daß die Berichterstattung in Funk und Presse irgendwann abbricht, kein Wort mehr verloren wird über den Tod, den Toten, die Umstände, den Schützen. Wir wissen auch, daß selbst nach einem Jahr noch der Todesschütze mit der Waffe herumläuft, noch kein Prozeß begonnen hat, und, wenn morgen die Prozeßerzwingungsklage abgewiesen wird, auch nie einer stattfinden kann. Die Argumentation, die Todesschützen beschützt, ist uns bekannt.

Wer heute die Polizei holt, zum Beispiel, um Kinder aus einem leerstehenden Haus vertreiben zu lassen, ist nicht mehr einfach nur der ordnungswütige Passant oder Nachbar, er macht sich auch mitschuldig an dem, was dann passieren kann. Denn er muß wissen, daß täglich Polizeiwaffen auf Menschen gerichtet werden, Passanten, Autofahrer, Nachbarn in die Mündungen entsicherter Maschinenpistolen sehen müssen. Und er muß wissen, daß diese Waffen auch benutzt werden. Die vielen totgeschwiegenen Toten zeugen davon.

Peter Lichtenberg ist einer von ihnen - darum stehen wir hier und darum haben wir etwas mit ihm zu tun, auch die, die ihn nicht gekannt haben.

Unsere Trauer mischt sich mit Wut. Wut darüber, daß die Erschießung von Menschen ohne Konsequenzen bleibt für die Todesschützen. Wir sind auch hierhergekommen, damit endlich dieser Prozeß geführt wird, denn das Recht auf öffentliche Klärung ist nur vorhanden, wenn es angewendet wird, also wenn wir es durchsetzen. Wir wollen das Recht, zu erfahren, was hier und anderswo passiert ist, das Recht, auch schießwütige Polizisten für ihre Handlungen verantwortlich zu machen, das Recht, vor den Kugeln der Polizei geschützt zu sein. Wir wollen den Prozeß gegen Jürgen Lörcher, denn es ist ein Prozeß, der für uns alle geführt wird.
Polizisten, die wissen, daß Schießen keine Konsequenzen für sie hat, sind für uns alle lebensgefährlich.

Mit Ihnen, den Angehörigen des erschossenen Peter Lichtenberg, stehen hier auch Angehörige des am 7. Januar 1978 in Frankfurt-Riederwald von einem Polizisten erschossenenKlaus Beinert.

Wir werden hier ein Kreuz aufstellen, so daß Passanten, Nachbarn und auch Polizisten und Richter davon erfahren, daß wir den Peter Lichtenberg nicht vergessen - und daß es noch immer einige gibt, die den Todesschuß nicht für eine Amtshandlung halten, die nicht hinnehmen wollen, daß solche Lörchers weiterschießen."

Niederrodenbach, 9. Februar 1978

NEUES IM BILDERDIENST

Wir haben noch mehr Bilder als das Abgedruckte von der Veranstaltung zum ersten Todestag von Peter Lichtenberg.

Und es gibt Fotos von der Ausstellung " ... und wir leben noch", Fotografien und Kinderzeichnungen aus Palästina. Seid Ihr an einzelnen Bildern oder an der Ausstellung interessiert, wendet Euch bitte an das
JuZ Bockenheim
Varrentrappstraße 38
6 Frankfurt
wegen anderer Fotos an den ID.

TEILEN SIE IHREN KOLLEGEN MIT, DASS SIE SICH ALS ENTLASSEN BETRACHTEN KÖNNEN

FRANKFURT 23. Februar Es ging bergauf am Frankfurter Berg: der Streik der Sozialarbeiter (siehe die letzten 4 Nummern des ID) erreichte eine Zusage über die Neubesetzung einer dritten Stelle, und am 3.2. bewilligte der Magistrat das seit 8 Jahren geforderte Jugendhaus. Inzwischen aber ist von den 8 Sozialarbeitern (davon 6 sog. Honorarkräfte) niemand mehr dort angestellt. Dem Hauptamtler, der sich an der Arbeitsniederlegung beteiligte, wurde just am 3. Februar fristlos gekündigt.

Die 6 nebenamtlichen Mitarbeiter wurden mit Methoden, die man aus Bananenrepubliken kennt, gefeuert: Am 10.2. erhielt einer der 6 einen Brief, in dem stand, er solle den anderen sagen, sie könnten sich „nicht mehr als Mitarbeiter bezeichnen" und sich ihre Brötchen also woanders verdienen. Und: sie seien rückwirkend zum 16.1. keine Mitarbeiter mehr! Gegenüber den gesetzlichen Möglichkeiten — fristgemäße (in diesem Fall 2 Wochen Kündigungsfrist) oder fristlose Entlassung — kann diese Methode der Arbeitgeber (Internationaler Bund für Sozialarbeit - IB - und Evangelischer Regionalverband) als Geniestreich bezeichnet werden. Und das, obwohl das team mehrfach öffentlich erklärt hatte, daß sich die Arbeitsniederlegung nicht gegen die Träger der Einrichtung richtet, sondern die Schließung des Büros. Vorraussetzung war für die Konzentration auf das Wesentliche des Arbeitsauftrags: Bewilligung des Jugendhauses und der Spielstube. Inzwischen versuchen die Arbeitgeber durch internes und öffentliches Ausstreuen von abenteuerlichen Gerüchten der Kündigung Gründe nachzuschieben. Mit keiner Silbe haben sie ein mögliches Motiv erwähnt: daß es zwar in Bezug auf die Einrichtung am Frankfurter Berg keine Konflikte gab, daß die Hauptamtler aber auf Gewerkschafts- und Betriebsebene ziemlich unbequeme Fragen gestellt haben. Anlässe dazu gab es reichlich: von den rund 300 Mitarbeitern des IB in Hessen wurden innerhalb von 2 Jahren über 60 gekündigt!!!

Daß dem team von vielen Seiten qualifizierte Arbeit bescheinigt wird, ist nicht die einzige Blamage für die Träger. Von der Frankfurter Allgemeinen, der Rundschau, Rundfunk, Fernsehen, Stadtjugendring, Fachhochschule bis zu Bürgermeister Berg wurde Verständnis für die Arbeitsniederlegung geäußert. Darüber hinaus wurde allerseits die Frage nach der Befähigung der Arbeitsgemeinschaft IB/ev. Kirche, die Trägerschaft des Jugendhauses zu übernehmen, mit skeptischem Unterton gestellt. Denn deren personalpolitischer Amoklauf ist unverantwortlich gegenüber den Bewohnern und vor allem den Jugendlichen des Stadtteils, denen allzuoft neue Sozialarbeiter vorgesetzt worden sind. Die Jugendlichen schrieben in einem Brief „An die Kündiger der Sozialarbeiter", daß sie Neueingestellte „bekämpfen werden", und das „ohne Grüße — die Jugendlichen"!

Aber nicht nur von der Seite der Jugendlichen wird der Konflikt weitergehen. Auch die Sozialarbeiter haben — obwohl ein Vermittlungsgespräch zwischen Bürgermeister Berg und dem Arbeitgeber ergab, daß an eine Zurücknahme der Kündigungen zur Zeit nicht zu denken ist — nicht vor, sich nun resigniert zurückzuziehen.

Schon bald wird eine Prozeßwelle auf die Trägervereine zurollen: neben den arbeitsrechtlichen Klagen auf Wiedereinstellung bzw. Nicht-Anerkennung der teamer-„Kündigung" werden die sog. Honorarkräfte versuchen, juristisch als Teilzeitkräfte anerkannt zu werden. Das heißt konkret: Anspruch auf Sozialversicherung, Arbeitslosengeld, Urlaub, Weihnachtsgeld usw. — alle diese gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen unterließ der Arbeitgeber. Dieser Versuch der teamer, aus dem Tagelöhnerstatus herauszukommen, wird sicherlich durch alle juristischen Instanzen gehen.

Für diese Prozesse und die Unkosten der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit braucht das team Geld. Deshalb kostet die 28-seitige Dokumentation über den Konflikt am Frankfurter Berg mindestens 3,— DM. Diese ist zu beziehen über die Kontaktadresse:
Helmut Schönberger, Eckenheimer Schulstraße 2, 6000 Frankfurt 50. Und das Konto: Frankfurter Sparkasse von 1822, Kontonummer 50/821497

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/ Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/ Schriftsteller

JUGENDLICHE GEGEN STÄDTISCHES MIET–VERTRAGSDIKTAT

BAD SCHUSSENRIED
22. FEBRUAR

Von betroffenen Jugendlichen die neuesten (auch selbstkritischen!) Informationen über den Kampf zwischen dem selbstverwalteten Jugendzentrum Bad Schussenried und Stadtverwaltung und Gemeinderat.

Wie euch aus dem ID Nr. 215 bereits bekannt sein dürfte, hatte uns die Stadt ein bis zum 15. 2. befristetes Ultimatum gestellt, um unsere Unterschrift unter einen Mietvertrag zu erzwingen, den wir bei der Jahreshauptversammlung des Jugendzentrum-Trägervereins bereits im Januar abgelehnt hatten. Andernfalls sollten wir Ende April aus dem Jugendzentrum rausfliegen.

Am 15. 2. (früher hatte unser BM Kohler keine Zeit!) fand eine Verhandlung zwischen Jugendzentrum-Vertretern, dem Bürgermeister, einer SPD-Stadträtin und zwei Verwaltungsleuten statt.

Die Jugendzentrum-Vertreter sollten nach dem Beschluß der Mitarbeitersitzung in diesem Gespräch die ersatzlose Streichung einer Zusatzklausel im Mietvertrag erreichen, derzufolge das Jugendzentrum Schussenried einheimischen Jugendlichen vorbehalten bleiben soll. Explizit verboten werden darüberhinaus Veranstaltungen ortsfremder Organisationen im Jugendzentrum. Beides also ganz gravierende Eingriffe in die seit 2 1/2 Jahren praktizierte Selbstverwaltung.

BM Kohler rotierte konkret vor allem wegen einer Russell-Unterstützungsveranstaltung im November 77 im Jugendzentrum, die von einer SB-Initiativgruppe organisiert und von rund 80 Leuten besucht war. (Daß Kohler das SB für eine K-Gruppe hält, sei zur Charakterisierung unseres BM nur kurz angefügt.) Dann stößt ihm natürlich die Schussenrieder Alternativzeitung MOTZER auf, die anfangs im Jugendzentrum hektographiert wurde, inzwischen aber auswärts offsetgedruckt wird. Es gibt, mit Kohlers Worten, 4 böse Linke, die alle im MOTZER schreiben und darüberhinaus - welche Unverfrorenheit - im Jugendzentrum aktiv sind. Kurz und gut, die Verhandlungen mit der Stadt scheiterten, weil Kohler nur bereit war, eine redaktionelle Änderung an der umstrittenen Zusatzklausel vorzunehmen, statt sie ganz zu streichen.

In der (wöchentlichen) Mitarbeitersitzung am 17. 2. wurde dieser städtische Versuch, das Jugendzentrum in den politischen Griff zu bekommen, dann in einer überraschend kämpferischen Sitzung von den Jugendzentrumsbesuchern zurückgewiesen: 41 Leute stimmten gegen das städtische Mietvertragsdiktat, 2 enthielten sich.

Überraschend kämpferisch war die Sitzung und das Abstimmungsergebnis deshalb, weil es in den letzten Wochen seit der angedrohten Schließung vor allem auf Seiten der jüngeren Jugendzentrumsbesucher (14 - 17jährige) massiv Stimmen für eine Vertragsunterzeichnung gegeben hatte. Weil das Jugendzentrum insgesamt von einer Lähmung wegen der Ungewißheit mit dem Mietvertrag befallen war, fanden keine Veranstaltungen mehr statt, blieben die Aktivisten zu Hause - bis auf die Mitarbeitersitzung am Freitagabend, waren die Jüngeren während der Woche und Samstag/Sonntag im Jugendzentrum praktisch unter sich - bei Bier, lauter Musik, Chaos (Diebstähle, Zerstörungen).

Gerade diese Jüngeren sind aber auf das Jugendzentrum unbedingt angewiesen (weil es in unserer Kleinstadt für diese Jugendlichen nicht einmal kommerzielle ‚Angebote' gibt!). Ihnen sagt aber der politische Gehalt des Wortes Selbstverwaltung noch nicht viel, weshalb wohl in dieser Altersgruppe nicht wenige bereit waren, für den Erhalt des Jugendzentrums den Vertrag einfach so zu unterzeichnen, damit in der Stadt wieder Ruhe herrscht'.

Mit ein Grund für dieses mangelnde ‚Bewußtsein' in dieser Altersgruppe ist auch ihre sehr schwache Präsenz bei den Mitarbeitersitzungen. Damit sind diese Jugendlichen nicht am Entscheidungsprozeß und am Informationsfluß im Jugendzentrum beteiligt - natürlich nicht nur aus eigener Schuld, sondern auch weil die älteren und aktiven Jugendlichen manchmal auf einer Ebene diskutieren, die sie überhaupt nicht verstehen. Diese beiden ‚Fraktionen' lebten in den vergangenen Monaten im Jugendzentrum praktisch aneinander vorbei: Die Jüngeren nutzten das Jugendzentrum, entschieden aber nicht mit; die Älteren trafen in der Mitarbeitersitzung die Entscheidungen, waren aber sonst fast nie im Jugendzentrum zu sehen.

Doch am 17. 2. war die Mitarbeitersitzung - ohne jede Vorankündigung - gut besucht (Zufall?). 60 Leute waren in der Sitzung, vor allem Jüngere. In einer sehr intensiven Diskussion, die im Jugendzentrum fast eine Stunde lang für ungewohnte Ruhe sorgte (alle hörten zu, nicht der übliche Sitzungslärm), wurde offensichtlich vielen klar, was Selbstverwaltung auch heißt: IM JUGENDZENTRUM MÜSSEN DIE JUGENDLICHEN BESTIMMEN WAS LÄUFT, UND NICHT BM KOHLER!

UNSERE HALTUNG: SELBSTVERWALTUNG!

Für die nächste Zeit sind einige Maßnahmen ins Auge gefaßt, weil jetzt mit der Schließung von Seiten der Stadt zum 30. April gerechnet werden muß:

- möglichst viele Aktivitäten im Jugendzentrum: Konzerte, Filme, Disko's, AG-Sitzungen,...
- Infostände in der Stadt zur Information der Bevölkerung
- verstärkte Pressearbeit
- Unterschriftensammlung in allen Jugendzentren Oberschwabens (500 Unterschriften sind bereits zusammen!)
- (voraussichtlich) eine Demo aller oberschwäbischen Jugendzentren im April in Bad Schussenried
- und: über den 30. April im Jugendzentrum bleiben.

Was ganz wichtig für die größtmögliche Mobilisierung der Schussenrieder Jugendlichen ist, sind Solidaritätsschreiben von anderen Jugendzentren, die schon ähnliche Kämpfe durchstehen mußten, von politischen Gruppen, ASten, und und und...
ES IST NÄMLICH GUT, ZU WISSEN, DASS WIR NICHT ALLEIN DASTEHEN!

Inzwischen (23.Februar) ist beim Jugendzentrum e. V. die Kündigung durch den Bürgermeister eingetroffen. Der Text ist kurz und knapp:

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
Den Erhalt des Bezugschreibens möchten wir hiermit bestätigen.
Da der Gemeinderat am 16.Februar 1978 (in nichtöffentlicher Sitzung) seine Entscheidung vom 19.Januar 1978 erneut einmütig bekräftigt hat, bitten wir für rechtzeitige Räumung des Jugendzentrums ohne Hinterlassung von Schäden zum 30.April besorgt zu sein."

Selbstverwaltetes Jugendzentrum, c/o Ulli v. d. Berge, Wuhrstraße 29, 7953 Bad Schussenried.

3. BUNDESTREFFEN DER REGIONALZUSAMMENSCHLÜSSE VON JUGENDZENTREN

HANNOVER
21. Februar

Vom 10. bis 12. Februar 78 fand im unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in Hannover des 3. Bundestreffen der Regionalzusammenschlüsse von Jugendzentren statt. Von ca. 40 Regionalzusammenschlüssen, die es im ganzen Bundesgebiet gibt, waren Vertreter von 20 Regionalzusammenschlüssen und verschiedene einzelne Jugendzentren anwesend. Hauptsächlich wurde über Verbesserungen der Zusammenarbeit und über die Teilnahme am Jugendhilfetag 1978 in Köln diskutiert. Man einigte sich darauf, zum Jugendhilfetag eine diskutierte Stellungnahme herauszubringen und die Regionalzusammenschlüsse zu einer Teilnahme innerhalb der Jugendhilfe-Tag-Opposition aufzurufen. Im Februar erscheint eine Wandzeitung, die für alle Jugendzentren kostenlos über **Tiedeke Heilmann, Haus Nr. 25, 3142 Barnstedt** zu beziehen ist. Das nächste Bundestreffen soll vom 15.9. – 17.9.78 im Saarland stattfinden. Ein Protokoll zum 3. Bundestreffen kann von interessierten Gruppen für DM 2,– in Briefmarken beim **BDP Landesverband Hessen, Hamburger Allee 49, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/ 77 90 10** bestellt werden. Dies ist auch die Kontaktadresse für die Vorbereitungsgruppe zum Jugendhilfetag.

ZEHN KRITISCHE LEHRBEAUFTRAGTE GEKÜNDIGT

FREIBURG
23.Februar

„Liebe Genossen! Wir haben uns gefreut, daß Ihr unseren Kurzbericht über die Vorgänge an der Fachhochschule in der Nr. 217 des ID abgedruckt habt. Weniger allerdings, daß Ihr die Hälfte – vielleicht aus Versehen – weggelassen habt. Und zwar den Hammer mit den zehn Lehrbeauftragten. Das stand zwar dick in der Überschrift, aber im Text hat der ganze entsprechende Abschnitt gefehlt. Deshalb schlagen wir Euch folgenden kleinen Abschnitt für die nächste Nummer vor:

Im letzten ID wurde berichtet, daß an der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen in Freiburg der Rektor 3 Studenten wegen Verkaufs der ‚Roten Blätter' verwarnt und einen weiteren Studenten ein halbes Jahr vor Abschluß des Studiums exmatrikuliert hat.

Dagegen haben inzwischen 10 Lehrbeauftragte beim Rektor der FHS, dem katholischen Priester und Theologieprofessor Bernhard Krautter protestiert. Die Maßnahmen bedeuten ihrer Meinung nach eine unzulässige Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit der Studenten. Ausdrücklich wiesen die Lehrbeauftragten darauf hin, daß sie sich nicht mit dem Inhalt der ‚Roten Blätter' identifizieren.

Die Reaktion von oben kam prompt. Alle 10 Lehrbeauftragten wurden fristlos gefeuert. Ausgesprochen wurden die Kündigungen diesmal vom Verwaltungsrat, dem Gremium, das sich aus mehreren Kirchenbonzen der Träger (Katholische Kirche, Caritas-Verband) zusammensetzt und hinter den Kulissen (die Verwaltungsratsmitglieder sind größtenteils nicht bekannt!!!) die Geschicke unserer Fachhochschule per Eingebung lenkt.
Solidaritäts- und Protestpost erbeten an:
AStA oder Rektorat der Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen; Wölflinstraße 4, 78 Freiburg

BUNDESWEHR – NEIN DANKE!

Lübeck
17. Februar

Zum Thema Bundeswehr ein Beitrag der Homosexuellen Aktion Lübeck:

es hat sich wohl indessen herumgesprochen, daß die bundeswehr scheiße ist.
- dient als ordnungsmangel, wo brave, fdgo-treue, starke und disziplinierte männer herauskommen.
- als verschleißsache für die rüstungsbonzen.

da haben viele menschen etwas dagegen und wollen am liebsten nicht hin.
ist der musterungsbescheid da, beginnt eine große gehirnakrobatik mit dem tenor: was tun?
es gibt da etliche möglichkeiten, eine im allgemeinen sehr wirksame widerstandsform ist jedoch relativ unbekannt.
liegt wohl daran, daß dieses thema für viele, auch die linken nicht ausgenommen, ein ziemliches problem ist.
also: nach einer internen richtlinie soll " nach möglichkeit keine männer eingezogen werden, die sexuell andersgeartet sind ".
das heißt im klartext: alle männer, die homosexuell sind, oder so etwas ähnliches erkennen lassen, sollen möglichst nicht eingezogen werden.

demzufolge: mann geht zur musterung und erklärt „beiläufig", daß er homosexuell ist. da haben die homosexuellen am wenigsten schwierigkeiten (wenn es nicht gerade angepasste sind), können im notfall auch ein beleg dafür liefern.
jene, die nicht homosexuell sind, haben da zwei möglichkeiten, das auch zu demonstrieren (was nicht immer und überall verlangt wird)
a) bei der „nacktshow" denken sie an eine tolle frau, was sich eventuell darin ausdrückt, daß sich der schwanz hebt.
b) er benimmt sich feminin! in unserer gesellschaft darf es bekanntlich nur starke und männliche männer geben und alles was anders ist, also weich und „weibliche" verhaltensweisen, sind da schwer verrufen.
gilt als indiz für homosexualität (schwachsinn).

gescheitert! wenn das wider erwarten nicht geklappt hat und der mann nun doch zur bundeswehr muß, so nimmt er meistens den zivildienst.
immer noch (wieder) ist die gewissensprüfung nicht abgeschafft.
gibt also neue probleme. hier erweist sich die homo-frage als faktisches allheilmittel.
in der fragestunde demzufolge als hauptargument „ ich kann keinen mann töten, da ich männer liebe".
der gewissenskonflikt ist da offen, selbst für die borniertesten idioten.

laß uns alle schwul sein!

Harald Schütte, Mecklenburgerstr. 39, 24 Lübeck-Travemünde, Homosexuelle Aktion Lübeck (hal)

INFORMATION FÜR DIE TRUPPE: DIE DISZI–KASSE

MITTENWALD
25.Februar

Aus dem ‚Schlagbolzen' - Mittenwalder Soldatenzeitung übernehmen wir folgenden Bericht:

DIE DISZI–KASSE
In der Stabskompanie und einer weiteren Kompanie der Edelweißkaserne wurde im vergangenen Jahr eine Diszi-Kasse gegründet. Was war für diese Kameraden dazu der Anlaß?

Nach einigen vorausgegangenen ungerechten Disziplinarverfahren hatte sich eine Gruppe von Soldaten zusammengetan, um sich dagegen zu wehren. Man einigte sich auf den Betrag von 5,- DM pro Monat. Eine wichtige Voraussetzung für den sinnvollen Bestand war die Erweiterung. Man beschränkte sich nicht nur darauf, denen, die auch eingezahlt hatten, die Diszis zu bezahlen, sondern auch Außenstehenden, die daraufhin selber mitmachten. Andererseits zahlte man aber auch nicht alle Strafen.
Was ist bis jetzt bei der Selbsthilfe erfolgreich gewesen? Hierbei sind folgende 4 Punkte zu nennen:

1. Es ist eine Absicherung gegen die Willkür der Vorgesetzten, gegen die auch der Vertrauensmann keine Rechte hat.

2. Die Angst vor den Geld-Diszis wurde genommen und Soldaten, die nicht bereit sind, alles hinzunehmen, hatten von der Mannschaft her eine gute Rückendeckung.

3. Die Hintergründe der Diszis werden besser bekannt, weil sie unter den Soldaten in einem größeren Maße mit den Betroffenen besprochen werden.

4. Die Kasse fördert den Zusammenhalt unter den Kameraden. Das fürchtet die BuWe am meisten. Deshalb versucht sie auch immer, Einzelne stellvertretend für alle anderen herauszugreifen.

Es kommt jetzt darauf an, auf diesem Wege weiterzumachen und aktiv dafür zu sorgen, daß der Kreis der beteiligten Kameraden weit größer wird."

Auseinandersetzung mit dem KB

KEIN ABSTIEG VON ST. PAULI UND AUCH SONST NIX

HAMBURG 16. Feb. 78 *Das Flugblatt "Abstieg? Nein Danke" erweckt den Eindruck, daß es vom Kommunistischen Bund sei. Das ist Absicht – der war's aber nicht. In einem Brief zum Flugblatt schreibt eine Hamburgerin: "Auf diese Art finde ich die Auseinandersetzung mit dem KB gut. Hier in Hamburg ist das nämlich sonst ziemlich widerlich. Ständig drängt der KB uns (Spontis, Undogmatische, freischwebende Individuen) Diskussionen auf, die uns davon abhalten, das zu bereden, was wirklich wichtig ist. Viele von uns haben in irgendeiner Weise mit dem KB sympathisiert und sind noch immer nicht in der Lage, sich einfach nicht mehr einzulassen auf KB-Politik. Das nervt. Aber auf der Ebene des Flugblatts find ich die Auseinandersetzung schon angemessen. Die KBler sind auch ziemlich verwirrt und würden gern wissen, wer's war.*
Irgendwie verhindert der KB hier ziemlich nachhaltig die Entstehung einer linken "Infra-Struktur". Es gibt seit einiger Zeit hier einen Versuch, ein Plenum Hamburger undogmatischer Gruppen zu machen. Da gibt's so einige Schwierigkeiten (darüber mehr, wenn ich mal Zeit habe), aber auch da tauchen noch ständig so Sachen auf wie: wir müssen auch mal so wie der KB Großveranstaltungen organisieren usw."

ABSTIEG? – NEIN DANKE

Die Lage des Arbeitersportvereins FC St. Pauli von 1910 erfüllt uns mit großer Sorge – denn die Hamburger Linke braucht St. Pauli. Auf den Fußballclub der Bourgeoisie, den Pöseldorfer Blankeneser HSV, dessen Stars eh nur noch dekadent in Spielcasinos rumhängen und auf dem grünen Rasen jämmerlich versagen, können wir ohne weiteres verzichten. Nachdem eine breite Aktionseinheit aller ehrlichen Fußballfans den Krohn vertrieben hatte, dachten viele Fans, nun kommt mit Öczan beim HSV die große Wende.

Doch was ist wirklich geschehen? Günther Netzer, ehemaliger Kicker beim FC Real Madrid, dem Club des spanischen Faschismus von Franco und Blanco, exclusiv-Berichterstatter der Rechtsillustrierten "Quick' von der Fußball-WM in Argentinien, Besitzer eines 100.000 Mark-Autos (Ferrari, schwarz) wurde Krohns Nachfolger – eine böse Pleite für alle ehrlichen Fußballfans. Darum HSV runter, St. Pauli hoch.

Wir werden den Klassenerhalt von St. Pauli klassenkämpferisch sichern? Der kommunistische Bund (KB) als größte Gruppe, Mutter + Vater der Hamburger Aktionseinheit (AE) wird alle seine Kräfte darauf konzentrieren, St. Pauli den Klassenerhalt zu sichern!

Welche konkreten Überlegungen gibt es schon heute? Wir werden ab sofort in unserer Buchhandlung "Arbeiterbuch", Grindelhof 45, 2 HH 13, Tel. 453801; im Büro vom sozialistischen Studentenbund (SSB), Schlüterstr. 2, 2 HH 13, Tel.: 44 98 14 + 410 56 73; im ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro, Lerchenstr. 75, 2 HH 50, Tel.: 43 53 06 + 43 53 56 und über das KB-Büro 43 53 83 verbilligte Eintrittskarten für ALLE Heimspiele des FC St. Pauli verkaufen! Für Auswärtsspiele werden wir wie schon zu den Aktionen gegen Atomkraftwerke in Brokdorf, Grohnde und Kalkar preiswerte Busfahrten organisieren. Rufen Sie uns bitte an und bestellen Sie Karten vor! Bei uns bekommen Sie den Aufkleber "FC St. Pauli von 1910" ab heute umsonst! Sowohl bei Heim- als auch zu den Auswärtsspielen werden wir unsere vorzüglich geschulte und erprobte Ordnertruppe einsetzen. Sie hält jeden Vergleich mit einer Werkschutzgtruppe oder einem kommerziellen Sicherheitsdienst (z.B. "Webendörfer") aus. Falls Sie Zweifel an der Qualität unserer Ordnertruppe haben, fragen sie doch in ihrem Bekanntenkreis nach der Veranstaltung mit "Radio Alice" aus Bologna, wo unsere brühmte Ordnertruppe "die hundert mit dem Schraubenschlüssel" zumindest versucht hat,Spontis, Anarchos und diese italienischen Flippies + Hippies aus der Mensa auszusperren: Hanns Martin Schleyer wäre stolz auf unsere Truppe gewesen – wir sind auch ohne ihn stolz auf unsere Ordnertruppe – vergleichbares gibt es nicht!!

Verstärkt werden wir nun auch Agitation und Propaganda für St. Pauli machen. Eine Branchenzeitung "Fußball' befindet sich im Aufbau. Wir suchen aber noch dringend Mitarbeiter für die "Fußball-Kommission"! Rufen Sie bitte eine der obigen Telefonnummern an und verlangen Sie bitte Herrn Günter Hopfenmüller, er wird Ihnen gern weiterhelfen.

Die Flugblattserie „Abstieg? Nein danke" wird zumindest bis zur Sicherstellung des Klassenerhalts unregelmäßig erscheinen!

AUFSTIEG? JA BITTE

Am 4.6.1978 stehen ja nun die Hamburger Bürgerschaftswahlen ins Haus. Wir (KB, SSB, KB-BUU Schlüterstr. 4 und noch viele, viele andere Initiativen, mit denen wir befreundet sind) kandidieren unter zwei Hauptforderungen:

Keine Stimme den Atomparteien!
und Keine Stimme den HSV-Parteien!
Wählt Liste "Wehrt Euch"!

Wir als Aktionseinheit (AE) sind sowohl ehrliche, demokratische und antifaschistische AKW-Gegner als auch ehrliche St. Pauli-Fans. Deshalb werden wir uns in der Hamburger Bürgerschaft dafür einsetzten, daß St. Pauli einen großzügigen Kredit erhält für den Ausbau des Millerntor Stadions. Im Zuge dieser Maßnahme haben wir folgende Forderungen:

1. Immerwährende Streichung des Namens "Budapester Str." und Benennung in Ernst "Teddy" Thälmann Allee, wie schon vor 1956.
2. Umbenennung des Fußballstadions am Millerntor in 'Teddy' Thälmann Kampfbahn.

Die Bekämpfung des Atomprogramms von CDU, SPD, FDP, HEW, NWK ... in der Bürgerschaft ist natürlich eine ebensolche Selbstverständlichkeit für uns! Helfen Sie St. Pauli – Wählen Sie am 4.6.1978 Liste "Wehrt Euch"!

Wir fordern die anderen fortschrittlichen Organisationen, Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen auf, zusammen mit der Aktionseinheit für den Klassenerhalt vom FC St. Pauli von 1910 klassemkämpferisch zu kämpfen!
Kein Abstieg von St. Pauli und auch sonst nix!

Weitergeben, nachdrucken, auch machen!

FASCHISTEN–KUNDGEBUNG IN GÖTTINGEN VERHINDERT

Göttingen
12. Februar

Jeden Samstag befinden sich auf dem Marktplatz in Göttingen diverse Büchertische (Anti-AKW-Arbeitskries, KB, KBW, DKP) mit Flugblätterverteilern und Zeitungsverkäufern, kleinen Diskussionsgruppen. Noch nie hat es dabei gewaltsame Auseinandersetzungen gegeben. Am 11.2. jedoch war dieses friedliche Bild massiv gestört durch eine neofaschistische Provokation: Die NPD und deren Jugendorganisation hatte eine „Kundgebung" auf dem Marktplatz angemeldet. Die Stadtbürokratie hatte „keine Veranlassung gesehen, dies zu unterbinden", was auch z.T. in der bürgerlichen Presse kritisiert wurde. So zeigten sich vormittags junge und alte Nazis auf dem sonst so friedlichen Marktplatz mit Büchertisch und Riesenlautsprecheranlagen, laberten faschistisches Zeug und trugen z.T. NPD-Plakate an handfesten Holzlatten. Antifaschistische Gruppen hatten zu einer „Gegenkundgebung" aufgerufen („Faschisten raus aus Göttingen!"), die ebenfalls „genehmigt" wurde.
Ursprünglich wollte man/frau die Neonazis schlicht und einfach isolieren und dafür sorgen, daß sie keine Beachtung finden. Jedoch stellte sich sehr bald heraus, daß dies nicht möglich war, weil die Kerle ihre Stereoanlage beliebig laut drehen konnten, so daß alles andere (KBW-Kapelle, Verlesen von „Offenen Briefen an die Göttinger Bevölkerung", mit der Aufforderung, sich gegen die faschistische Provokation zu wehren und sich mit den antifaschistischen Gruppen zu solidarisieren) im Rauschen der Faschistenlieder (nationalistische Texte und poppige Melodien) unterging.
So hatten nach einer Stunde genug Leute die Schnauze voll. Es formierte sich eine Demonstrationszug auf die Lautsprecher anlage zu. Nach einer Salve von Farbeiern, Knallern und anderen harmlosen Gegenständen kam es dann zum Handgemenge, wobei die Faschisten sofort mit den Holzlatten, an denen sie ihre NPD-Plakate trugen, wüst auf die Antifaschisten einprügelten. Schließlich gelang es, die beiden Lautsprechertürme der NPDler umzuwerfen, ihre Plakate und Transparente zu vernichten. Einige Nazisymbole wurden verbrannt. Verletzungen gab es auf beiden Seiten, so wurde z.B. einem Antifaschisten ein Fingerknochen übel zersplittert. Zum Glück gelang es, sofort die meisten Metallstangen aus dem NPD-Plakatgerüst zu entfernen, so daß die Faschsiten nicht auch noch damit prügeln konnten. Erstaunlicherweise hatten die Typen kein großes Schlägeraufgebot dabei. Vielmehr schienen die NPDler so etwas wie Mitleid bei der Göttinger Bevölkerung erheischen zu wollen, indem vorgeführt wurde, wie hier die „armen, harmlosen und friedlichen Faschisten" an ihrer „demokratischen Meinungsäußerung" gehindert wurden. Nach einigen Sprüchen zu urteilen, die ich von „Bürgern" auf dem Markt hörte, schienen sie damit durchaus nicht völlig erfolglos gewesen zu sein!

Bemerkenswert war das Verhalten der Bullen. Sie kamen erst mit Schlagstöcken, Schildern, Helmen als der Faschistenstand bereits zerstört war, und das Ziel erreicht war, die Faschistenpropaganda zu unterbinden. So beendete die Polizei die „Kundgebung" und sicherte den Faschisten den Rückzug. Unter Polizeischutz durften sie ihre total zerfetzten Plakate und Symbole zusammenfegen und sich verpfeifen. So haben in diesem Fall die Bullen nicht mit Faschisten gemeinsam auf Antifaschisten eingeprügelt, wie es in letzter Zeit mehrfach passiert ist. Nach der Auflösung der „Kundgebung" gegen 12 Uhr verprügelten die Faschisten noch einige Leute, die sie einzeln in der Nähe des Marktplatzes überfallen konnten.
So wurde z.B. auch auf eine KB-Frau eingeprügelt.
In der darauffolgenden Nacht wurden faschistische Anschläge auf Räume antifaschistischer Gruppen befürchtet. Deshalb wurden die wichtigsten Einfahrten nach Göttingen im Auge behalten und Nachtwachen in besonders gefährdeten „Objekten" geschoben. Gegen 1 Uhr kam die Telefonmeldung, es seien Nürnberger (Wehrsportgruppe Hoffmann) in der Nähe des DKP-Büros gesichtet worden. Zum Glück stellte sich dies als eine Ente heraus; in der Nähe des DKP-Büros wurde lediglich ein PKW mit Nürnberger Kennzeichen gesehen.
Die Sache ist sicherlich noch längst nicht ausgestanden. Es muß weiterhin mit faschistischen Überfällen und Provokationen gerechnet werden.

ACHTUNG: DIE NAZIS KOMMEN

DELMENHORST
17. Februar

Die NPD will am 18. März 1978 in Delmenhorst ein großes Faschistentreffen veranstalten. Zu diesem Vorhaben gibts ein Flugblatt von Antifaschisten:

Der Landesverband der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beabsichtigt, am Sonnabend, 18. März, eine Großveranstaltung in der Fußgängerzone durchzuführen. So stand es am 2. Februar kommentarlos im „Delmenhorster Kreisblatt". Ähnliche Veranstaltungen haben bereits in Hannover, Osnabrück und Oldenburg stattgefunden.

DIE HITLERWELLE BEGINNT SICH AUSZUWIRKEN.

In Hannover verteilen Alt- und Jungfaschisten Handzettel mit der Aufschrift: „Deutsche – kauft nicht bei Juden";

In Franken bildet eine als „Wehrsportgruppe Hoffmann" getarnte Organisation ungehindert einen Nazi-Schlägertrupp aus;

In allen deutschen Großstädten werden x Naziorden und -abzeichen auf offener Straße verkauft;

In Bremen zogen Jungfaschisten in SS-Uniform durch die Innenstadt und sagen das Horst-Wessel-Lied;

Immer mehr jüdische Friedhöfe werden geschändet;

In Oldenburg wurde bei einer NPD-Kundgebung am 12. Dezember ein 60jähriger von Nazischlägern mit Eisenstangen krankenhausreif geschlagen.

SO HAT SCHON EINMAL ALLES ANGEFANGEN!
EIN 1000JÄHRIGES REICH IST GENUG!

Bei einer Vorbereitungsveranstaltung haben etwa 60 Delmenhorster Bürger über mögliche Gegenaktionen während des Faschistentreffens diskutiert. Am Vorabend des Treffens wird eine kulturelle Veranstaltung stattfinden, zu der griechische und chilenische Gruppen eingeladen sind. Am Tag des Treffens werden die Antifaschisten die NPDler mit ihrer Anwesenheit konfrontieren und mit Sprechchören etc. auf die Veranstaltung aufmerksam machen.

Kontakt: Rolf Eisenhauer, Hans Seichter, Heinz-Jürgen Vogel, Lange Straße 7, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/19554.

GROHNDE–PROZESSE

HANNOVER
22. FEBRUAR

5. Verhandlungstermin gegen Andreas am 15. Februar.

Von den 75 Zuschauerplätzen sind ca. 30 besetzt, am Nachmittag sind es weniger als 20 - wie heißt es doch so schön? - ANGEKLAGT SIND WIR ALLE!!!

Zu Beginn werden 2 Polizeifotographen vernommen, die beide nichts wesentliches aussagen können. Anschließend gibt der BKA-Kriminaldirektor Edelmann ein dreistündiges Statement ab. Edelmann hat während jeden Verhandlungstages auf der Pressebank gesessen. Er hatte vom LKA Hannover den Auftrag erhalten, Andreas an Hand von Photos zu identifizieren. Zur Auswertung hat er 10 von 250 Photos genommen, die an der Sperre vom Ortsausgang von Kirchohsen gemacht wurden. Diese hat er verglichen mit den Photos, die bei der ED- Behandlung am 19. 3. 77 nach Andreas' Festnahme gemacht wurden. An 29 Merkmalen hat er nachgewiesen (Kleidung, Haaransatz, Nase, Augen usw.) daß Andreas Hanke Andreas Hanke ist. Er hat gesagt, daß derartige Methoden zur Identifizierung das erste Mal bei Demonstranten angewandt werden.

Nach der Mittagspause wird Dr. Möglich, der Arzt, der den Polizeibeamten Lahrs am 22. März 77 behandelt hatte, vernommen. Er sagt aus, das Lahrs eine drei mm lange Schürfwunde am Ohr hatte. Außerdem hatte er im Ohr Schorf. Ob sich darunter auch eine Wunde befand, hatte er nicht untersucht. Es waren keine Schwellungen und blaue Flecken sichtbar. Der Patient klagte über einen Druck unterhalb des Ohres. Der Arzt hatte keine Anhaltspunkte einer Gehirnerschütterung festgestellt. Er hat Lahrs aber zum Facharzt (Hals-Nasen-Ohren) überwiesen. Lahrs hatte diesen Arzt nicht aufgesucht. Nach Aussagen des Zeugen kann ein Schlag von oben nach unten Schürfwunden hervorrufen - jedoch nicht ein Schlag, der seitwärts erfolgt (Lahrs hatte behauptet, daß Andreas ihm einen heftigen Schlag seitwärts zugefügt hätte, sodaß er kurzfristig bewußtlos war.). Der Arzt Dr. Möglich sagt, daß ein seitwärts angesetzter Schlag mit einem Knüppel von 8 cm Durchmesser und 80 cm Länge das Platzen des Trommelfells, Knochenbrüche, Platzwunden oder ähnliche schwere Verletzungen hervorrufen würde.

Anschließend wird noch einmal der Einsatzleiter Juretzki vernommen. Dieser sagt aus, daß sich die Polizei auf eine friedliche und eine gewalttätige Demonstration eingerichtet hätte - aufgrund der Erfahrungen von Brokdorf/Itzehohe, Grohnde und Gorleben. Die Polizei hatte eine Doppelstrategie zu verfolgen: den Schutz der Demonstration und den Schutz des AKW-Baugeländes. RA Müller will wissen, welchen Inhalt die Teile 1, 2 und 4 des Gesamtbefehls gemäß der Führungskonzeption des Einsatzes der Polizeikräfte in Grohnde vom 19. März 77 haben. (Teil 3 ist in den Prozeßakten erhalten.). Juretzki verweigert die Aussage, da er als Beamter an die Weisung gebunden ist, Fragen, die zur Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der BRD führen, nicht zu beantworten. Andreas verlangt bei Nichtbeantworten der Frage ein Ordnungsgesld von 1000 DM (Der Zeuge hat nach eigenen Angaben ein Einkommen von 4000 DM monatlich). Der Antrag wird nach kurzer Beratung abgelehnt. Die Verteidigung behält sich vor, eine Entscheidung auf verwaltungsrechtlichem Wege zu erzwingen.

Daß die örtliche Bevölkerung frühzeitig ‚aufgeklärt' und observiert werden soll, steht im Einsatzplan. Der Zeuge weiß von nichts. RA hält dem Einsatzleiter vor, daß in einem von ihm verfaßtem Buch zu lesen ist, daß das Vorgehen mit dem gesamtpolitischen Klima abgestimmt werden muß. Der Zeuge weicht der Frage aus, ob es Absprachen mit der niedersächsischen Landesregierung gegeben hat, sagt dann aber, daß er Albrecht und Groß einen Vortrag gehalten hat. Er bestätigt nach langem hin und her, daß die Presse von der Polizei vorbereitet wurde. - Mit welchen Informationen, wußte er natürlich nicht. So konnte er auch nicht die Frage beantworten, ob Polizisten in Zivil unter die Demonstranten geschleust wurden.

Im übrigen hatten die Sperren eine rein verkehrstechnische Funktion: Die Demonstranten sollten nicht von Autos belästigt werden. Sie sollten in kleinen Gruppen durch die Sperre geschleust werden. Daß die Demonstranten zum gleichen Zeitpunkt erschienen, also geschlossen, wurde von der Polizei nicht einkalkuliert. Zuvor sagte der Einsatzleiter aus, daß er in den frühen Morgenstunden erfahren hatte, daß die Demonstranten aus dem Norden im Konvoi kommen. Der Zeuge Einsatzleiter war aufgrund der bohrenden Fragen der Verteidigung sichtlich unsicher. Er mußte viele Fragen mit ‚weiß ich nicht' beantworten. Beim nächsten Prozeßtermin wird er erneut vernommen - außerdem erscheinen dann Zeugen der Verteidigung.

Fünfter Verhandlungstermin gegen Eso (Helmut Oldefest)

Der Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bis das Verwaltungsgericht in Lüneburg beschließt, ob Einsatzleiter Juretzki über die fehlenden Teile des Gesamtbefehls aussagen darf oder nicht, wird vom Gericht abgelehnt. Danach folgt die weitere Befragung Juretzkis durch die Verteidigung: Es waren bei der Grohnde-Demonstration Greiftrupps vorhanden - man wollte ja auf alle Eventualitäten gefaßt sein - jedoch wollte Juretzki zu konkreten Fragen wie: Stärke dieser Trupps, Organisation, etc. keine Aussagen machen.

Über das Zusammenspiel zwischen Einsatzleitung und Presse (totales Totschweigen der Demonstration), ebenso wie Vorbereitungen der Polizei bezüglich Verhaftungen (Anmieten eines ‚Frei'bades) machte er auch keine Aussagen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, auf das Buch ‚Grundlagen der Befehlstechnik' von Juretzki, Hildesheim 1973 zu verweisen, worin er ausführlich weitere im Zusammenhang mit Demonstrationen gemachte Erfahrungen darlegt. Die Funktion der beiden Straßensperren in Kirchohsen bzw. Grohnde war nicht, die Demonstranten davon abzuhalten zum Baugelände zu gehen. Sie als Einsatzleitung sind total von den Vorgängen überrascht worden, und das, obwohl man angeblich wußte, daß eine Bauplatzbesetzung geplant war. Die Polizeikräfte waren ja nur dazu da, um den Demonstrationsschutz zu gewährleisten. Wie dieser Demonstrationsschutz aussieht - in seiner Vollendung - hat Juretzki dadurch bewiesen, daß er verantwortlich für die Straßensperren bei der Kalkar-Demo war. Seitens der Polizei war man überrascht von dem ‚brutalen' Vorgehen der Demonstranten. Die Reaktion der Polizeikräfte müsse man, so Juretzki, als ‚Handeln in einer Notsituation' betrachten, bei der man nicht alles unter Kontrolle habe. Im weiteren Verlauf der Befragung kam heraus, daß Juretzki Lüneburger Richtern Polizeifilme bzw. Bilder von der Demo gezeigt hatte und dabei ziemlich gegen die Demonstranten gehetzt habe. Solche Filmvorführungen sollen auch in Hameln gelaufen sein, sind jedoch nicht von ihm veranlaßt worden, sondern von höheren Instanzen!!! Nach dieser Befragung wurden von Seiten der Verteidigung Beweisanträge gestellt, die in ihrem Inhalt den kompromißlosen Einsatz der Reiterstaffel bzw. der anderen Bullen aufzeigen sollen. Die Vernehmung dieser Zeugen soll am 23. 2. erfolgen.

Zur Zeit laufen in Hannover vor dem Landgericht FÜNF Prozesse gegen Grohnde-Angeklagte - also jeden Tag einer!!! In der Woche vom 27. Februar bis 3. März folgende: Montag: Jerry, Dienstag: Christian Gehrke, Mittwoch: Andreas Hanke, Donnerstag: Eso, Freitag, Rüdiger Jörß.

FREUNDE VON „GORLEBEN SOLL LEBEN!"

FRANKFURT 22.Februar Ihr könnt Euch vielleicht noch an den Aufruf „Gorleben soll leben" erinnern, der im September letzten Jahres von der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg veröffentlich wurde. Unterzeichner waren Mitglieder der Bürgerinitiative, Prominente wie Jungk, Brandt und viele Atomkraftgegner. Die Initiatoren dieser Initiative wollen praktisch demonstrieren, daß ein Leben ohne Atom möglich ist, den angestrebten „Tatsachen des Todes" der Betreiber sollen „Tatsachen des Lebens" entgegengesetzt werden. In diesem Sinne wird eine praktische Demonstration von alternativen Lebensformen und Technologien im Landkreis Lüchow-Dannenberg verfolgt.

Die Bürgerinitiative hat ein Gelände auf dem geplanten Baugelände der WAA gepachtet, das sie in Parzellen an interessierte Atomkraftgegner weiterverpachtet unter der Auflage, daß diese das Gelände wiederaufforsten. Hierzu näheres aus dem Konzept der BI zum „Platzprojekt":

„An dieser Stelle soll noch einmal betont werden, daß wir das Gelände gepachtet haben, um Widerstand gegen die Aufbereitungsanlage zu leisten. Aber wenn es uns nicht gelingt, daneben deutlich zu machen, was wir dagegen setzen wollen, werden wir wenig Resonanz bei der Bevölkerung finden. Deshalb ist dieser Platz so gut geeignet, gleichzeitig Widerstand zu leisten und Alternativen zu zeigen.

„Gorleben soll leben" hat sich zum Ziel gesetzt, Anfänge für menschen- und umweltgerechtere Lebens- und Arbeitsformen zu machen, der Platz der BI hat in diesem Rahmen Modellcharakter.
Alternative Energiegewinnung (Biogas, Sonnenkollektoren) und biologische Anbauformen existieren im Landkreis bereits. Wir möchten Landwirte und interessierte Leute finden, die diese Anfänge weiterentwickeln.

Um unseren Platz und damit einen Teil von „Gorleben soll leben" zu verwirklichen, müssen viele Menschen daran mitarbeiten, in Gruppen und auch einzelne Parzellen übernehmen oder Geld spenden. Wir haben Nutzungsverträge und Parzellenpläne vorbereitet, die wir Euch zuschicken, wenn Ihr uns DM 250,- für eine Parzelle überwiesen habt. Es können auch Patenparzellen übernommen werden, die dann von anderen bepflanzt werden.

Sonderkonto „Gorleben soll leben"
Commerzbank Lüchow; Konto-Nr. 54 08448;BLZ 258 414 03

Weitere Mittel hoffen wir aus dem Verkauf von Material, Erlösen bei Platz-Veranstaltungen sowie aus Spenden zu erhalten. Ihr könnt z.B. den von Uwe Bremer entworfenen Autoaufkleber „Gorleben soll leben' bei uns erhalten und von dem von den Rixdorfern entworfenen Entsorgungskalender sind auch noch einige Exemplare vorhanden.

Zur organisatorischen Durchführung der verschiedenen Arbeiten stellen wir uns vor, daß sich überregionale Fachgruppen bilden, in denen jeweils mehrere von uns Ansässige mitarbeiten. Wir übernehmen dann die Aufgaben, die an Ort und Stelle zu leisten sind. Bitte bringt auch Eure Vorstellungen mit ein, es kann nicht unsere Aufgabe vor Ort sein, allein die Inhalte festzulegen.

Wir, die Platz-Gruppe, sind 7 Leute aus der BI Lüchow-Dannenberg, die selbständig arbeiten, sich wöchentlich treffen und die örtliche Organisation der Arbeiten auf dem Platz durchführt.

Wir hoffen, jetzt viel von Euch zu hören und daß Ihr viele Parzellen übernehmt und dafür werbt, die 50 000 Bäume sind bestellt. Wir sehen uns am 25./26.Februar auf dem Platz.
Gorleben soll leben!"

In dem Konzept ist noch eine ausführliche Darstellung zu den geplanten Arbeiten auf dem Bauplatz zu lesen. Diese umfassen den Bau eines Versammlungsplatzes, mehrere Brunnen und Windmühlen, Plätze für handwerkliche Arbeiten wie Töpfern, Brotbacken etc. ebenso wie Biogasanlagen und Informationstafeln, die auf alternative Energiegewinnung und Recycling auf dem Gelände und in den umliegenden Dörfern hinweisen.

GORLEBEN SOLL LEBEN – WIR AUCH!
Interessenten bitte wenden an:

Freundschaftskreis Rhein-Main der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Dieter, Tel. 0611 / 59 41 72
oder direkt an:
Ekkehard Witt, 3139 Hitzacker, Deichstr. 6,Tel.05862 / 646



Eine Latte von Unfällen - aufgestellt am Baugelände der WAA

BROSCHÜRE SCHNELLER BRÜTER

FREIBURG
22. Februar

Freiburger Naturwissenschaftler haben eine Broschüre erarbeitet, die „die Gefährlichkeit schneller Brutreaktoren und der mit ihrem Betrieb verbundenen Plutoniumökonomie darstellt. ... Diese Broschüre ist Vital Michalon gewidmet. Er wurde am 31. Juli 1977 bei einer Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Malville vom französischen Staat ermordet."

Zu beziehen über:
Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 78 Freiburg i.B.
Einzelpreis: 2 DM + Porto; für BI's 1,50 DM + Porto

In dieser Broschüre ist ein Foto abgedruckt von einem geschmolzenen Kern eines Forschungsreaktors. Dies ist unseres Wissens das einzige Foto von einem Unfall in Zusammenhang mit Kernenergie. Auch die Deutsche Presseagentur hat keine Fotos von derartigen Unfällen (Gundremmingen z.B.).

Falls jemand Fotos hat von drartigen Unfällen, auch Abdrucke, möge er es bitte dem Bilderdienst im ID mitteilen, damit der Bilderdienst sie weiter verteilen kann.

Zum Foto:
Es handelt sich um den Unfall des EBR-Versuchsreaktors vom November 1955 (in den USA).
Der EBR-1 war ein kleiner Versuchsreaktor, an dem Grundlegende Erfahrungen für den Bau von schnellen Brütern gewonnen werden sollten. Der Reaktor war aus Sicherheitsgründen sehr klein dimensioniert, wobei der Kern ein Volumen von nur 7 l hatte.
Als der Reaktor routinemäßig angefahren bzw. aufgeheizt wurde, zeigten die Temperaturmeßgeräte verwirrende Werte an. Es schien ein plötzlicher, starker Reaktivitätsanstieg stattzufinden. Für solche Fälle waren Regelstäbe vorgesehen, die sehr schnell in den Reaktor eingeschossen werden konnten. Durch das Versehen eines Technikers wurde diese Sicherung einige Sekunden zu spät eingeschaltet und blieb wirkungsloß. Jede fünftel Sekunde verdoppelte sich die Leistung des Reaktors, die Zeiger der Instrumente sprangen über ihre Skalen. Erst das schnelle Entfernen des äußeren Mantels aus U-238, der als . Neutronenreflektor wirkte, brachte den Reaktor wieder unter Kontrolle. In der Ventilation wurde Radioaktivität registriert.
Fast der halbe Kern des Reaktors war geschmolzen, und hätte es nicht die Möglichkeit gegeben, den äußeren U-238-Mantel zu entfernen (bei großen Reaktoren ist dies nicht möglich!) , wäre 1/2 Sekunde später der Spaltprozeß endgültig außer Kontrolle gewesen. Als Unfallursache stellte sich heraus, daß sich die Brennstäbe wegen der Wärmeausdehnung beim Aufheizen des Reaktors verbogen hatten. Dadurch wurde der Brennstoff enger zusammengepreßt, die Reaktivität stieg an.

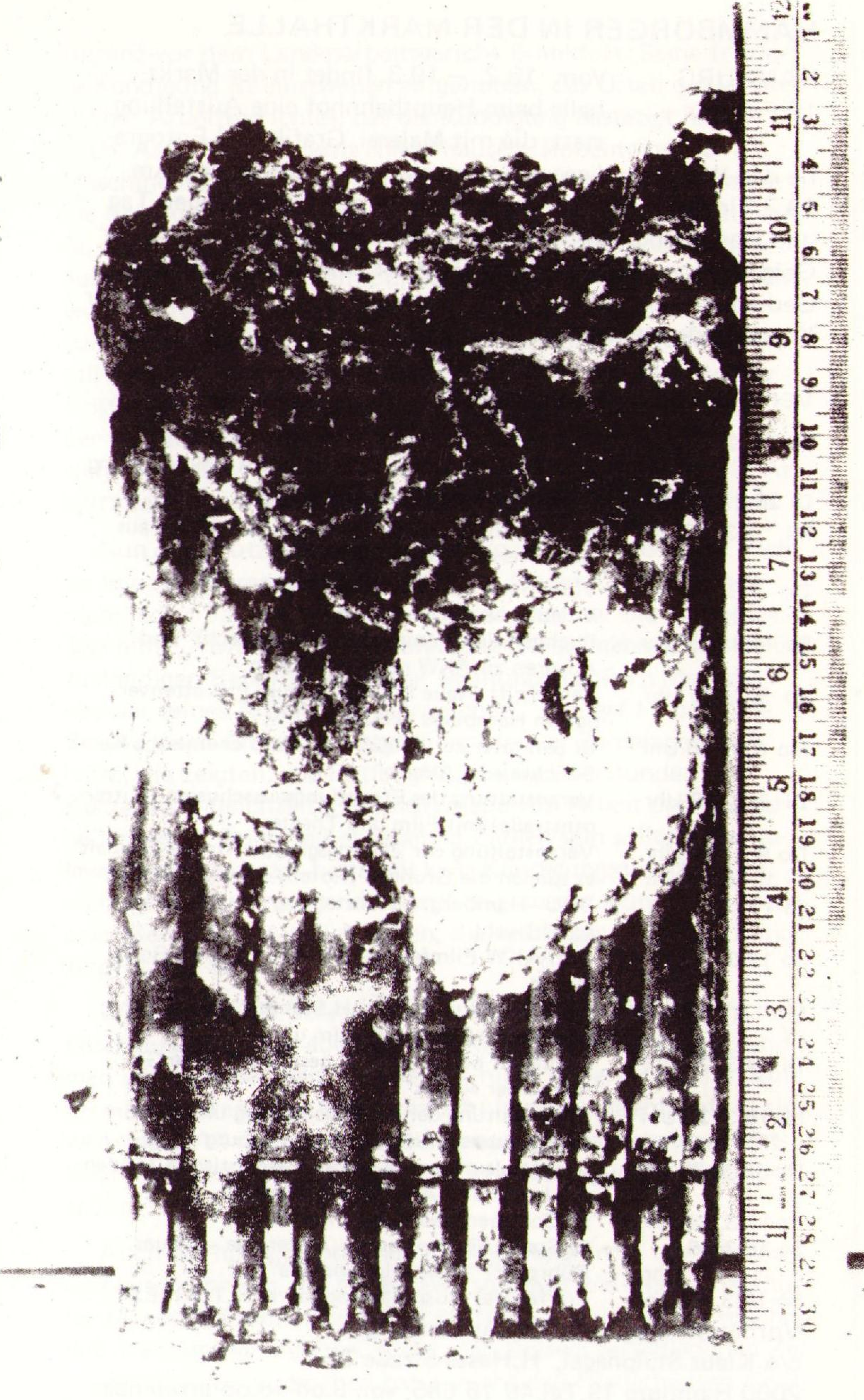


Abb. Das geschmolzene Core des EBR-1

ATOMFILZPOSTER AUS FREIBURG IN DRITTER AUFLAGE

FREIBURG
19. Februar

Von der Intitiativgruppe KKW NEIN Freiburg erhielten wir folgenden Brief:

„Soeben ist die dritte Auflage unseres Faltblattes über die „KAPITALVERFLECHTUNG IN DER DEUTSCHEN ATOMINDUSTRIE" erschienen. Auf dem Flugblatt sind alle 42 Atomkraftwerke, die sich in der BRD im Bau oder in der Planung oder schon im Betrieb befinden, mit Standort, Jahr der Inbetriebnahme, Reaktortyp, Leistung sowie mit Hersteller und Betreiber aufgeführt. Ebenso wird auf den zwei Seiten des Faltblattes zweifarbig und großformatig (DIN A 2) die gesamte Atom-Mafia verzeichnet, die vom AKW-Bau profitiert - über 300 kleine und große Firmen, Banken, Versicherungen, Familienbetriebe sowie die öffentliche Hand, die ebenfalls kraftig hinlangt.
Zu dem Faltblatt wird ein sechsseitiges Info-Blatt mitgeliefert, das sämtliche Mitgliedsfirmen und Mitgliedsverbände des deutschen Atomforums verzeichnet und das neben weiteren wichtigen Informationen über den Atomfilz eine Standortliste sämtlicher nuklearer Anlagen in der BRD enthält.

Das Atomfilzposter kostet drei Mark (einschließlich Porto) und kann entweder durch Voreinsendung einer entsprechenden Anzahl Briefmarken (KKW-NEIN-Gruppe, c/o **Nik Geiler, Kronenmattenstr. 8a, 78 Freiburg**) oder durch Überweisung bzw. Einzahlung auf das **Postscheckkonto Nik Geiler, Kto.Nr. 4195 2-757, Postscheckamt Karlsruhe (Bankleitzahl 66010075)** bestellt werden. Bürgerinitiativen erhalten das Poster bei einer Abnahme von mindestens 10 Exemplaren für DM 2,-- pro Exemplar."

HÄMMBÖRGER IN DER MARKTHALLE

HAMBURG
18.Februar

Vom 19.2. – 19.3. findet in der Markthalle beim Hauptbahnhof eine Austellung statt, die mit Malerei, Grafik und Fotografie den Widerstand gegen Atomanlagen dokumentiert. Am 19.3. findet in der ganzen Markthalle, den lieben langen Tag und Nacht lang, ein Riesenkulturfest statt, u.a. hat Klaus der Geiger schon zugesagt. AKW-Gruppen, die Musik, Theater, Gedichte und ähnliches Kulturgut schaffen, sollen sich bei der Kontaktadresse melden.

VERANSTALTUNGSKALENDER:

Mo 27.2. 20 Uhr	Veranstaltung des ‚AK politische Ökologie! Bilanz und Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung
Di 28.2. 20 Uhr	Fortsetzung o.gen. Veranstaltung
Mi 1.3. 20 Uhr	Veranstaltung der ‚BI Transport' (Kollegen aus dem öffentlichen Dienst)
Do 2.3.	Videofilme aus dem Medienladen
Fr 3.3.	Videofilme aus dem Medienladen
Sa 4.3. 15 Uhr	Buchhandlung ‚Internationale B.Brecht' und Autoren zu AKW nee Kinderbuch
So 5.3. 20 Uhr	Zeitschrift ‚Neue Erziehung' zum Plakettenverbot an Hamburgs Schulen
Mo 6.3. 20 Uhr	BI Sanitäter zu CN-Kampfgas und chemische Keule Berichte aus ‚Almelo'
Di 7.3. 19 Uhr	Veranstaltung des Ermittlungsausschusses (Lutterothstraße) mit Film und Theater
Do 9.3. 20 Uhr	Veranstaltung der Zeitungsgruppe ‚Große Freiheit'
Fr 10.3. 19 Uhr	es spielen die Gruppen ‚Roter Faden', ‚Alcatraz'
Sa 11.3.	BUU–Hamburg: Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl
So 12.3.	Anti-AKW-Filmfestival mit Autoren und Regisseuren
Mo 13.3. 19 Uhr	Podiumsdiskussion mit H.Brandt, W.Mossmann, J.Scheer, A.Goral,F.Storim u.a.
Di 14.3. 20 Uhr	Mediziner berichten über gesundheitliche Gefahren der AKWs
Mi 15.3. 20 Uhr	Veranstaltung der BI Wilhelmsburg und des Ermittlungsausschuß der BUU-Hamburg
Do 16.3. 20 Uhr	Veranstaltung mit A.Goral: Faschistische Tendenzen heute und Anti-AKW-Bewegung
Fr 17.3. 20 Uhr	BI Gorleben: Gorleben informiert
Sa 18.3. 16 – 21 Uhr	BI Stadte/Rotherbaum: ,,Unterelbe — neuer Ruhrpott? " mit Film und Dia
So 19.3. 10 Uhr	Treffen der Aussteller - später KULTURFEST

Vorbereitungsgruppe der Ausstellung:
c/o Klaus Stülpnagel, H.Hesse-Straße 35
2000 Hamburg 19,Tel.49 16 685; von 8.oo-1o.oo erreichbar

‚GRIE SOSS' IN OFFENBACH

OFFENBACH
22. FEBRUAR

Von Bürgerinitiativen im Rhein-Main-Gebiet:

In verschiedenen Anti-AKW- und Umweltschutz-Bürgerinitiativen im Rhein-Main-Gebiet und im Raum Kassel wird die Frage einer Beteiligung an den hessischen Landtagswahlen im Oktober 78 diskutiert. Wir glauben, daß diese Diskussion auf möglichst breiter Basis weitergeführt werden soll. Wir, Mitglieder mehrerer BI's im Rhein-Main-Gebiet, laden deshalb hiermit alle uns bekannten Gruppen und Einzelpersonen in Hessen, die im Bereich Umweltschutz/Anti-AKW arbeiten, ein zum

OFFENBACHER KONGRESS, (‚Grüne Liste / Wahlbeteiligung?') am 11. März 78, Offenbach, Beginn 12.00 Uhr, Ende 20.00 Uhr (?). Tagungsort ist der große Saal im ORV-Bootshaus, am Mainufer, gegenüber Offenbacher Schloß, Dieburgerstraße, Ffm. Fechenheim.

Wir schlagen folgendes Verfahren zur Vorbereitung des Kongresses vor:

1. Auf dem Kongress soll zuerst die Diskussion geführt werden um die Frage: ist eine Wahlbeteiligung sinnvoll oder nicht? Wenn eine Wahlbeteiligung angestrebt wird, stellt sich die Frage, in welcher Form die Wahlbeteiligung geschehen soll, entweder in Form der direkten Kandidatur der BI's oder in Form der ‚Grünen Liste', die sich auf die BI-Bewegung stützt.
2. Ein weiterer Punkt sollte die Frage nach der Bedeutung einer Kandidatur sein und schließlich müßte
3. die Grobstruktur einer Wahlaussage entwickelt werden.
4. Alle Gruppen oder Personen, die zu diesen Fragen Papiere oder Ideen ausgearbeitet haben, sollten diese möglichst umgehend und (wenn's geht) in 150 Exemplaren an die Initiativgruppe schicken. Wir werden regelmäßig weiter verteilen.
5. Die Tagung wird Geld kosten (Porto, Papier, Saalmiete). Wir bitten alle Gruppen und Personen dringend um Spenden, möglichst umgehend. Vom Spendenaufkommen wird abhängen, wie hoch die Tagungsgebühr sein wird.

INITIATIVGRUPPE ‚GRÜNE LISTE' LANDTAGSWAHL 78, c/o J. Günther, Starkenburgring 19, 6050 Offenbach, Tel. 0611 / 83 22 58, Konto-Nr. 43 789 46 bei der Städtischen Sparkasse Offenbach.

UNSER SONNENFÄNGER

MÜNCHEN
20. Februar

Aus dem BLATT Nr. 106 der Münchener Stadtzeitung:

Wir haben uns einen Sonnenfänger (auch Sonnenkollektor genannt) gebaut und möchten euch ein bißchen darüber erzählen.

Es gibt mehrere Gründe, warum wir uns entschlossen haben, einen Sonnenfänger zu bauen. Zum einen natürlich aus wirtschaftlichen Erwägungen; wir haben ihn aber auch stets als Beitrag im Kampf gegen die Atomindustrie und für eine dezentrale Gesellschaft verstanden. Nicht zuletzt wollten wir dabei lernen und kollektives Arbeiten probieren. Es war also der Versuch, Leben, Arbeiten, Lernen miteinander zu verbinden.

Als wir zwei TVIND-Fahrer zurück in München waren, haben wir Material für einen Klein-Sonnenkollektor gesucht, der größtenteils aus Altmaterial (Heizkörper, Boiler etc.) gebaut werden sollte. In der Zwischenzeit haben wir über fünf Ecken noch zwei zur Zeit stellenlose Ingenieure kennengelernt, die vorhaben, als Kleinbetrieb alternative Energieanlagen herzustellen. Sie erklärten uns eine neue Methode, die in München bereits von einem Bastler in Untermenzing (namens Oberberger) erprobt wurde, und machten außerdem noch weitere Vorschläge zurGröße und Gestaltung der Anlage. Der 'Oberberger-Kollektor' hat den Vorteil, daß er einen guten Wirkungsgrad hat und weit billiger ist als die von der Industrie angebotenen Serienkollektoren. Das hat vor allem drei Gründe:

- zum einen ist die Anlage mit einiger handwerklicher Sorgfalt leicht selbst zu bauen. Die teuren Arbeitsstunden entfallen
- Die Anlage ist so konstruiert, daß das Wasser sich natürlich umwälzt und man damit auf Pumpen und Differenztemperaturregler verzichten kann.
- Und schließlich kann bei dieser Anlage auf einen Wärmetauscher verzichtet werden. D.h., das Wasser wird nicht über eine andere Flüssigkeit (die der Sonne ausgesetzt wird) erwärmt, sondern fließt direkt durch den Kollektor.

Nach nochmaliger Überlegung und Besprechung mit unserer Wohngemeinschaft haben wir uns entschlossen, zusammen mit den beiden Ingenieuren eine wesentlich größere Sonnenfänger-Anlage, und zwar nach der neuen Methode, zu bauen.

Und so sieht unser Sonnenfänger jetzt aus:

Er hat den Zweck, den überwiegenden Teil des Jahres über das Brauchwasser (also zum Baden, Duschen, Spülen etc.) für die sieben Personen der Wohngemeinschaft von 10 Grad Celsius Leitungswassertemperatur auf ca. 45 Grad Celsius zu erwärmen Der große wirtschaftliche Vorteil liegt bei uns darin, daß wir eine Zentralheizung im Haus haben und diese dank des Sonnenfängers (natürlich bei energiesparendem Verhalten) für mindestens sechs Monate im Jahr ausschalten können. Da die Zentralheizung während der Sommermonate, wo sie dauernd läuft, aber vergleichsweise wenig genutzt wird, einen äußerst geringen Wirkungsgrad hat, erwarten wir uns hier die große Ölersparnis. Der Preis der Anlage lag bei 900 Mark, weil wir fast alles selbst gemacht hatten.

Die örtlichen und baulichen Voraussetzungen an dem Reihenhaus, das die Wohngemeinschaft gemietet hat, waren günstig. Der Hausbesitzer hatte nichts dagegen. An der SSW-Seite (das ist die optimale Richtung) des Hauses ist eine Garage mit Flachdach. Der Kollektor konnte auf das Garagendach gestellt und an die Hauswand gelehnt werden.

Der eigentliche Kollektor hat eine Gesamtfläche von 4 1/2 qm. Die Schläuche, in denen das Wasser erwärmt wird, sind aus schwarzem Kunststoff (PVC). Wir haben Schläuche statt Rohre genommen, weil sie verschiedene Vorteile aufweisen, mendes Wasser von selbst nach oben steigt, also vom tieferliegenden Kollektor zum höherliegenden Speicher, konnte auf die Umwälzpumpe verzichtet werden. Unser Wasserspeicher hat einen Inhalt von 360 Liter und besteht aus drei alten Fässern, die untereinander verbunden sind. Der Wasserspeicher hat außer den beiden Anschlüssen zum Kollektor hin noch einen Anschluß als Wassereinlauf an der Wasserleitung und einen Ablauf, wo man das warme Wasser entnehmen kann. Die Wasserentnahme funktioniert wie bei alten Badeöfen, nämlich indem man durch den Druck der normalen Wasserleitung kaltes Wasser in den Speicher fließen läßt, läuft am gegenüberliegenden Ausgang das warme Wasser raus. Sowohl beim Kollektor als auch beim Speicher und bei den Verbindungsschläuchen ist es äußerst wichtig, daß alles gut isoliert ist. Hier kann man die entscheidenden Grade rausholen, damit man die Spitzentemperaturen von über 70 Grad erreicht.
Die zwei Ingenieure wollen noch öfters solche Anlagen bauen und suchen Leute, die gleiches vorhaben oder machen. Hier die Kontaktadresse:
Schorsch Dürr, München 19, Lothstr. 76 / Ernst Hörmann, München 70, Lupinenweg 7, Tel.: 71 46 734

BELAWA HAT GEWONNEN ! VORLÄUFIG.

OFFENBACH
20. Februar
Der Betriebsrat in der Maschinenfabrik Pittler, Bruno Belawa, hat seinen Prozeß in der zweiten Instanz gewonnen. Seine fristlose Kündigung ist einstweilen aufgehoben, das erstinstanzliche Urteil auch. Bruno Belawa war von Pittler vor allem deshalb gekündigt worden, weil er ,Betriebsgeheimnisse' seiner Firma an das Arbeitsamt gegeben und mit seiner Meinung über die Firma nicht hinter den Berg gehalten hatte.

Wenn heute ein gefeuerter Betriebsrat seinen Prozeß vor dem Arbeitsgericht gewinnt, so heißt das noch gar nichts. Weder, daß er wieder in den Betrieb kann und nicht, daß er Betriebsrat bleiben kann. Bruno Belawa hat gewonnen, in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht Frankfurt. Seine fristlose Kündigung ist einstweilen aufgehoben, das Urteil des Offenbacher Arbeitsgerichtes, das die Kündigung bestätigt hatte, auch. Aber Rechtsanwalt Niederhausen, Robenträger für die Maschinenfabrik Pittler, sagte gleich nach dem Prozeß, daß er die Berufung natürlich wolle. Also bleibt Belawa weiter zuhause, die Betriebsratswahlen finden ohne ihn statt und wenn er auch den Prozeß vor dem Bundesarbeitsgericht gewinnen sollte, werden etwa vier Jahre vergangen sein vom Rausschmiß bis zum letzten Urteil. ,,Und das hält keiner durch", sagte IG-Metall-Anwalt Ullrich, denn selbst wenn Pittler ihn dann wieder einstellen sollte, selbst wenn die Firma es nicht vorzieht, lieber die Strafe zu zahlen, die auf Nichtbeachtung des Urteils steht, — Belawa fliegt dann eben betriebsbedingt, oder sein Arbeitsplatz ist schon wegrationalisiert, bevor er zurückdarf.

Nun gut, trotzdem einiges vom Prozeß: denn so einen Richter wie den Kammervorsitzenden Dr. Joachim sieht mensch nicht jeden Tag. ,,Kernpunkt des Prozesses war die Frage", so Joachim, ,,inwieweit ein gewöhnlicher Arbeitnehmer der dafür zuständigen Behörde gegenüber Meinungen äußern darf, die von der seines Arbeitgebers abweichen." Er darf ! Auch, wie Belawa, dem Arbeitsamt gegenüber, dem er Zahlen geliefert hatte, die zeigten, wie Pittler gleichzeitig Überstunden und Kurzarbeit, gleichzeitig Fremdvergabe von Arbeit und Kurzarbeit machte. Auch daß es geheime Zahlen sein sollten, die Belawa da weitergesagt hatte, sei kein Kündigungsgrund, da sie nicht geschäftsschädigend öffentlich gemacht wurden, sondern einer Behörde zugänglich waren, die selbst zur Geheimhaltung verpflichtet sei.

Die Zahlen, die Belawa benutzt hatte, habe er vielleicht falsch ausgelegt, das aber sei noch kein Kündigungsgrund, und man könne annehmen, daß Belawa nicht in persönlichem, sondern im Interesse der Belegschaft zu handeln glaubte, als er sie weitergab. All das rechtfertige keineswegs ,,das arbeitsgerichtliche Todesurteil, nämlich die fristlose Kündigung", sagte Joachim.

Auch die nachgeschobenen Kündigungsgründe, die RA Niederhausen vortrug, um aus Belawa so etwas wie einen unzumutbaren, geschäftsschädigenden, besoffenen Schreihals zu machen, ließ Joachim nicht gelten. Nicht, daß Belawa verschiedenen Zeitungen Interviews gegeben hatte, nicht daß Niederhausen einen Denunzianten aufgetrieben hatte, der, selbst im Betriebsrat, aussagen wollte, daß Belawa mit Drohungen um sich geworfen habe. Auch der Antrag auf Auflösung und Abfindung Belawas, den Niederhausen hilfsweise stellen wollte, wurde vom Richter zurückgewiesen, da laut Kündigungsschutzgesetz bei fristloser Kündigung eines Betriebsrates unzulässig. Es handele sich eben, sagte Joachim, darum, daß ,,wir es im Arbeitsrecht mit einem Arbeitnehmer-Schutzrecht zu tun haben." Das muß mensch nicht glauben, aber es ist schon bemerkenswert, wenn ein Arbeitsrichter es zu glauben scheint. Dem Richter ging es während der Verhandlung um etwas ziemlich anderes als dem Firmenvertreter, der Belawa nur persönlich unmöglich machen wollte. Der Richter unterhielt sich vielmehr mit dem IG-Metall-Anwalt Ullrich längere Zeit über eine sogenannte Grauzone. Das sei das Gebiet, in dem sich Betriebsräte bei ihrer Arbeit oft genug bewegen müßten, nämlich das an der Grenze des Rechts. Im Klartext meinte er, die Rechtsbestimmungen ließen den Betriebsräten leider keinen Raum für eine sinnvolle Arbeit und darum müßten sie hier und da wenigstens einmal die Grenze der Illegalität betreten. Es ist schon ein sonderbares Gefühl, dies in hübschen Umschreibungen von einem Arbeitsrichter zu hören. Die Zuschauer sahen sich ziemlich verblüfft an und der Beifall am Ende der Verhandlung galt nicht nur Bruno Belawa, sondern sicher viel mehr dem Richter Joachim.
Kontaktadresse c/o ID, Arbeitskreis ,Gewerkschaft — Segen oder Fluch? '

VOLVO DIETZENBACH: GEHEIMABSPRACHEN ZUM TARIFVERTRAG AUFGEDECKT – VERTRAUENSLEUTE ABGESETZT

DIETZENBACH 11. Februar *IG-Metall-Sekretäre haben 1975 bei Volvo in Dietzenbach rechtlich bindende Protokoll-Absprachen zum Werkstarifvertrag unterschrieben, die sie der Belegschaft verheimlichten. Sie gingen sogar soweit, eine umfangreiche Broschüre zur Erläuterung des Werktarifvertrages herauszubringen, in denen von den Protokollabsprachen keine Rede war. Selbst die Tarifkommission ahnte nichts, bis letzten Weihnachten der Skandal ruchbar wurde: die LKW-Verkäufer wollten das Weihnachtsgeld sehen, das ihnen aufgrund des veröffentlichten Tarifvertrags zustand. Da wurde es ihnen plötzlich aufgrund der geheimgehaltenen Protokollabsprachen verweigert.*

Gerüchte kamen auf, es gäbe noch weitere Absprachen, die den veröffentlichten Vertrag einschränkten. Die IG Metall-Vertrauensleute schrieben an den Kollegen Loderer. Und weil ihre Glaubwürdigkeit als IG-Metall-Funktionäre bei der Belegschaft durch die Sache schwer gelitten hatte, entschlossen sie sich, den Brief an den Kollegen Loderer auf dem Werksgelände zu verteilen. Das war am 13. Dezember.

Die IG-Metall wartete bis zum 27. Dezember. Dann forderte die Bezirksleitung Frankfurt eine schriftliche Stellungnahme von den Vertrauensleuten, warum sie von dem Brief nicht vohrher informiert worden sei. Bevor eine Antwort hätte da sein können, nämlich am 29. Dezember, setzte die Verwaltungsstelle Offenbach die Volvo-Vertrauensleute ab. Wir drucken den offenen Brief an den Kollegen Loderer und die beiden Antworten darauf hier ab.

Was weiter geschah, ist nicht mehr schriftlich dokumentiert. Willi Koschutjak von der Volvo-VK-Leitung gab dem ID ein Telefon-Interview. Ihm zufolge ist die Sache inzwischen vom Eis. Die IG-Metall habe das Unrechtmäßige ihres Verhaltens eingesehen und die Absetzung des VK's stillschweigend zurückgenommen. Was es mit den Protokoll-Absprachen auf sich hat, wird offenbar zur Zeit noch geklärt.

Wenn Ihr aus anderen Betrieben von solchen geheimgehaltenen Protokoll-Absprachen zum Tarifvertrag hört, schreibt es dem ID.

IG-Metall, Vertrauensleutekörper Dietzenbach der Volvo Deutschland GmbH.
Kollegen Eugen Loderer, Bundesvorstand der IG-Metall, Wilhelm-Leuschner-Str., 6000 Frankfurt(Main)
Assar-Gabrielsson-Straße, 6057 Dietzenbach-Steinberg, den 13. Dezember 1977.
OFFENER BRIEF

Tarifverträge der IG Metall

Lieber Kollege Loderer, wir, die IG Metall-Vertrauensleute der Firma Volvo Deutschland GmbH, stellen fest: am 9.12.75 wurde ein Werkstarifvertrag für die Mitarbeiter der Volvo Deutschland GmbH zwischen uns, der IG-Metall, und Volvo Deutschland GmbH geschlossen. Im § 1 wird der Geltungsbereich geregelt. Danach gilt dieser Tarifvertrag persönlich für alle Mitarbeiter von Volvo Deutschland GmbH; ausgenommen sind ausdrücklich: leitende Angestellte nach § 5, Absätze 2 und 3 BetrVG, und Angestellte, die durch Einzelarbeitsvertrag herausgenommen sind oder werden, Auszubildende und Heimarbeiter, soweit der Werkstarifvertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

Dies konnten alle Mitarbeiter in diesem Werkstarifvertrag nachlesen. Zu ihrem Entsetzen müssen die IG-Metall-organisierten Mitarbeiter inklusive der Tarifkommission feststellen, daß zu diesem Tarifvertrag Protokollabsprachen zwischen IG Metall-Vertretern und der Geschäftsleitung von Volvo Deutschland GmbH bestehen, wodurch bestimmte Personen und Personengruppen ganz oder teilweise von diesem Tarifvertrag ausgeschlossen sind. Diese Protokollnotizen waren bisher unbekannt (selbst der Tarifkommission) und werden von der Geschäftsleitung je nach Bedarf aus der Schublade hervorgezaubert.

Auf der letzten ordentlichen Betriebsversammlung am 7.12. 1977 wurde dies von Herrn Dr. Heitmann, Geschäftsleitungsmitglied von Volvo Deutschland GmbH, für den Bereich LKW-Verkäufer betriebsöffentlich bekanntgegeben und von dem 2. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Offenbach, Kollegen Hartmann, ohne Erklärung bestätigt. Weiterhin sind uns Punkte bekannt, in denen dieser Tarifvertrag durch weitere Protokollabsprachen umgangen wird.

Wie Dir, lieber Kollege Loderer, bekannt ist, wirken solche Protokollabsprachen in der vorliegenden Form wie ein Tarifvertrag.

Wir befürchten, daß noch weitere Absprachen zwischen IG-Metall-Sekretären und Geschäftsleitung existieren, deshalb unsere Frage: sind außer dem uns bekannten Fall noch weitere Protokollnotizen angefertigt worden? Wir fordern dich hiermit auf, uns davon in Kenntnis zu setzen, da es wohl nicht mehr als recht und billig ist, als IG-Metall Basis die für einen selbst geltenden Tarifverträge zu kennen.

Dieser Brief, lieber Kollege Loderer, geht als offener Brief an die Belegschaft, weil diese Vorkommnisse unsere Glaubwürdigkeit als IG-Metall-Funktionäre in Zweifel ziehen und wir von allen Seiten angegriffen werden. Wir hoffen auf deine solidarische Unterstützung und hoffen weiter, daß du auf unserer nächsten Betriebsversammlung dazu Stellung nehmen wirst.
Mit kollegialen Grüßen.
IG Metall Vertrauenskörper
gez. Willi Koschutjak, VK-Leitung.

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
An den Vertrauenskörper Dietzenbach der Volvo Deutschland GmbH, Assar-Gabrielsson-Straße, 6057 Dietzenbach-Steinberg.
27. Dezember 1977
OFFENER BRIEF
Lieber Kollege Koschutjak,
mit Erstaunen haben wir Euren offenen Brief vom 13.12.77 an den Kollegen Loderer zur Kenntnis genommen.
Die Art, die Bezirksleitung nicht zu informieren und an der Organisation vorbei zu operieren, spricht für sich selbst.
Wir bitten um eine schriftliche Stellungnahme, wieso und warum ein offener Brief ohne Kenntnisnahme der zuständigen Verwaltungsstelle und Bezirksleitung veröffentlicht wurde.
Mit freundlichen Grüßen.
gez. Günter Schwarz.

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Offenbach am Main.
An den Vertrauenskörper der IG Metall in der Fa. Volvo Deutschland GmbH, Assar-Gabrielsson-Str., 6057 Dietzenbach-Steinberg, z.H.v. Koll. Koschutjak.
29.12.1977
Betr.: Euer offener Brief an den Kollegen Eugen Loderer
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!
Wie uns bekannt geworden ist, haben die Vertrauensleute der Firma VOLVO am 13. Dez. 77 einen offenen Brief an den Kollegen Eugen Loderer geschrieben. Wesentlicher Bestandteil dieses Schreibens ist die Beschwerde über den 2. Bevollmächtigten

der IG Metall, Verwaltungsstelle Offenbach, sowie eine pauschale Beschuldigung der Sekretäre Schwarz und Beez, mit dem Arbeitgeber tarifvertragliche Absprachen getroffen zu haben, von denen weder die Tarifkommission noch die Vertrauensleute informiert worden seien. Diese Beschuldigungen werden von seiten der Verwaltungsstelle zurückgewiesen.
Aufgrund der Satzung der IG Metall in Verbindung mit den Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit sehen wir einen Verstoß in der Vorgehensweise der Vertrauensleute der Firma VOLVO.
Es ist uns unverständlich, daß Vertrauensleute der IG Metall ohne den Versuch unternommen zu haben, die anstehenden Probleme mit den Betroffenen intern zu klären, in die Öffentlichkeit gehen. Diesbezüglich verweisen wir auch auf das Antwortschreiben des Kollegen Eugen Loderer vom 15. Dez. 1977.
Die Ortsverwaltung Offenbach hat in ihrer Sitzung am 28.12.77 sich mit dem offenen Brief des VOLVO-Vertrauenskörpers befaßt. Sie hält es nach eingehender Beratung für notwendig im Januar 1978 Neuwahlen durchzuführen und entbindet die zur Zeit gewählten Vertrauensleute von ihrem Mandat.
Wir bedauern, daß eine solche Entscheidung notwendig war.
Wir halten sie jedoch im Interesse einer Neuordnung der Vertrauensleutearbeit bei VOLVO entsprechend der Satzung und der Richtlinien für notwendig.
Mit kollegialen Grüßen
Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Offenbach.
gez. Heinz Wandelt, 1. Bevollmächtigter.

VORLÄUFIGER KOMMENTAR EINIGER VOLVO-VOLVO-KOLLEGEN

Die Lösung (frei nach Brecht)

Nachdem bei Volvo
die im Vertrauen der Kollegen
gewählten Vertrauensleute
der Gewerkschaft sich mit Sorgen
und einem offenen Brief
an den 1. Vorsitzenden gewandt
hatten, ließ der zuständige
Bevollmächtigte erklären,
der Vertrauenskörper habe
das Vertrauen der Ortsverwaltung
verscherzt und sei aufgelöst.
Wäre es da nicht einfacher,
die Gewerkschaft löste das
Vertrauen auf und
wählte eine andere Belegschaft?

Nachtrag:
Für die Gewerkschaft gilt
der Grundsatz:
Mitglieder sind Interessenten,
die ein Interesse daran haben,
daß ihre Interessen vertreten
werden.
(Auch gegen ihre Interessen)

Kontakt: Vertrauenskörper der IG-Metall in der Fa. VOLVO Deutschland GmbH, Assar-Gabrielsson-Straße, 6057 Dietzenbach-Steinberg



„HEUTE STORNO – MORGEN DU" Dokumentation zum Konflikt erschienen

FLENSBURG
15. Februar

Zu den Auseinandersetzungen in der Firma Storno-Electronic ist jetzt eine Dokumentation erschienen. In dieser Firma war 6 Frauen, die auch vorübergehend in den Betriebsrat dieser Firma gewählt worden waren, unter fadenscheinigen Gründen gekündigt worden. Die wirklichen Gründe waren aber in der politischen Aktivität und Einstellung der Frauen zu suchen (Siehe hierzu auch den ausführlichen Artikel im ID 208).

Die Broschüre ist schön gelb, kostet 2.- DM (eine Mark ist als Solidaritätsspende zur Unterstützung gedacht) und ist zu bestellen bei folgender Adresse:
Christiane Peters, Große Straße 83, 2390 Flensburg

ROOS/SCHULZ – EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT
22. Februar

Am 5. Mai 1976 endete eine Personenkontrolle an der Sprendlinger Kiesgrube bei Frankfurt für den Polizeimeister Sippel tödlich. Sein Kollege Korol wurde verletzt. Die Verhandlung gegen die beiden Tatverdächtigen, Johannes Roos und Detlef Schulz, wurde am 17.2. mit dem neunten Verhandlungstag fortgesetzt.
Weitere Berichte über den Prozeß sind nachzulesen in den ID's 198, 205, 209, 210 - 217.

Die Vertreter der Presse erwarteten eine „Sensation". Sie drängten sich dicht auf ihrem Bänkchen im Gerichtssaal des Preungesheimer Justizvollzugsanstalt. Was sie bekamen, war eine detaillierte Erklärung (Teileinlassung zur Sache - heißt das juristisch) von Detlef Schulz, daß er seinerzeit während der Schießerei in Sprendlingen anwesend war. Er beschrieb das Geschehen ausführlich. Er sei damals von den Polizisten verdächtigt worden, ein Exhibitionist zu sein. Man habe ihn mit Gewalt ins Polizeiauto drücken wollen. Plötzlich hätte er den Ruf „Hände hoch" gehört. Er habe sich von den Polizisten losgerissen, sei zurückgesprungen, und, aus Angst in die Schießerei verwickelt zu werden, in den Wald geflüchtet. Gesehen habe er nur, daß der Polizist Korol seine Dienstwaffe in der linken Hand hielt, schräg zum Boden und bedrohlich in seine - Schulz-Richtung zielend. Auf der Flucht habe er Geld und Ausweis verloren.

Detlef Schulz erklärte entschieden, daß Johannes Roos nicht in Sprendlingen dabei gewesen sei. Er selbst sei mit einer Pistole, Kaliber 45, bewaffnet gewesen, habe aber nicht geschossen. Es sei auch niemals abgesprochen gewesen, daß man sich bei einer Festnahme „freischießen" wolle.

Schulz erklärte, er habe seit Ende April 1975 illegal gelebt. Dies sei seine Reaktion auf eine BKA-Kampagne gegen ihn gewesen. Nach dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm sei behauptet worden, er wäre dabei ums Leben gekommen. Dies habe er aus der Zeitung erfahren und sei dann „untergetaucht".

Nach der Mittagspause profilierte sich Gerichtsvorsitzender Spahn wieder einmal als derjenige, der Anträge der Verteidigung generell ablehnt. Diesmal ging es darum, daß die beiden Wahlverteidiger von Johannes und Detlef als Pflichtverteidiger beigeordnet werden sollten. Nein, meinte Spahn in seiner Ablehnung, das sei nicht notwendig. Der Prozeß sei „ein ganz normaler" Schwurgerichtsprozeß, und da genüge eben je ein Pflichtverteidiger.

Wenn man also Richter Spahn Glauben schenkt, ist es normal, daß ein Schwurgerichtsprozeß etwa ein dreiviertel Jahr dauern soll (anfangs waren zwei Monate Verhandlungsdauer angesetzt) und daß ganze Aktenberge erst während des Prozesses auftauchen (mittlerweile nämlich etwa 20 Leitzordner, und es fehlt noch einiges).

Ganz wohl fühlte sich der Gerichtsvorsitzende dabei offensichtlich auch nicht. Auf Johannes' Kommentar zu der Ablehnung: „Scheißladen!" reagierte er cholerisch: „Sie bekommen zwei Tage Ordnungsstrafe, Herr Roos!" Daraufhin gaben sowohl Johannes als auch Rechtsanwalt Müllerhof eine Interpretation des Prozesses. Johannes sprach von einem „verkleisterten Staatsschutzprozeß", während Müllerhof bezweifelte, daß das Gericht wirklich „unbefangen" sei. Das GEricht berät und verknackt Johannes zur Ordnungshaft. Dabei verzichtet es auf sämtliche juristisch vorgeschriebenen Formalitäten („rechtliches Gehör" - so heißt das in der Fachsprache - wird nicht gewährt).

Aber auch die Staatsanwaltschaft kassierte eine Antragsablehnung. Staatsanwalt Rammelmeier hatte beantragt, den Vernehmungsrichter Schlottmann als Zeugen zu laden. Dies schien ihm notwendig, weil sein Hauptbelastungszeuge Spriestersbach während der Hauptverhandlung an erheblichen Erinnerungslücken litt. Richter Schlottmann sollte bezeugen, daß der Zeuge früher Johannes Roos „100-prozentig wiedererkannte". Doch damit der Absurdität nicht genug. Vorsitzender Spahn lehnte es ab, Schlottmann zu hören, weil er davon ausgehe, „daß die zu beweisende 'Tatsache' eine Tatsache" sei, und „deshalb nicht mehr bewiesen werden müsse". (Versteht das noch wer?)

Zum Schluß des turbulenten Tages stellt Rechtsanwalt Koch einen Aussetzungsantrag. Aus dem nachgelieferten Aktenberg hat er entnommen, daß die Ermittlungsbehörden auch während des Prozesses fleißig weiterarbeiten. So haben sie z.B. einen Brief aus Johannes' Post beschlagnahmt. Nun ist es aber ein juristisches Unding, daß während eines Prozesses noch weiter ermittelt wird und diese Akten fehlen.
Darauf Staatsanwalt Rammelmeier: „Es fehlt doch nur ein kleines bißchen". Schließlich werde der dritte Täter noch gesucht. Und es sei wirklich ganz wenig, was fehle.

Die Entscheidung über den Aussetzungsantrag wird zurückgestellt. Mittlerweile ist der Prozeß für eine Woche unterbrochen, weil ein Schöffe krank wurde. Weiter geht es voraussichtlich am Montag, dem 27. Februar.

Informationen, insbesondere über die Prozeßtermine, gibt es über das ID-Telefon (0611 / 7 0 43 52).

M O R D ?

– DER TOD EINES GEFANGENEN IM ZUCHTHAUS NÜRNBERG –

NÜRNBERG 21. Februar

Von der Gefangenengruppe Nürnberg erhielten wir folgenden Brief:

„Liebe Genossen! Wir wollen euch hiermit um Unterstützung bei der Aufklärung des Todes von Günther Braun bitten.

Dieser ‚Fall' könnte mehr als die Spitze des Eisberges der Zuchthausbrutalität ans Tageslicht bringen. Selbst in der verhältnismäßig breiten Berichterstattung der bürgerlichen Presse wurden von Anfang an massiv Zweifel an der Version der Behörden angemeldet.

Am 7.2.78 wollte Frau Neidlinger ihren Sohn Günther Braun in der Nürnberger Untersuchungshaftanstalt besuchen. Zwei Wärter, ein kleiner dicker, rothaariger und ein kleiner blonder brachten sie zur Krankenabteilung. Frau Neidlinger fragte: „Ist Günther krank? " Die Antwort: „Da ist er selber dran schuld, er kann das Wasser nicht mehr halten."
Günther lag auf dem Rücken, den Mund weit aufgerissen, Zähne ausgeschlagen, die Mundöffnung blutverkrustet. Seine Lippen waren aufgeplatzt und verschwollen, er hatte einen Bluterguß über dem rechten Auge und blickte starr. „Günther, haben die dich geschlagen? ", fragte ihn seine Mutter. Er nickte schwach mit dem Kopf, stöhnte. „Na, sag doch, haben wir dich geschlagen? ", fragte der Rothaarige hynisch. Entsetzt über den Zustand ihres Sohnes schlug Frau Neidlinger die Bettdecke zurück. Sein Knie war verschürft und aufgeschlagen, er hatte Striemen an der Wade. Daraufhin schrie Frau Neidlinger nach einem Rechtsanwalt. Die beiden Wärter drohten ihr, die Besuchszeit abzubrechen, wenn sie nicht ruhig ist.

Am nächsten Tag wartete Frau Neidlinger 1 1/2 Stunden im Zuchthaus darauf, Dr. Bausewein (Anstaltsarzt) zu sprechen. Doch für sie war er nicht zu sprechen. Erst Donnerstag vormittag konnte Frau Neidlinger ihn telefonisch erreichen. Sie wollte wissen, was mit Günther los ist, warum er solche Verletzungen hat. Bausewein gab ihr nicht mal eine Erklärung, er schnauzte sie noch an und sagte ihr, daß sich Günther bereits im Bezirkskrankenhaus Ansbach befindet, in der psychiatrischen Abteilung. Frau Neidlinger sagte noch, daß sie schon bei vielen Ärzten war, keiner jedoch so schamlos frech wie er war und hängte ein.

Frau Neidlinger besuchte Günther noch am selben Tag: er war ans Bett gefesselt, während des Besuchs wurde er von der Transfusionsflasche abgehängt; sein Zustand hatte sich verschlimmert und Frau Neidlinger sah, daß er im Sterben lag. Der zuständige Arzt Dr. Walz und der Pfleger Hoffmann meinten jedoch: „Den kriegen wir schon noch durch."
Wir fragen: Wieso kommt ein Schwerverletzter in die psychiatrische Abteilung und nicht in eine Intensivstation eines normalen Krankenhauses und das, obwohl sich durch nachträgliche Aussagen herausstellt, daß Arzt und Pfleger wußten, daß sich Günther in einem ‚komandösen Zustand' (= Koma) befand.

Der Arbeiter Günther Braun verstarb am Freitag, den 10. Februar 1978 um 3.10 Uhr „keines natürlichen Todes", wie Dr. Walz auch bestätigte: „Verdammt noch mal, diese Schweinerei lasse ich mir nicht mehr gefallen. Hier habe ich keine ärztliche Schweigepflicht mehr!"

Soll das heißen, daß solche ‚Vorfälle' keine Einzelheiten sind? ! Wieviele sind auf solche Weise wie Günther schon gestorben, eben weil die Mauern der Zuchthäuser, Lager und Psychiatrien so dick sind, daß kein Schrei nach draußen dringt.

Die Obduktion des Toten war „ohne Ergebnis" – Polizei, Justiz und Ärzte hüllen sich in Schweigen, können sich nicht erklären, an was Günther gestorben ist. Der Fall wurde ‚zuständigkeitshalber' weitergeleitet.
Dr. Walz schützt sich jetzt auch wieder durch seine ‚ärztliche Schweigepflicht' - nun will er plötzlich nichts mehr wissen.
Hoffmann: „Ich bin nur Pfleger und habe mein Bestes getan. Ich bin Beamter und habe keine persönliche Meinung."

Als Günther am 31.1.78 in das Nürnberger Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde, war er – laut ärztlichem Gutachten – kerngesund. Innerhalb weniger Tage soll er nun totkrank geworden sein – natürlich mit den am Anfang beschriebenen Symptomen.

Wenn wir einen Beamten nur beleidigen, kommen wir sofort ins Zuchthaus. Wenn in einer ‚Justizvollzugsanstalt' ein Mensch totgeschlagen wird, schweigen die Mörder und liefern ‚plausible' Erklärungen. Und die, die davon wissen und schweigen, sind ihre Handlanger. Durch ihr Schweigen bereiten sie den Boden für weitere Morde. Das erinnert an Zeiten, in denen auch niemand „davon" gewußt haben will: das sind KZ-Methoden.

Von den Eltern des Verstorbenen und der Gefangenengruppe wurde eine Anzeige gegen namentlich noch nicht bekannte Wärter des Zuchthauses Nürnberg wegen ‚Mord', gegen den zuständigen Arzt wegen ‚unterlassener Hilfeleistung' gestellt. Wir erwarten jedoch von Polizei und Justiz nicht, daß sie sich bemühen werden, die Schuldigen zu finden – Licht hinter diese „ungeklärten Vorfälle" zu bringen. Warum sonst wäre die Obduktion „ohne Ergebnis" geblieben?

Besonders wichtig zu erfahren ist:

- Wer hat Günther zum letzten Mal gesund gesehen
- Wer lag in den Zellen neben Günther
- Wer hat den Überfall des Rollkommandos mitgehört oder mitgesehen
- Welcher Gefangene oder ehemalige Insasse der Nürnberger U-Haftanstalt kennt die im Flugblatt genannten beiden Beamten (‚Wärter'), Angaben über Name, Dienstgrad usw.
- Wer hat selbst in der Nürnberger U-Haft schon Erfahrungen mit einer ‚Sonderbehandlung' gemacht (vielleicht sogar mit den beiden Beamten?) oder kann Beobachtungen darüber mitteilen?

Wenn ihr zu den Fragen Informationen habt, schickt das Material bitte umgehend an uns.

Da sich Günthers Familie in finanziellen Schwierigkeiten befindet, muß Geld gespendet werden, damit die Anwälte bezahlt werden können.

Mit solidarischen Grüßen: Gefangenengruppe Humboldtstraße 88, 85 Nürnberg; Tel. 0911 / 44 46 24

Spendenkonto: **Commerzbank Nürnberg, Konto-Nr.53 83 105**
Monika Rudel; Kennwort: Günther Braun

BESUCHSEINSCHRÄNKUNGEN UND -VERBOTE BEI POLITISCHEN GEFANGENEN

STAMMHEIM
20. Februar

Am 15.2.1978 wollte die Mutter von Sabine Schmitz, Frau Cullen, diese in Stuttgart-Stammheim besuchen. Eine Besuchserlaubnis ohne Einschränkungen lag vor. Kurz vor dem Zusammentreffen wurde im Besucherraum eine „Hausverfügung" vorgelesen, aus der folgende Besuchseinschränkungen hervorgingen:

- *Körperkontakte mit den Gefangenen sind auf einen kurzen Händedruck bei der Begrüßung zu beschränken.*
- *Informationen aus der Terroristenszene und aus diese unterstützenden Gruppen sind im Gespräch verboten.*
- *Über die Verhältnisse in der Anstalt und in anderen Vollzugsanstalten darf nicht gesprochen werden.*
- *Gespräche über Hunger- und Durststreiks sowie Selbstmord sind verboten.*
- *Bei Zuwiderhandlung kann der Besuch sofort abgebrochen werden.*

Sabine Schmitz und ihre Mutter lehnten unter diesen Umständen die Durchführung des Besuchs ab. Frau Cullen legte Beschwerde ein.

*„Begründung:
Ich weiß, daß meine Tochter sich vor und nach jedem Besuch nackt ausziehen und durchsuchen lassen muß. Ich selbst werde vor jedem Besuch am ganzen Körper abgetastet und durchsucht. Ich kann daher nicht einsehen, weshalb ich meine Tochter bei der Begrüßung und beim Abschied nicht umarmen soll, wenn noch dazu zwei Kontrollbeamte dabei im Raum anwesend sind, die uns beobachten. Welche Bedeutung ein solcher „Körperkontakt" für einen Menschen hat, der sich seit länger als einem Jahr in Einzelhaft befindet, brauche ich wohl nicht hervorzuheben.*

Ich verwahre mich auch entschieden gegen den Verdacht der Übermittlung von Informationen aus der Terroristenszene. Ich bestehe aber darauf, daß mir bei einem Gespräch mit einer Gefangenen so viel Freiraum gelassen wird, daß ich mit ihr über ihre Haftbedingungen und die Verhältnisse in der Vollzugsanstalt sprechen kann. Ich möchte auch das Recht für mich in Anspruch nehmen können, mit meiner Tochter über das Ergehen und die Haftsituation anderer Gefangener zu sprechen, die das gleiche Schicksal trifft wie sie, an denen ich ebenfalls Anteil nehme und mit deren Angehörigen ich in Verbindung bin im gemeinsamen Bemühen um die Verbesserung der Haftbedingungen der Gefangenen. Diese Dinge sind es in erster Linie, die einen Gefangenen bewegen und über die zu sprechen für ihn wichtig ist.

Soll ich vielleicht mit meiner Tochter über die neueste Frühjahrsmode sprechen, über Kochrezepte oder das Wetter?

Ich bin so vermessen, etwas mehr Menschlichkeit im Strafvollzug zu fordern – auch in dieser Zeit, in der Übereifer und Hysterie auf diesem Gebiet Wellen schlagen!"

KARLSRUHE
20. Februar

Am 13.2.78 hat der Ermittlungsrichter Kuhn des Bundesgerichtshofs einem Antragsteller eine Besuchsgenehmigung für Rechtsanwalt Newerla und zwei schon erteilte Genehmigungen für Rosemarie Prieß und Volker Speitel widerrufen. Begründet wird dieses Besuchsverbot folgendermaßen:

„Nach den Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft über den Besuch des ... vom 7. Dezember 1977 bei dem Beschuldigten Newerla in der Vollzugsanstalt Hechingen ist der Besucher zumindest dem weiteren Kreis um terroristische Gewalttäter zuzurechnen. Danach gehört er – nach seinen eigenen Angaben – einer Gruppe an, in der die Meinung vertreten wurde, an den Gefangenen werde eine planmäßige Vernichtung – evt. durch bestellte „Killer" – vollzogen; diese würden in den normalen Strafvollzug eingeschleust; deshalb sei für die sog. politischen Gefangenen der normale Strafvollzug geplant. Des weiteren äußerte der Besucher die Meinung, daß die Waffen usw. in Stammheim von anderen eingemauert worden seien, um den „Mord" zu tarnen.

Aus den übrigen Gesprächen ergibt sich, daß Herr ... den Besuch bei dem Beschuldigten Newerla mit dem Ziel der Informationsweitergabe durchführte. So berichtete er von einer Vielzahl von inhaftierten terroristischen Gewalttätern, deren Initiativen (Presseerklärungen, Hungerstreik, Besuche) und deren Haftbedingungen, und vom Verlauf des Prozesses gegen Verena Becker. In diesem Zusammenhang vertrat ... die Auffassung, Rechtsanwalt Funke werde durch die Untersuchungen in den Verhandlungspausen „terrorisiert".

Diese Umstände begründen den Verdacht, daß Herr ... Besuche zur verschlüsselten oder verschleierten Nachrichtenübermittlung benutzen wird. Dieser Gefahr kann mit den Mitteln der Besuchsüberwachung nicht hinreichend begegnet werden."

Für den Antragsteller bedeutet das ein allgemeines Besuchsverbot für politische Gefangene.

ORDNER VERPRÜGELTEN BERUFSVERBOTSGEGNER

STUTTGART
23. Februar

Die „Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken" (Bezirk Württemberg) und das „Sozialistische Zentrum Stuttgart" haben einen offenen Brief an die Veranstalter der Großkundgebung gegen Berufsverbote vom 4. Februar gedchrieben. Unter anderem heißt es da:

„Umso unverständlicher ist uns das brutale Vorgehen von Ordnern währen d einer Demonstration am Samstag, den 4. Februar, in Stuttgart: die Ordner haben nach zuverlässigen Aussagen Teilnehmer an der Demonstration blutig geschlagen, weil sich diese Teilnehmer mit „nicht genehmigten Transparenten" dem Zug angeschlossen hatten. Mit Sicherheit ist das „Zusammenklopfen" Andersdenkender das schlechteste „Argument": wir lehnen solche Methoden strikt ab.

Bereits bei der Demonstration 1976, die ebenfalls von Ihnen geleitet wurde, kam es zu beschämenden Handgreiflichkeiten, die ebenso wie die Übergriffe am 4. Februar 1978 vertuscht wurden.

Kontakt: Sozialistische Zentrum, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart

LONI-ÜBLER-DOKUMENTATION BESCHLAGNAHMT

NÜRNBERG
21. Februar

Am 3.2.1978 beschlagnahmten Beamten der Nürnberger Kripo in der „Bücherkiste" und den Räumen der „Gefangenengruppe" eine Dokumentation, die sich mit den Vorfällen bei der Räumung des besetzten Loni-Übler-Hauses befaßt. Gegen die Inhaberin der Bücherkiste und ein Mitglied der Gefangenengruppe wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Verunglimpfung des Staates u.a." eingeleitet, wenige Tage später auch gegen einen Mitarbeiter der Bücherkiste, der am Tag der Beschlagnahme dort arbeitete.

Im Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichts Nürnberg heißt es dazu:„Die Schrift ‚Dokumentation' hat einen solchen Inhalt, daß ihre Verbreitung in Kenntnis des Inhalts den Verdacht rechtlich zusammentreffender Vergehen gem. §§ 86a, 90a, 130, 185 ff. StGB begründen würde." § 86a = Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. § 90a = Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. § 130 = Volksverhetzung. § 185 ff. = Beleidigung, üble Nachrede, Verleumdung.

WAS WIR VON DER BÜCHERKISTE DAZU SAGEN WOLLEN

Neu an der Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden ist, daß ein Verfahren gegen die Verkäufer der Dokumentation eingeleitet wurde. Ähnlich wie im Fall des Berliner„Info Bug", wo Mitglieder der Agit-Druckerei verhaftet wurden, weil sie ein beschlagnahmtes Info gedruckt haben sollen, halten sich die Behörden in unserem Fall an Leute, die an der Abfassung der Dokumentation nicht beteiligt waren und keine Kenntnis von deren Inhalt hatten. Da die beschlagnahmte Dokumentation kein bzw. ein „fingiertes Impressum" enthält, scheinen die Behörden es für angebracht zu halten, sich am „Umfeld" schadlos zu halten.

Dies bringt uns in eine fatale Situation. Entweder wir entschließen uns, in Zukunft jedes Buch, jede Broschüre und jede Zeitung auf seine „Unbedenklichkeit" zu überprüfen (bei einigen tausend Titel schauen da bestimmt ein paar neue Arbeitsplätze raus) und fangen an, Zensur zu üben. Oder aber die Leute, die Broschüren etc. machen, überlegen sich, welche Konsequenzen ein fehlendes Impressum u.U. für die Verteiler haben kann und verhalten sich dementsprechend.

Daß das so oder so auf Selbstzensur rausläuft, ist uns klar, und es ist eine Frage an die gesamte Linke, wie sie mit diesem Problem umgeht. Keine Lösung ist es jedenfalls, durch Leichtfertigkeit oder politische Verantwortungslosigkeit Projekte zu gefährden, die für die Linke insgesamt wichtig sind.

Die Bücherkiste U. Dieckmann, Jakobstraße 26, Nürnberg.

AKTION GEGEN FAHNDUNGSPLAKATE

MÜNSTER
21.Februar

Die folgende Erklärung zu einer Aktion gegen Fahndungsplakate ereichte uns anonym. Über die Aktion wurde am 9.2. in den beiden Münsteraner Zeitungen ‚Westfälsiche Nachrichten' und ‚Münstersche Zeitung' berichtet. Die Aussage, daß der Denunziant das größte Schwein im ganzen Land sei, fehlte in den beiden Darstellungen:

„Nie wieder Menschenjagd — Kein Fahndungsplakat in Apotheken und auch nicht anderswo — Das grösste Schwein im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant — Ein Anschlag kommt selten allein"

Diese Plakate klebten wir in Münster in der Nacht vom Dienstag, den 7.2. zum Mittwoch an Apotheken und eine Filiale der Deutschen Bank. Gleichzeitig versiegelten wir die Türschlösser mit einem 10-Sekunden-Kleber. Vorausgegangen war eine Aktion, in der wir den größten Teil der Fahndungsplakate an Litfaßsäulen schwärzten; in der zweiten Aktion alle Apotheken, die sich für diese widerliche Menschenjagd hergaben. Hier schwärzten wir alle Stellen, an denen Fahndungsplakate hingen: Türen, Schaufenster. Wir konnten feststellen, daß viele Apotheker, die entweder Schiß vor weiteren Aktionen hatten oder denen die Einsicht kam, an welch widerlicher Menschenjagd sie sich beteiligten, die Plakate abhingen.
Die oben beschriebene Plakataktion behielten wir uns für die Apotheker vor, die nichts dazu gelernt haben..."

DIE MAUERN SIND NICHT NUR ZUM WEGSCHIEBEN DA

LIMBURG
13. Februar

Ein Gefangener schickte uns einen Brief, in dem er u.a. erklärt, warum er von Staatswegen mit der Hand schreiben muß:

"Beschluß der 1. Strafkammer beim LG Limburg:
in der Strafsache gegen J. Ulmers wird dem Untersuchungsgefangenen die Benutzung einer Schreibmaschine nicht mehr gestattet, da er diese dazu benutzt hat, einen ausgedehnten Schriftverkehr zu führen, der sich gegen die freiheitliche Ordnung der BRD und die Ordnung und Sicherheit in den Vollzugsanstalten richtet.
Der Vorsitzende Staudinger, Az: 20 js 116/77 - 4 Ls - 5 Ns (44)

Kontaktadresse:
Jens G. Ulmers, JVA Walderdorffstr. 16, 625 Limburg/ Lahn

HUNGERSTREIK ABGEBROCHEN

BOCHUM
21. Februar

Wie im ID 217 berichtet ist Manfred Adomeit am 8.2.78 in einen Hungerstreik getreten, damit ein BGH-Beschluß durchgesetzt wird, nachdem er in den Normalvollzug kommen soll. Am Freitag, den 17.2.78 war eine Anhörung, bei der der Ermittlungsrichter die Verlegung in den Normalvollzug in Aussicht gestellt hat. Daraufhin hat Manfred Adomeit seinen Hungerstreik abgebrochen.

DAS COLLEGIUM ACADEMICUM SOLL GERÄUMT WERDEN

HEIDELBERG
20. Februar

Nach langem Kampf soll das Studentenwohnheim Collegium Academicum (CA) am 28. Februar geräumt werden. (siehe ID Nr. 149). Das CA ist für die Heidelberger Studenten mehr als nur ein Studentenwohnheim. Die sonst übliche Käfigatmosphäre solcher Heime wurde hier in vielfältiger Weise mit Selbstverwaltung durchbrochen und auch für Nicht-Bewohner war das CA Treffpunkt und Kommunikationszentrum mit Arbeitsgruppenräumen, Mensa und Bar.

Die Bewohner haben ungeachtet der Räumungsankündigung beschlossen zu bleiben, sie wollen nicht aufgeben. Am 28. Februar, dem Tag der Räumung, wird ein großes Fest stattfinden (nach dem Motto „Klein Tunix ohne importierte Größen"). Kommt massenhaft!

Collegium Academicum; Seminarstr. 2; 69 Heidelberg

„ANSCHRIFT UNBEKANNT"

HANNOVER
21. Februar

Briefe, die an das Informationsbüro im Jugendzentrum in Hannover gerichtet waren, wurden mit dem Vermerk „Anschrift unbekannt" an den Absender wieder zurückgeschickt. Dies hat das Info-Büro von Leuten aus Husum erfahren, die dort zweimal Bestellungen von Informationen losgeschickt hatten und beide Male die Briefe zurückkamen. Wem das noch passiert ist, läßt das das Jugendzentrum bitte wissen:

JUZ, Kornstr. 28/30, 3000 Hannover, Tel. 0511/ 71 50 33.

KARTEN-BLITZAKTION ZUM BAUSTOP DES SCHNELLEN BRÜTERS

MOERS
22. FEBRUAR

Zur Unterstützung des Baustop-antrages startet die Landeskonferenz NRW - laut Beschluß vom 15. 1. 1978 - eine Kartenaktion. Sie wird begleitet von einer ‚DOKUMENTATION ZUM PROZESS SCHNELLER BRÜTER' die über Vorgeschichte und aktuellen Stand des Prozesses orientiert. Bitte die Karten an die Adressaten zu schicken!
Kosten der Dokumentation: 1.- DM, der Karte .-30 DM/Stck.

Bitte *umgehend* die Bestellung aufgeben - den Betrag *möglichst im Voraus* einzahlen auf:

**Sonderkonto Bürgeraktion c/o G. Degen, Zahnstraße 23,
413 Moers, Städt. Sparkasse Moers,
Konto-Nr. 1200 16318, Kennwort:** ***Baustop***
bei Einzelbestellungen in Briefmarken

**Kalkar am 24.9. 1977:
Im Hintergrund der erleuchtete Bauplatz, wo 50.000 demonstrierten, im Vordergrund ein Windrad.**



INTERNATIONALES

DIE AAO ZUM TOD VON RAINER RÜSTIG

WIEN 20.Februar AAO: Kommentar zum Selbstmord von Rainer Rüstig und zu dem entsprechenden Artikel im ID Nr. 215 „Selbstmord bei der AAO":

„Bei der AAO? Rainer Rüstig hat die AAO im Juli 1977 verlassen. Im Dezember beging er Selbstmord. — Er kannte die Einstellung der AAO zur Homosexualität. Trotzdem verließ er seine Hamburger Homosexuellengruppe HAH und kam zu uns. Warum?
Weil er nach eigener Aussage (siehe AA-Nachrichten Juni 77) die sexuellen Enttäuschungen und die emotionelle Oberflächlichkeit („ich konnte nichts herauslassen von meinen Gefühlen) in seiner Gruppe nicht mehr aushielt.
In der AAO machte er dann eine wichtige Erfahrung: Wir bekämpfen nicht die Homosexualität, wir verachten sie auch nicht wie draußen, sondern wir versuchen, ihren emotionellen Hintergrund aufzudecken. Um dies zu erreichen, muß die Krankheit — egal ob es sich um Homosexualität oder die deformierte Heterosexualität der Kleinfamilie handelt — erst einmal bewußt akzeptiert und ausgelebt werden. Rainer nutzte diese Möglichkeit und lebte auf. Wir schätzten ihn wegen seiner emotionellen Ehrlichkeit und unterstützten seinen Versuch, innerhalb der AAO eine schwule Männergruppe zu bilden. Der Versuch scheiterte am Mangel manifest homosexueller Teilnehmer. Dies war auch der Grund, warum er die AAO wieder verließ: die Sehnsucht nach echter homosexueller Liebe konnte sich hier ebensowenig erfüllen, wie draußen.

Die Rekonstruktion des weiteren Verlaufs ergibt folgendes Bild: Rainer wollte dann mit homosexuellen Männern und Frauen eine eigene AA-Gruppe aufbauen,scheiterte aber u.a. an der harten Anti-AAO-Haltung seiner Bekannten. Langsam erlag er dann der großen Angst jedes Homosexuellen: der Angst vor dem Altern und der Einsamkeit. Seine Situation wurde für ihn aussichtslos. Sein Leiden und sein Tod steht für viele Tausende. Es gibt hier keinen Trost und keine Beschwichtigung. Es gibt aber die Möglichkeit, die emotionelle und sexuelle Wirklichkeit hinter den Kulissen zu entlarven und ihr eine neue entgegenzusetzen.

Aktions-Analytische Organisation Bewusster Lebenspraxis, Praterstraße 32/2/12, Wien

ARGENTINIENS GUERILLA:

FUSSBALL-WM WIRD NICHT DURCH WAFFENGEWALT GESTÖRT

ROM 13. Febr. *Die argentinische Guerilla-Bewegung der Movimento Peronista Montonero (MPM) erklärte in Rom anläßlich eines Besuches bei der PCI, daß sie energisch Falschmeldungen entgegentrete, nach denen sie gedroht habe, die Fußballweltmeisterschaft durch Waffengewalt zu stören. Eine solche Behauptung hatte, auf Äußerungen argentinischer Militärs fußend, die „Fernsehwoche" des Bauer-Verlags in ihrer Ausgabe 2/78 aufgestellt: „Die Montoneros, in Argentinien als Terroristen gejagt, die noch immer Angst, Schrecken und Tod bringen, haben gedroht, die WM zu stören".*

Dazu in Rom der Sekretär für Internationale Beziehungen der Montoneros, Fernando Vaca Narvaja: „Der erste Aspekt: Wir laden alle Länder der Erde zur Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft '78 ein, damit sie die argentinische Militärjunta anklagen. Nicht das MPM, sondern die Länder, Staaten, Regierungen müssen den Charakter ihrer aktiven Teilnahme definieren. In diesem Sinne begrüßen wir alle aktiven Haltungen dieser Regierungen, sei es ein Boykott der WM, sei es, daß man Pressedelegationen mit der Fußballweltmeisterschaft schickt, um die argentinischen Verhältnisse zu untersuchen.

Der zweite Aspekt: Die Absicht der Militärjunta war, die WM als krönenden Abschluß des Vernichtungskrieges gegen die Opposition in Argentinien zu betrachten. Wie Sie alle wissen, gibt es in Argentinien ein Volk, das Widerstand leistet, gibt es eine Widerstandsbewegung, die von Tag zu Tag wächst und die es unserer Meinung nach erlauben wird, die WM als ein Forum des massenhaften Volksprotestes gegen die Militärjunta zu gestalten. Das heißt: Wir glauben, daß sich diese Fußballweltmeisterschaft gegen die Junta selbst richten wird. Die WM wird der internationalen Presse die Möglichkeit geben, die argentinische Situation und das, was das Volk in seinen Gesängen in den Fußballstadien fordert, kennenzulernen. Von daher sind die vielen Einschränkungen, die die Militärjunta der internationalen Presse auferlegt, nicht grundlos.

Wir glauben, daß die Militärjunta nicht an einem reibungslosen Ablauf der WM interessiert ist. Es könnte sogar soweit kommen, daß sie selbst diesen reibungslosen Ablauf mit bestimmten Aktionen boykottieren wird."

(aus: berliner Extra dienst Nr. 12, 10.2.78)

NATIONALE KONFERENZ GEGEN BRD-REPRESSION

LONDON 22. FEBRUAR Am letzten Sonnabend fand im Londoner ‚Friend's House' eine Konferenz gegen die bundesdeutsche Repressionswelle statt, die mit der Gründung eines ‚National Comittee against the Berufsverbot' endete. An der Konferenz nahmen zahlreiche Labour-Politiker, darunter Parlamentsabgeordnete, sowie Gewerkschaftler teil. in der Schlußresolution heißt es: *„Die Verteidigung der Demokratie kann nicht isoliert geführt werden. Ein demokratischer Rückschlag in einem Land bedeutet einen demokratischen Rückschlag für alle Länder. Die Konferenz ruft daher alle Demokraten und progressiven Kräfte auf, gegen die Berufsverbotspraxis in Westdeutschland zu protestieren, und zwar beim Bundeskanzler, bei den Länderregierungen, der westdeutschen Botschaft und anderswo, und ihre Aktivitäten mit den demokratischen Organisationen in der Bundesrepublik in dieser Frage zu koordinieren."*

Kontakt: Hugh Latham, 6 Little Green Lane, Farnham, Surrey, England.

ZUR LAGE IN SÜDJEMEN

FRANKFURT 8. Februar

Von dem Oman-Komitee in Frankfurt stammt folgender Bericht:

„Vor zwei Monaten ist ein fünfköpfiges Gremium (Komitee) gebildet worden, das die Aufgabe hat,den „Roten Omanischen Halbmond" als eine Organisation zu leiten und die laufenden Geschäfte durchzuführen.

Das Gremium ist dabei, ein umfassendes, komplettes Programm aufzustellen, um es später zu realisieren. Dieses Programm umfaßt zwei Hauptpunkte:

1. Die Beziehung unserer Organisation nach außen

a) auf arabischer Ebene:

In erster Linie mit dem Roten Halbmond in der DVRJ (Volksrepublik Jemen) die Beziehung vertiefen, die Koordinierung der Zusammenarbeit forcieren, gemeinsame Pläne auf dem Gesundheitsssektor auszuarbeiten und durchzuführen. Einige praktische Schritte sind in diese Richtung bereits durchgeführt worden.
Es gibt auch gute Kontakte zum Palästinensischen Roten Halbmond und zu einigen anderen Organisationen im arabischen Raum. Unser Ziel ist es, diese Kontakte weiterhin zu pflegen und zu vertiefen.

b) auf Weltebene:

Wir sind dabei, unsere Kontakte zu humanitären Weltorganisationen auszubauen und die bereits vorhandenen Beziehungen zu Solidaritätskomitees und Organisationen zu vertiefen. Dabei müssen wir in Betracht ziehen, daß alle unsere Freunde kontinuierlich über unseren Zustand informiert werden sollen. Dies soll durch Berichte, Informationsfilme und gegenseitige Besuche etc. geschehen.

2. Die Entwicklung des Gesundheitswesens

Wir sind hauptsächlich mit Problemen technischer Art konfrontiert.

a) Fachkräfte:

Es herrscht ein großer Mangel an Fachkräften. Wenn man bedenkt, daß wir allein in einer Region ca. 10.000 Menschen zu betreuen haben, und nur insgesamt neun Pfleger und einen Arzt zur Verfügung haben, dann kann man sich ein Bild über den Zustand verschaffen. Zur Zeit sind wir auf Hilfe befreundeter Organisationen angewiesen, die zusammen mit einem Ärzteteam helfen. Unser Plan ist mittelfristig,einige von uns lokal auszubilden und eventuell für ein oder zwei Jahre zur weiteren Ausbildung ins Ausland zu schicken.

b) Das Krankenhaus:

Das einzige Krankenhaus, das wir haben, wurde vor einigen Jahren gebaut. Aber der Bau ist völlig ungeeignet, abgesehen davon, daß er viel zu klein ist.
Die Errichtung eines neuen Krankenhauses ist geplant, allerdings ist die Realisierung eines solchen Projektes von den vorhandenen Mitteln abhängig, die ja sehr bescheiden sind. Für jede Solidaritätshilfe sind wir dankbar.

3. Versorgung

Lebensmittel, Medikamente etc. sind knapp. Da wird einiges von den Solidaritätskomitees geleistet. Wir sind dabei, einen Plan über die Notwendigkeiten aufzustellen und unseren Freunden vorzulegen.

Mit einem Vertreter der PFLO haben wir ein Gespräch über die Situation in Oman und Dhofar geführt:

In Oman fand in der letzten Zeit eine willkürliche Verhaftungswelle statt, die ca. 100 Menschen umfaßte. Diese Menschen wurden nach Dhofar in Gefängnisse gebracht. Dhofaris dagegen, die verhaftet wurden, dürfen in Gefängnisse nach Oman gebracht werden. Eine neue Taktik vom Sultan Qabus, damit den Familien der Gefangenen die Möglichkeit der Besuche unterbunden werden. Mitte September fand ein Streik der Omanischen Erdölarbeiter im Gebiet ‚El Fuhud' statt.

Ein Solidaritätsstreik der Arbeiter im Hafen ‚El Fahl' folgte. Die Arbeiter streikten gegen die Entscheidung des Regimes, während der Feiertage (Ramadanfest) zu arbeiten. Sie treten ein für höhere Löhne, Verbesserung ihrer Zustände auf dem Gesundheitssektor, die Forderung nach dem Aufbau einer eigenen Gewerkschaft. Das Regime hat den Streik gewaltsam beendet und mit deren Ersetzung durch indische und pakistanische Arbeiter gedroht.

‚Saut El Thaura' 17.September 1977

Laut französischer Presseagentur soll das Regime in Oman 30 Militärflugzeuge des englischen Typ ‚Jaguar' gekauft haben. Einige davon wurden bereits 1976 gegen unser Volk in der Westregion von Dhofar eingesetzt.

‚Saut El Thaura' 17.September 1977

„Das Regime Qabus bildet Sonderkommandos aus".
Fünfzehnjährige Schüler werden aus den Schulen und den Dörfern eingezogen und erhalten eine politische und militärische Ausbildung in Lagern, wo sie ihre Familien für Monate nicht sehen und überhaupt von der Außenwelt abgeschirmt werden. Sie werden gegeneinander eingesetzt (als Spione), um die völlige Loyalität zu erreichen. Bisher haben 30 Jungen das Mitmachen abgelehnt.

‚Saut El Thaura' 17.Juli 1977

Am 5.12.1977 besuchte der Schah von Persien Masqat und den südlichen Teil von Oman, ‚Dhofar', wo er zur Zeit 60 iranische Militärposten mit einer Stärke von 12.000 Soldaten hält. Die gesamte Präsenz der iranischen Kräfte in Oman und Dhofar wird auf 30.000 Mann geschätzt.

Der Iran gibt 2 Mio US-Dollar täglich dafür aus. Die ganze Versorgung muß per Flugzeug transportiert werden.
Zu dem Besuch schwieg die BRD-Presse. Die Schweizer Presse schrieb von einer 300-Mann-Präsenz in Dhofar.
Die algerische Presse schrieb verschämt: „Nur 500 Mann waren noch in Dhofar". Es ist normal, daß die Algerier den Schah nicht verärgern wollen, zumal Algerien einen Kredit in Höhe von 650 Mio. US-Dollar aus Persien erhalten hat.
Es ist gar nicht ausgeschlossen, ja sogar bald möglich, daß das Schah-Regime erneut einen militärischen Angriff gegen die PFLO plant und den Westen Dhofar's und sogar den Süd-Jemen angreift, und zwar unter dem Motto: Stellungen der PFLO seien das Ziel, auch wenn sie sich im Jemen befinden. Solche Angriffe könnten den Jemen in einen Krieg verwickeln, falls er sich zur Wehr setzt.

Die DVRJ (Volksrepublik Südjemen) ist der einzige Staat in dem Gebiet, der sich gegen die Realisierung der USA-Pläne im Roten Meer und Indischen Ozean stellt.

Auf jedem Gebiet sind einige positive Schritte unternommen worden. Deshalb die Aufforderung nach mehr Solidarität.

Kontaktadresse:
Oman Hilfe Frankfurt, Postfach 3892, 6000 Frankfurt

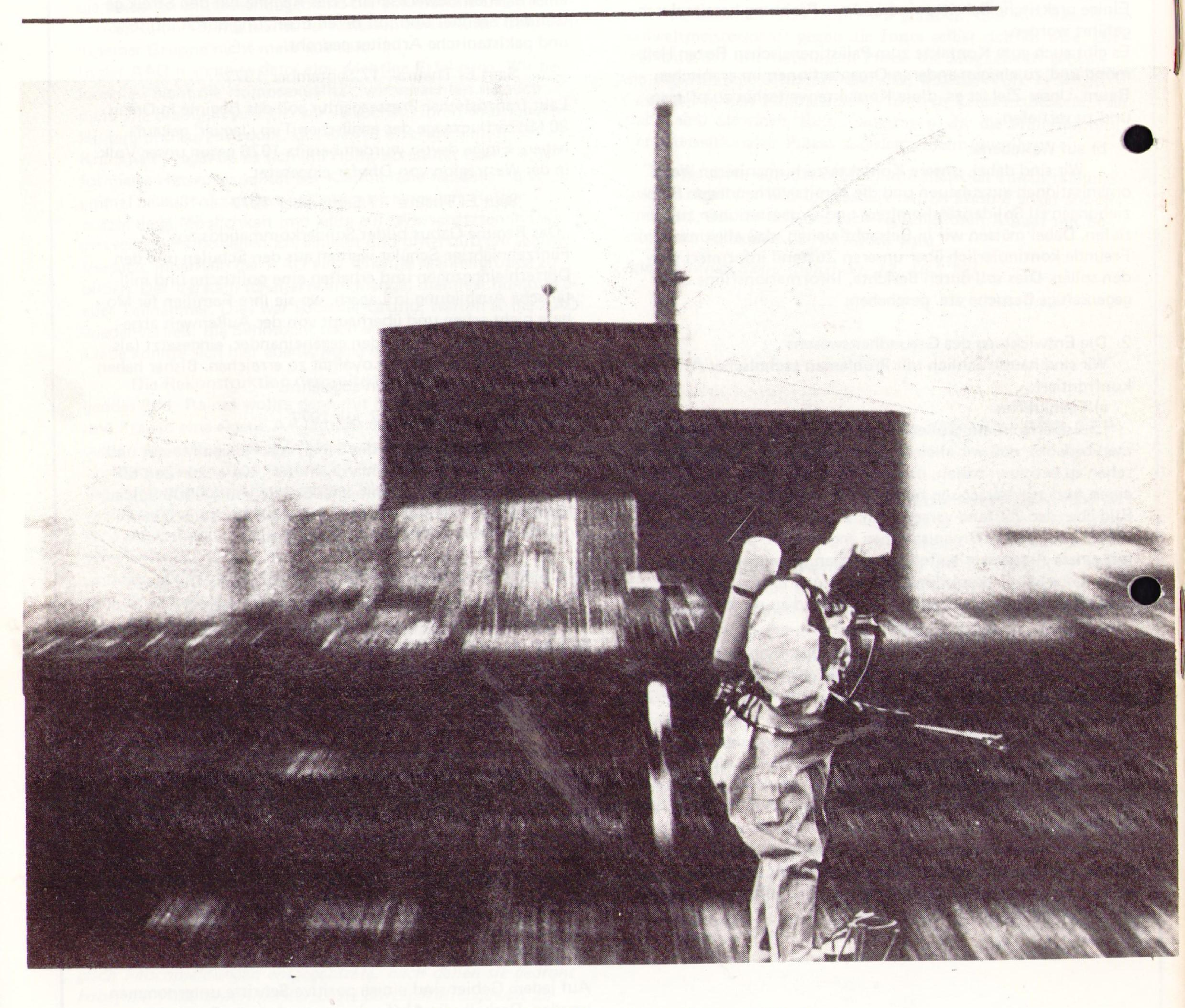
Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Apsender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag *218*



Diese Montage ist das Titelbild der Broschüre Katastrophenfall Brunsbüttel *(siehe Ankündigung im letzten ID, S. 22).*
Sie zeigt ein KKW im Hintergrund und davor einen Menschen im Schutzanzug, auf der Suche nach strahlenden Teilen.
Das Foto stammt von Peter von der BUU Krempe und kann beim ID-Bilderdienst in beliebiger Größe und Anzahl erhalten werden.